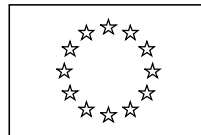
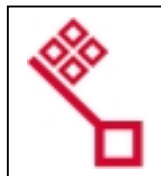




*Institut für Wirtschaftsforschung*

## **IAB-Betriebspanel**

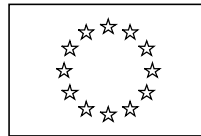
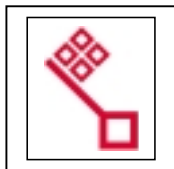
### **Bremen 2001**



Helma Landsberg / Walter Wehling

# IAB-Betriebspanel Bremen 2001

**Auswertung im Auftrag des Senators für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales und des Senators für Wirtschaft und Häfen der Freien Hansestadt Bremen mit finanzieller Unterstützung der Europäischen Union durch den Europäischen Sozialfonds (ESF)**



## Helma Landsberg / Walter Wehling

BAW Institut für Wirtschaftsforschung GmbH  
Wilhelm-Herbst-Str. 5  
28359 Bremen  
Tel: 0421/206 99-0  
Fax: 0421/206 99-99

Leitung:  
Prof. Dr. Frank Haller, Dr. Martha Pohl

Prokurist:  
Michael Meyer-Kornblum

Wissenschaftliche Mitarbeiter:  
Helma Landsberg, Dr. Petra Meurer, Thilo Ramms, Dr. Matthias Schönert,  
Gero Stenke, Isabel Sünner, Walter Wehling, Dr. Werner Willms  
Redaktion:  
Britta Rodewald



## Inhaltsverzeichnis

<b>1</b>	<b>Einführung</b>	<b>1</b>
<b>2</b>	<b>Datenbasis und Methodik</b>	<b>2</b>
<b>3</b>	<b>Größenklassen-, Branchenstruktur und Beschäftigtenstruktur</b>	<b>9</b>
3.1	Größenklassen und Branchenstruktur	9
3.2	Beschäftigtenstruktur	13
<b>4</b>	<b>Personalentwicklung</b>	<b>15</b>
4.1	Personaleinstellungen und -abgänge	15
4.2	Personalsuche	17
<b>5</b>	<b>Erwartungen zu Beschäftigung und Geschäftsentwicklung</b>	<b>19</b>
5.1	Beschäftigungserwartung	19
5.1.1	Kurzfristige Erwartung	19
5.1.2	Mittelfristige Erwartungen	20
5.2	Geschäftslage und -erwartung	23
5.2.1	Ertragslage und Produktivität	23
5.2.2	Geschäftserwartungen	25
<b>6</b>	<b>Investitionen</b>	<b>29</b>
6.1	Investierende Betriebe und Investitionsvolumen	29
6.2	Investitionen und Geschäfts-/ Beschäftigtenerwartung	32
6.3	EDV-Ausstattung	34
<b>7</b>	<b>Innovationen</b>	<b>37</b>
7.1	Innovationstätigkeit	37
7.2	Forschung und Entwicklung	40
7.3	Innovationshemmnisse	40

IAB-Betriebspanel Bremen 2001

---

7.4	Innovationen und Beschäftigung	43
7.5	Organisatorische Änderungen	44
<b>8</b>	<b>Ausbildung</b>	<b>47</b>
8.1	Abschluss von Ausbildungsverträgen	47
8.2	Ausbildung, Beschäftigtenentwicklung, Geschäftslage und Innovationen	48
<b>9</b>	<b>Fort- und Weiterbildung</b>	<b>52</b>
9.1	Fort- und Weiterbildungsbereitschaft der Betriebe	52
9.2	Fort-/Weiterbildung, Beschäftigung und Geschäftslage	54
9.3	Teilnehmer an Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen	56
9.4	Themen der Fort- und Weiterbildung	57
9.5	Fort-/ Weiterbildungsmaßnahmen als Folge von Innovationen / Investitionen	58
<b>10</b>	<b>Betriebliche Arbeitszeiten</b>	<b>60</b>
10.1	Wochenarbeitszeit	60
10.2	Teilzeitbeschäftigung	60
10.3	Befristete Beschäftigung	63
10.4	Überstunden	64
10.4.1	Betriebe mit und ohne Überstunden	65
10.4.2	Überstundenausgleich	66
10.4.3	Überstunden, Geschäftslage, Beschäftigung und Arbeitskräftenachfrage	67
<b>11</b>	<b>Kapital- und Gewinnbeteiligung</b>	<b>73</b>
11.1	Kapitalbeteiligung	73
11.2	Gewinn-/Erfolgsbeteiligung	73
<b>12</b>	<b>Öffentliche Förderung</b>	<b>76</b>
12.1	Investitionszuschüsse	76
12.2	Lohn- und Gehaltskostenzuschüsse	79
<b>13</b>	<b>Zusammenfassung</b>	<b>81</b>

## Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Grundgesamtheit und Nettostichprobe	3
Tabelle 2: Branchengliederung im IAB-Betriebspanel 2001	5
Tabelle 3: Durchschnittliche Betriebsgröße nach Wirtschaftsbereichen in Bremen und Westdeutschland (Frage 1)	11
Tabelle 4: Beschäftigtenstruktur im regionalen Vergleich (Frage 1)	14
Tabelle 5: Personaleinstellungen und -abgänge im 1. Halbjahr 2001 im regionalen Vergleich und im Vorjahresvergleich (Fragen 55 (50) und 64)	16
Tabelle 6: Personalsuche Mitte 2001 im regionalen Vergleich und im Vorjahresvergleich (Frage 60)	17
Tabelle 7: Personalsuche nach Betriebsgrößenklassen in Bremen und Westdeutschland (Frage 60)	17
Tabelle 8: Kurzfristige (1 Jahr) Beschäftigungserwartung 2001 im regionalen und im Vorjahresvergleich (Frage 4)	19
Tabelle 9: Kurzfristige Beschäftigungserwartung 2001 nach Wirtschaftsbereichen und nach Betriebsgrößenklassen in Bremen und in Westdeutschland (Frage 4)	20
Tabelle 10: Mittelfristige (5 Jahre) Beschäftigungserwartung 2001 im regionalen Vergleich (Frage 5)	21
Tabelle 11: Mittelfristige (5 Jahre) Beschäftigungserwartung 2001 nach Wirtschaftsbereichen und nach Betriebsgrößenklassen in Bremen und in Westdeutschland (Frage 5)	22
Tabelle 12: Einschätzung der Ertragslage im regionalen Vergleich und im Vorjahresvergleich (Frage 9 (10))	23
Tabelle 13: Einschätzung der Ertragslage nach Wirtschaftsbereichen und Betriebsgrößenklassen (Frage 9 (10))	24
Tabelle 14: Umsatzproduktivität nach Betriebsgrößenklassen in Bremen und Westdeutschland	25

IAB-Betriebspanel Bremen 2001

---

Tabelle 15: Erwartung zur Geschäftsentwicklung im regionalen Vergleich und im Vorjahresvergleich (Frage 8 (13))	26
Tabelle 16: Erwartung zur Geschäftsentwicklung 2001 nach Wirtschaftsbereichen und Beschäftigtengrößenklassen in Bremen und Westdeutschland (Frage 8)	27
Tabelle 17: Investitionsverhalten im regionalen Vergleich und im Vorjahresvergleich (Frage 24)	29
Tabelle 18: Vorgesehene Investitionen 2001 im regionalen Vergleich (Frage 28)	30
Tabelle 19: Investierende Betriebe 2000 nach Wirtschaftsbereichen und Betriebsgrößenklassen in Bremen und Westdeutschland (Frage 24)	31
Tabelle 20: Art der Investition 2000 im regionalen Vergleich (Frage 24)	32
Tabelle 21: Ausstattung von Büroarbeitsplätzen mit Computern und Internet/Intranet nach Betriebsgrößenklassen in Bremen und Westdeutschland (Frage 31)	35
Tabelle 22: Ausstattung von Büroarbeitsplätzen mit Computern und Internet/Intranet nach Wirtschaftsbereichen in Bremen und Westdeutschland (Frage 31)	36
Tabelle 23: Innovationstätigkeit im regionalen Vorjahresvergleich (Fragen 14, 15, 16, 17, 21, 22)	37
Tabelle 24: Innovationstätigkeit nach Betriebsgrößenklassen in Bremen und Westdeutschland (Fragen 14, 15, 16, 17, 21, 22)	38
Tabelle 25: Innovationstätigkeit nach Wirtschaftsbereichen in Bremen und Westdeutschland (Fragen 14, 15, 16, 17, 21, 22)	39
Tabelle 26: Innovationshemmnisse in Bremen, Westdeutschland und den westlichen Großstädten (Frage 23)	41
Tabelle 27: Die wichtigsten Innovationshemmnisse in den einzelnen Wirtschaftsbereichen in Westdeutschland (Frage 23)	42
Tabelle 28: Form bzw. Ziel organisatorischer Änderungen im regionalen Vergleich (Frage 17)	44
Tabelle 29: Auswirkungen organisatorischer Änderungen im regionalen Vergleich (Frage 19 und 20)	45
Tabelle 30: Abschluss von neuen Ausbildungsverträgen (Fragen 41-44)	47

IAB-Betriebspanel Bremen 2001

---

Tabelle 31: Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen im 1. Halbjahr 2001 nach Wirtschaftsbereichen und Betriebsgrößenklassen in Bremen und Westdeutschland (Frage 33)	52
Tabelle 32: Tätigkeiten der Teilnehmer an Fort-/Weiterbildungsmaßnahmen im 1. Halbjahr 2001 im regionalen Vergleich (Frage 35)	56
Tabelle 33: Themen von Fort-/Weiterbildungsmaßnahmen im 1. Halbjahr 2001 im regionalen Vergleich (Frage 36)	57
Tabelle 34: Fort- Weiterbildungsmaßnahmen im Zusammenhang mit Innovationen/Investitionen im regionalen Vergleich (Frage 32)	58
Tabelle 35: Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigung 2001 im regionalen Vergleich (Frage 73)	61
Tabelle 36: Teilzeitbeschäftigung 2001 nach Wirtschaftsbereichen in Bremen und Westdeutschland (Frage 73)	62
Tabelle 37: Teilzeitbeschäftigung 2001 nach Beschäftigtengrößenklassen in Bremen und Westdeutschland (Frage 73)	63
Tabelle 38: Befristete Beschäftigung im regionalen Vergleich (Frage 54)	64
Tabelle 39: Überstunden 2000 nach Wirtschaftsbereichen in Bremen und Westdeutschland (Frage 74)	65
Tabelle 40: Überstundenausgleich 2000 im regionalen Vergleich (Frage 75)	66
Tabelle 41: Erfolgs-/Gewinnbeteiligung nach Wirtschaftsbereichen und Betriebsgrößenklassen in Bremen und Westdeutschland (Frage 66)	74
Tabelle 42: Gewinn-/Erfolgsbeteiligung (Frage 66)	74
Tabelle 43: Investitionszuschüsse im regionalen Vergleich und im Vorjahresvergleich (Fragen 50 (40) und 51 (41))	76
Tabelle 44: Investitionszuschüsse 2000 nach Betriebsgrößenklassen in Bremen und Westdeutschland (Fragen 50 und 51)	77
Tabelle 45: Relation vergebener Investitionszuschüsse zu investierenden Betrieben	77
Tabelle 46: Investitionszuschuss im Verhältnis zum Investitionsvolumen (Fragen 51 u. 25)	78



Tabelle 47: Investitionszuschuss im Verhältnis zum Investitionsvolumen nach Betriebsgrößenklassen in Westdeutschland (Fragen 51 und 25)	78
Tabelle 48: Lohn- und Gehaltskostenzuschüsse im regionalen Vergleich und im Vorjahresvergleich (Frage 47 (37))	79
Tabelle 49: Lohn- und Gehaltskostenzuschüsse 2000 nach Betriebsgrößenklassen in Bremen und Westdeutschland (Frage 47)	79
Tabelle 50: Durch Lohn- und Gehaltskostenzuschüsse geförderte Beschäftigung im regionalen Vergleich (Fragen 47 und 1)	80

## Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Betriebe und Beschäftigte 2001 nach Betriebsgrößenklassen in Bremen und Westdeutschland (Frage 1)	10
Abbildung 2: Betriebe und Beschäftigte 2001 nach Wirtschaftsbereichen in Bremen und Westdeutschland (Frage 1)	12
Abbildung 3: Sektorale Beschäftigungsstruktur 2000 im Städtevergleich nach amtlicher Statistik	13
Abbildung 4: Aktuelle Geschäftslage und -erwartung in Bremen (Fragen 8 und 9)	26
Abbildung 5: Zusammenhang Investitionen und Geschäftserwartung in Bremen (Fragen 8 und 24)	33
Abbildung 6: Investitionstätigkeit und mittelfristige Beschäftigungserwartung in Bremen (Fragen 24 und 5)	34
Abbildung 7: Innovationstätigkeit und mittelfristige Beschäftigungserwartung in Bremen (Fragen 14, 15, 16 und 5)	43
Abbildung 8: Beschäftigtenentwicklung und Ausbildung in Bremen (Frage 1)	49
Abbildung 9: Geschäftslage und Ausbildung (Fragen 1 und 8)	50
Abbildung 10: Innovation und Ausbildung in Bremen (Fragen 14, 15, 16 und 1)	51
Abbildung 11: Fort-/Weiterbildung und Beschäftigtenentwicklung in Bremen (Fragen 1 u. 33)	54

IAB-Betriebspanel Bremen 2001

---

Abbildung 12: Geschäftslage und Fort- und Weiterbildung in Bremen (Fragen 9 u.33)	55
Abbildung 13: Ausbildung und Fort-/Weiterbildung in Bremen (Fragen 1 und 33)	56
Abbildung 14: Innovation und Fort-/Weiterbildung in Bremen (Fragen 14, 15, 16 u. 33)	59
Abbildung 15: Geschäftslage und Überstunden in Bremen (Fragen 74 und 9)	67
Abbildung 16: Überstunden und Personaleinstellungen in Bremen (Fragen 74 u. 55)	68
Abbildung 17: Überstunden und Beschäftigungserwartung in Bremen (Fragen 74 u. 4)	69
Abbildung 18: Überstunden und Probleme bei Personaleinstellung	70
Abbildung 19: Überstunden als Folge nicht befriedigter Arbeitskräftenachfrage	71
Abbildung 20: Überstunden und Ausbildung in Bremen (Fragen 74 und 1)	72



## 1 Einführung

Im Rahmen des IAB-Betriebspanels werden in den alten Bundesländern seit 1993, in den neuen Bundesländern seit 1996 alljährlich vom Umfrageinstitut Infratest Sozialforschung im Auftrag der Bundesanstalt für Arbeit repräsentative Betriebsbefragungen zum Thema „Beschäftigungstrends“ durchgeführt. Im Jahr 2000 erfolgte im Land Bremen eine Aufstockung der Stichprobe, um länderspezifische Auswertungen vornehmen zu können. Die Auswertung der Panels Bremen 2000 bis 2002 wird vom BAW im Auftrag des Senators für Arbeit, Gesundheit, Frauen, Jugend und Soziales und des Senators für Wirtschaft und Häfen mit finanzieller Unterstützung der Europäischen Union durch den Europäischen Sozialfonds (ESF) durchgeführt.

Dem IAB-Betriebspanel kommt als bundesweite jährliche Befragung von Betrieben der gesamten Wirtschaft, deren Ergebnisse auf Länderebene differenziert nach Wirtschaftsbereichen und Betriebsgrößenklassen präsentiert werden, eine besondere Bedeutung zu. Erfasst werden nicht nur die ökonomischen Standardgrößen wie Beschäftigung, Umsatz und Investitionen, sondern auch Erwartungen der Betriebe. Zudem werden jährlich oder im zwei bis dreijährigen Abstand Sonderthemen, wie Personalprobleme, Erfahrungen mit älteren Arbeitnehmern, Fachkräftemangel im Jahr 2000 und Innovationen, Fort- und Weiterbildung, Kapital- und Gewinnbeteiligung oder betriebliche Arbeitszeiten im Panel 2001 untersucht.

Das IAB-Betriebspanel mit seinem umfangreichen Fragenkatalog zu wirtschaftlichen Grundvariablen, Einschätzungen, Erwartungen, Motiven, Gründen, Absichten und Reaktionen der Betriebe bietet vielfältige Möglichkeiten der Auswertung in Form von branchen- und betriebsgrößenbezogenen Untersuchungen sowie regionalen Vergleichen.

## 2 Datenbasis und Methodik

Die Panel-Stichproben werden aus der Betriebsdatei der Bundesanstalt für Arbeit gezogen, die alle Betriebe im Bundesgebiet umfasst, die mindestens einen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten gemeldet haben. Von den knapp 16.400 (30.06.2000) in der Betriebsdatei der Bundesanstalt für Arbeit enthaltenen Betrieben des Bundeslandes Bremen wurden im IAB-Betriebspanel 2001 insgesamt 3.101 Betriebe befragt. Die Rücklaufquote betrug 32,4 %. Das Panel 2001 hat somit für Bremen und Bremerhaven insgesamt 999 verwertbare Fragebögen geliefert, das sind 10 % mehr als im Vorjahr. Mit den Antworten werden etwa 6 % der ca. 16.400 in der Betriebsdatei verzeichneten Betriebe im Land Bremen erfasst. Da größere Betriebe überproportional in der Stichprobe berücksichtigt werden, liegt der Erfassungsgrad bezüglich der Beschäftigten mit 18 % deutlich höher (Tabelle 1)-

Knapp 2/3 der Panelteilnehmer des Vorjahres haben sich 2001 wieder beteiligt (63 %). Dieser relativ niedrige Anteil der Wiederholer ist darauf zurückzuführen, dass die Befragung in Bremen zum Großteil (84 %) schriftlich erfolgt. Bei den mündlich befragten Teilnehmern betrug die Wiederbeteiligungsquote 92 %, bei den schriftlich Befragten 57 %. Durch die Aufstockung der Nettostichprobe von 908 auf 999 Betriebe beläuft sich der Anteil der Wiederholungsbetriebe im Panel 2001 auf 57 %.

**Tabelle 1: Grundgesamtheit und Nettostichprobe**

<b>Grundgesamtheit: Betriebe mit mindestens einem sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am 30.06.2000 im Land Bremen (Zeile 1)</b>									
<b>Nettostichprobe: verwertbare Fragebögen im Betriebspanel (2. Zeile, kursiv) nach Branchen und Betriebsgrößenklassen (Anzahl der Betriebe)</b>									
<i>Wirtschaftszweig</i>	Betriebsgrößenklassen (sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am 30.06.2000)								
	<i>1 - 4</i>	<i>5 - 9</i>	<i>10 - 19</i>	<i>20 - 49</i>	<i>50 - 99</i>	<i>100 - 199</i>	<i>200 - 499</i>	<i>500 +</i>	<i>Summe</i>
Land- u. Forstwirtschaft, Fischerei	99	31	8	10	2	0	0	0	150
	4			4					8
Bergbau, Energie, Wasserversorgung	7	7	2	3	2	1	3	1	26
	3			3					6
Verarbeitendes Gewerbe	642	278	228	154	66	41	25	16	1.450
	24	19	32	36	24	13	11	4	163
Baugewerbe	662	260	208	103	42	16	4	2	1.297
	11	9	19	20	12	5	5		81
Handel und Reparatur	2.291	753	405	277	94	47	15	5	3.887
	49	27	36	42	16	7	4	3	184
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	675	228	187	121	52	26	23	6	1.318
	13	6	19	19	15	3	6		81
Kredit- und Versicherungsgewebe	243	43	33	36	13	11	7	2	388
	3	4	3	4	3	6			23
Unternehmensnahe Dienstleistungen	1.873	486	296	221	80	37	11	2	3.006
	46	26	26	45	14	3	4		164
Sonstige Dienstleistungen	2.683	683	255	180	71	38	28	19	3.957
	87	32	20	42	14	8	9		212
Öffentliche Verwaltung, Organ. o. E., priv. Haush.	621	96	56	49	33	29	26	2	912
	11	3	9	21	9	9	15		77
<b>Summe</b>	9.796	2.865	1.678	1.154	455	246	142	55	16.391
	247	129	165	232	107	53	51	15	999

Die ab dem Panel 2001 geänderte Abgrenzung der Betriebsgrößenklassen im Tabellenband erlaubt Aussagen nach Betriebsgrößenklassen entsprechend der Definition der Europäischen Union:

- Kleinbetriebe (mit 1 bis unter 50 Beschäftigten),
- mittlere Betriebe (mit 50 bis unter 250 Beschäftigten) und
- Großbetriebe (mit 250 und mehr Beschäftigten).

## IAB-Betriebspanel Bremen 2001

---

Ab dem Panel 2001 werden zudem im Tabellenband tiefer gegliederte Daten zum privaten Dienstleistungsbereich ausgewiesen, der sich jetzt folgendermaßen untergliedert:

- Handel und Reparatur,
- Verkehr und Nachrichtennachrichtenübermittlung sowie Kredit- und Versicherungsgewerbe,
- Dienstleistungen für Unternehmen und
- sonstige Dienstleistungen.

Diese Untergliederung nach Wirtschaftsbereichen wurde unter Berücksichtigung der Fallzahlen im Land Bremen vorgenommen. Aus methodischen Gründen wurden möglichst gleich große und ausreichend besetzte Gruppen gebildet. Besonders wichtig war die gesonderte Ausweisung der Dienstleistungen für Unternehmen (dynamisch und zukunftssträftig) und die sonstigen Dienstleistungen (u. a. Tourismus). Die Gruppe Verkehr/Nachrichtenübermittlung und Kredit-/Versicherungsgewerbe wird im Bedarfsfall getrennt ausgewertet (Tabelle 2).

**Tabelle 2: Branchengliederung im IAB-Betriebspanel 2001**

Schlüssel-Nr.	Branche*	WZ 93
	Landwirtschaft; Fischerei, Energie, Wasserversorgung	
01	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Fischzucht	01, 02, 05
02	Bergbau u. Gewinnung v. Steinen u. Erden, Energie- u. Wasserversorgung	10 - 14, 40, 41
	<b>Verarbeitendes Gewerbe</b>	<b>D</b>
03	Nahrungs- und Genussmittelherstellung	15 - 16
04	Textil- und Bekleidungsgewerbe, Ledergewerbe	17 - 19
05	Papier-, Verlags- und Druckgewerbe	21 - 22
06	Holzgewerbe (ohne Möbelherstellung)	20
07	Chemische Industrie, Kokerei, Mineralölverarb., Spalt- und Brutstoffe	23, 24
08	Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	25
09	Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Stein und Erden	26
10	Metallerzeugung und -bearbeitung	27
11	Recycling	37
12	Herstellung von Metallerzeugnissen, Stahl- und Leichtmetallbau	28
13	Maschinenbau	29
14	Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	34
15	Sonst. Fahrzeugbau (Schiffe, Schienenfahrzeuge, Luft- u. Raumfahrzeuge, Fahrräder, Krafträder u.a.)	35
16	Elektrotechnik, Herstellung v. Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen	30 - 32
17	Feinmechanik und Optik	33
18	Herstellung v. Möbeln, Schmuck, Musikinstrumenten, Sportgeräten, Spielwaren und sonstigen Erzeugnissen	36
	<b>Baugewerbe</b>	<b>F</b>
19	Bauhauptgewerbe (vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau)	451, 452
20	Bauinstallation und sonstiges Baugewerbe (Ausbaugewerbe)	453
	<b>Handel und Reparatur</b>	<b>G</b>
21	Kraftfahrzeughandel, Instandhaltung u. Reparatur v. Kfz, Tankstellen	50
22	Großhandel und Handelsvermittlung	51
23	Einzelhandel (ohne Kfz.), Reparatur von Gebrauchsgütern	52
	<b>Verkehr / Nachrichtenübermittlung und Kredit- / Versicherungsgewerbe</b>	<b>I+J</b>
	Verkehr und Nachrichtenübermittlung	
24	Verkehr	60 - 63
25	Nachrichtenübermittlung	64
	Kredit- und Versicherungsgewerbe	
26	Kreditgewerbe	65, 671
27	Versicherungsgewerbe	66, 672



## IAB-Betriebspanel Bremen 2001

	<b>Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen</b>	K
28	Datenverarbeitung und Datenbanken	72
29	Forschung und Entwicklung	73
30	Rechts-, Steuer- und Unternehmensberatung, Werbung, Marktforschung	741, 744
31	Grundstücks- und Wohnungswesen	70
32	Vermietung beweglicher Sachen, sonstige Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen	71, 742, 743, 745 - 748
<b>Sonstige Dienstleistungen</b>		
33	Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe	55
34	Erziehung und Unterricht	80
35	Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	85
36	Entsorgung, Abwasser- und Abfallbeseitigung	90
37	Kultur, Sport, Unterhaltung	92
38	Andere Dienstleistungen wie: Wäscherei, Reinigung, Friseurgewerbe, Kosmetik, Bestattungswesen, Bäder, Saunen, Solarien etc.	93
<b>Organisationen ohne Erwerbscharakter, öffentliche Verwaltung</b>		
39	Interessenvertretungen, Verbände, kirchliche u. a. religiöse Vereinigungen	91
40	Private Haushalte	95
41	Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	75, 99

\* grau unterlegt und fettgedruckt: von Infratest im Tabellenband ausgewiesene Wirtschaftsbereiche

Ab dem Panel 2001 sind auf bremisches Betreiben auch gebietstypenbezogene Analysen des Datenbestandes, zum Beispiel der Vergleich mit einer fiktiven westlichen Großstadt, möglich, da der Ergebnistabellenband für Westdeutschland erstmals Daten für Kerne von Regionen mit über 500.000 Einwohnern beinhaltet.<sup>1</sup>

Die Aufstockung des Länderpanels sichert dem Land Bremen den Zugriff auf das detaillierte Datenmaterial, so dass Zusammenhänge zwischen verschiedenen Variablen analysiert werden können. Da das Datenmaterial für Westdeutschland und die westlichen Großstädte aus datenschutzrechtlichen Gründen den Ländern nicht zur Verfügung steht, sind Regionalvergleiche für besonders relevante Fragestellungen nur über die Schalterstelle beim IAB möglich. Um die Auswertungsmöglichkeiten zu verbessern, sollte von den Ländern angestrebt werden, Zugriff auf den vollständigen Bundesdatensatz zu erhalten.

<sup>1</sup> Im IAB-Panel ist als Variable die Zugehörigkeit der Gemeinde, in der der Betrieb ansässig ist, zur BIK-Regionsgrößenklasse enthalten. BIK-Regionen werden aufgrund von Pendlerverflechtungen abgegrenzt. Die Abgrenzung des Kernbereichs innerhalb der Region erfolgt anhand der Einwohner-/Arbeitsplatzdichte. Die Angabe zur Einwohnerzahl bezieht sich auf die gesamte Region und nicht auf den Kern. Im Folgenden werden diese Kerne von Regionen in Westdeutschland mit 500.000 und mehr Einwohnern als westliche Großstädte bezeichnet.

## IAB-Betriebspanel Bremen 2001

---

Das Panel basiert auf den Daten der Betriebsdatei der Bundesanstalt für Arbeit und liefert damit nach Branchen und Betriebsgrößenklassen differenzierte Ergebnisse. Allerdings sind die hochgerechneten Panelergebnisse zu volkswirtschaftlichen Größen wie Beschäftigten und Umsatz aufgrund des Stichprobenverfahren mit Ungenauigkeiten behaftet. Das Panel im Allgemeinen und die Länderpanels kleiner Länder im Besonderen können und wollen daher in diesen Bereichen nicht Informationen der amtlichen Statistik ersetzen oder mit diesen konkurrieren. Das Panel bietet allenfalls Trendaussagen für Bereiche, die in der amtlichen Statistik nicht oder erst relativ spät zur Verfügung stehen, und verwendet die Branchen- und Betriebsgrößenstruktur, ebenso wie Angaben zur Beschäftigtenstruktur und Beschäftigungsentwicklung, vor allem zur Analyse von Zusammenhängen mit Ergebnissen zur Geschäfts- und Beschäftigungspolitik. Im Übrigen liegt die panelspezifische Aussage im Bereich von qualitativen Einschätzungen, Erwartungen, Absichten und Beurteilungen.

Im Panel werden die Betriebe nicht nur nach der aktuellen Beschäftigtenzahl sondern auch nach dem Beschäftigtenstand von vor einem Jahr befragt. Dies ermöglicht eine Auswertung der Beschäftigtenentwicklung in bestehenden Betrieben. Ein Abgleich dieser Panelergebnisse mit den inzwischen vorliegenden vorläufigen Ergebnissen der Erwerbstätigenrechnung der amtlichen Statistik hat jedoch gezeigt, dass es im Panel 2001 - anders als im Panel 2000 - nicht gelungen ist, für das Land Bremen die aktuellen Beschäftigtenentwicklungstrends ausreichend genau nachzuzeichnen. Für Westdeutschland spiegelt das Panel dagegen ausgehend von einer breiteren Datenbasis in etwa den Beschäftigungsverlauf wider. Abweichungen zwischen Panelergebnissen und Erwerbstätigenrechnung sind auf methodische Unterschiede aber auch auf geringe Fallzahlen der Stichprobe des Länderpanels und Probleme bei der Hochrechnung auf regionale gesamtwirtschaftliche Aggregate zurückzuführen. Deshalb soll aktuell auf eine Auswertung der Länderpanels zur Entwicklung des Beschäftigtenstandes verzichtet werden. Die Beschäftigtenangaben werden, wie übrigens auch vom IAB empfohlen, in diesem Panel-Bericht nicht vorrangig für die Berechnung absoluter Größen herangezogen, sondern vorzugsweise für qualitative Aussagen, so in Form von Zusammenhängen zwischen Beschäftigtenentwicklung einerseits und Ausbildungs- bzw. Fort- und Weiterbildungsverhalten der Betriebe andererseits. Die Aussagekraft des Länderpanels wird weiter zu kontrollieren sein, um bei einer Verbesserung der Ergebnisse auch auf Länderebene bei fristgerechtem Vorliegen der Panelauswertung Grundlagen für eine zeitnahe Einschätzung der Erwerbstätigenentwicklung zu erhalten.

Repräsentativbefragungen nach der Panel-Methode sind dadurch gekennzeichnet, dass ein gleichbleibender Adressatenkreis mit einem im Kern unveränderten Fragebogen über Jahre fortgesetzt befragt wird und damit die Möglichkeit von Längsschnittanalysen gegeben ist. Als probater methodischer Ansatz für Längsschnittanalysen bietet sich der auch von SÖSTRA, Berlin, bei der Analyse des ostdeutschen Panels eingesetzte Vergleich von Querschnittdaten mehrerer aufeinander folgender Befragungswellen an. Der Vorjahresvergleich des Län-

## IAB-Betriebspanel Bremen 2001

---

derpanels Bremen hat zu berücksichtigen, dass die im Panel 2001 erzielte verbesserte Abbildung der Grundgesamtheit der Betriebe im Land Bremen Auswirkungen auf die Betriebsgrößen- und Branchenstruktur hatte, wodurch die Vergleichbarkeit der Ergebnisse des Panels 2001 mit den Vorjahresergebnissen gegenwärtig noch eingeschränkt wird.

Infratest und IAB berechnen zur Zeit die Hochrechnungsfaktoren für eine Längsschnittanalyse, die die Untersuchung von Entwicklungsverläufen von Betrieben ermöglicht. Dabei ist die vergleichsweise niedrige Quote der Wiederholer in Länderpanel mit einem hohen Anteil schriftlicher Befragung zu berücksichtigen. Bis zum Vorliegen der Längsschnitthochrechnungsfaktoren wird versucht, die Entwicklung der Befragungsergebnisse von Wiederholungsbetrieben im Zeitlauf mit ungewichteten Daten auszuwerten.

Ab 2001 wird auf Betreiben Bremens im Tabellenband für jede Frage das Ergebnis differenziert nach der Befragungsart (persönlich/mündlich und postalisch/schriftlich) ausgewiesen, um einen möglichen Einfluss der Befragungsart auf das bremische Ergebnis sichtbar zu machen.

Die Betriebsbefragung des Panels 2001 erfolgte zwischen Anfang Juli und Ende Oktober 2001. Nach Einschätzung von Infratest haben bis zu 2/3 der befragten Betriebe den Fragebogen vor den Ereignissen des 11. September 2001 beantwortet. Diese haben somit möglicherweise bei etwa 1/3 der befragten Einheiten Einflüsse auf die Beantwortung der Fragen (insbesondere zu den Erwartungen) gehabt.

### **3 Größenklassen-, Branchenstruktur und Beschäftigtenstruktur**

Im Folgenden werden die Panelergebnisse zur Betriebs- und Beschäftigtenstruktur wieder gegeben, die teilweise nicht aus der amtlichen Statistik gewonnen werden können (Betriebsgrößenstruktur) und die für die Analyse panelspezifischer Fragestellungen herangezogen werden.

#### **3.1 Größenklassen und Branchenstruktur**

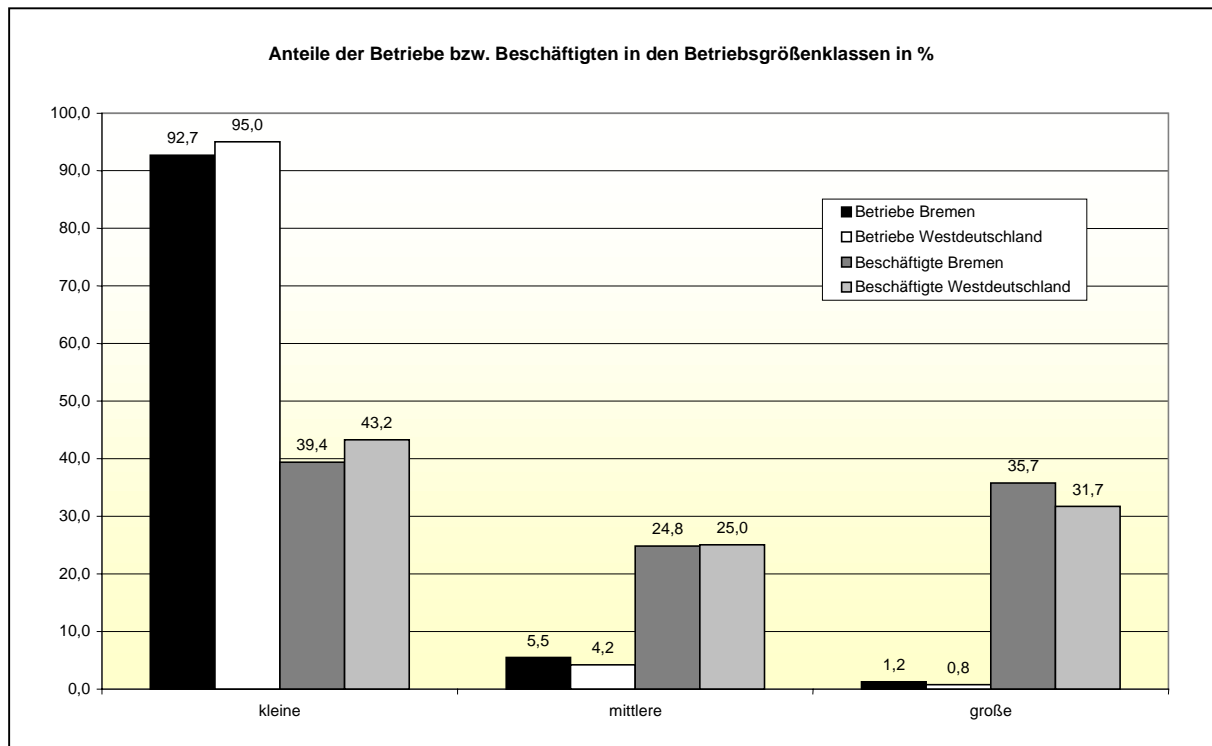
Nur etwa 1 % der Betriebe in Bremen<sup>2</sup> und in Westdeutschland sind Großbetriebe (250 und mehr Beschäftigte), die allerdings rund ein Drittel aller Arbeitskräfte beschäftigen. Der Anteil der mittleren Betriebe (50 bis unter 250 Beschäftigte), in denen rund ein Viertel der Beschäftigten einen Arbeitsplatz finden, beträgt ca. 5 %. Über 90 % der vom IAB-Betriebspanel untersuchten Betriebe sind Kleinbetriebe (1 bis unter 50 Beschäftigte), in denen rund 40 % aller Beschäftigten tätig sind (Abbildung 1).

Der Anteil der bremischen Großbetriebe (250 und mehr Beschäftigte) und der in ihnen Beschäftigten liegt leicht über dem westdeutschen Durchschnitt. Ebenso gibt es in Bremen relativ viele mittlere Betriebe, ihr Beschäftigtenanteil entspricht allerdings dem westdeutschen Durchschnitt. Die Kleinbetriebe haben in Bremen, sowohl gemessen an den Betrieben als auch an den Beschäftigten, eine etwas geringere Bedeutung als in Westdeutschland.

---

<sup>2</sup> Bremen wird synonym zu Land Bremen verwandt. Bei Aussagen über die Stadt Bremen wird von Bremen-Stadt gesprochen. Westdeutschland schließt West Berlin ein.

**Abbildung 1: Betriebe und Beschäftigte 2001 nach Betriebsgrößenklassen in Bremen und Westdeutschland (Frage 1)**



In Bremen wie in den westlichen Großstädten sind die Betriebe (gemessen an der Beschäftigtenzahl) im Durchschnitt etwas größer als in Westdeutschland. In den westlichen Städten sind durchschnittlich 21,5 Beschäftigte, in Bremen 22,3 und in Westdeutschland 16,5 je Betrieb tätig. Der Vergleich Bremens mit Westdeutschland zeigt, dass Bremen in allen Wirtschaftsbereichen eine höhere Betriebsgröße aufweist, am ausgeprägtesten im Verarbeitenden Gewerbe (Tabelle 3).

**Tabelle 3: Durchschnittliche Betriebsgröße nach Wirtschaftsbereichen in Bremen und Westdeutschland (Frage 1)**

<b>Durchschnittliche Betriebsgröße 2001 (Beschäftigte pro Betrieb)</b>		
<b>Branche/ Betriebsgrößenklasse</b>	<b>Bremen</b>	<b>Westdeutsch- land</b>
Gesamt	22,3	16,5
Verarbeitendes Gewerbe	50,7	39,9
Baugewerbe	16,1	10,0
Handel u. Reparatur	14,2	11,5
Verkehr/Nachrichten Kredit/ Versicherungen	31,7	21,6
Dienstleistungen f. Untern.	17,0	13,5
Sonstige Dienstleistungen	18,2	13,3
ÖD/Org. o. Erwerbszweck	34,8	30,0
Kleine	9,5	7,5
Mittlere	101,1	97,5
Große	655,0	694,0

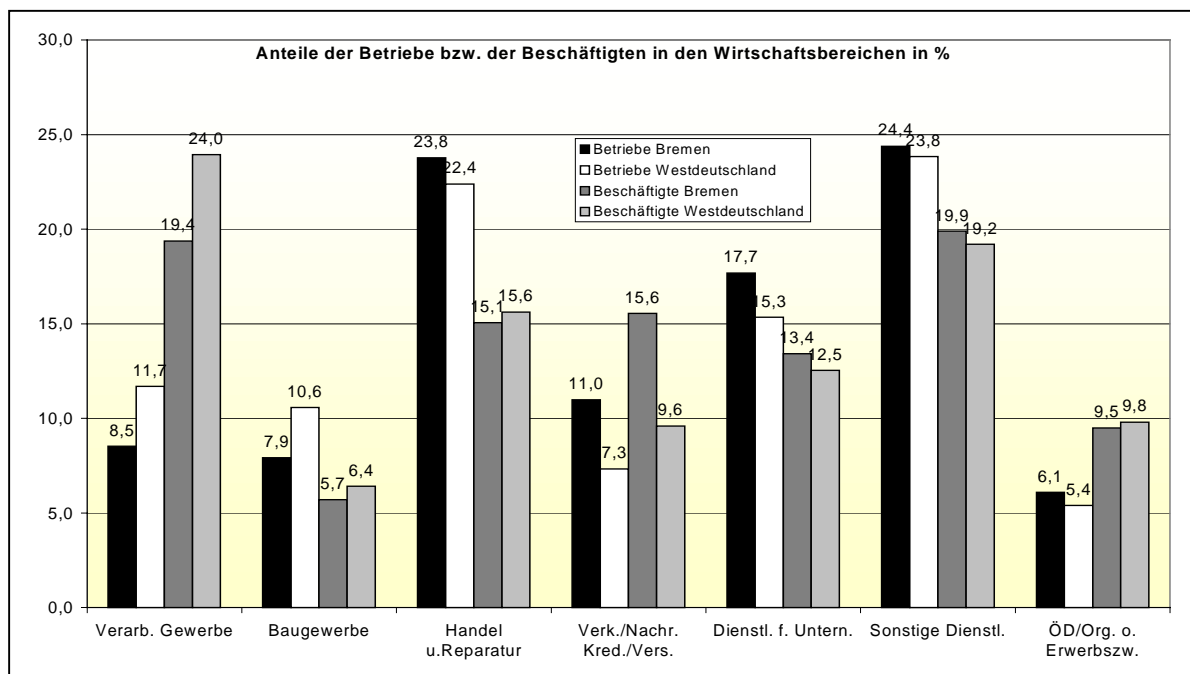
Rund 16 % der Betriebe des bremischen IAB-Betriebspanels gehören zum Produzierenden Gewerbe (Verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe), in diesen sind gut 25 % der bremischen Beschäftigten tätig. Das Produzierende Gewerbe hat in Bremen eine geringere Bedeutung als in Westdeutschland (Abbildung 2).

Gut 3/4 der Betriebe Bremens zählen zum privaten Dienstleistungssektor (Handel und Reparatur, Verkehr/Nachrichtengewerbe und Kredit-/Versicherungsgewerbe, Dienstleistungen für Unternehmen, sonstige Dienstleistungen), in dem etwa 2/3 aller Beschäftigten tätig sind. Seine Bedeutung ist in Bremen größer als in Westdeutschland. Der höhere private Dienstleistungsanteil ist typisch für Großstädte, so sind in Hamburg sogar 72 % der Beschäftigten im privaten Dienstleistungssektor tätig. Der hohe Anteil privater Dienstleistungen in Bremen ist insbesondere auf den Bereich „Verkehr und Nachrichtenübermittlung / Kredit- und Versicherungsgewerbe“ zurückzuführen. Wobei der Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung in Bremen einen mehr als doppelt so hohen Anteil an den Beschäftigten hat wie in West-

IAB-Betriebspanel Bremen 2001

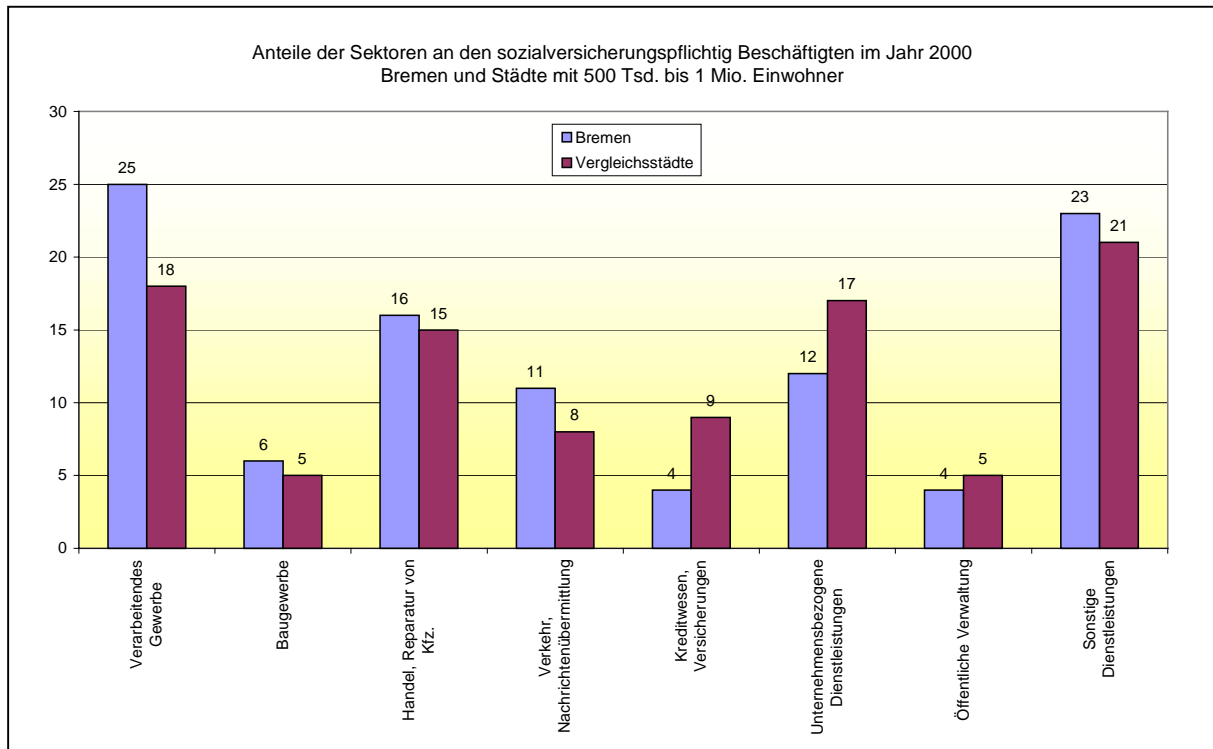
deutschland. Hier spiegelt sich insbesondere die traditionelle Bedeutung Bremens als Hafenstadt wider. Der Anteil der Beschäftigten im Bereich Kredit- und Versicherungsgewerbe ist in Bremen hingegen nur halb so groß wie in Westdeutschland. Überdurchschnittliche Betriebs- und Beschäftigungsanteile weisen die unternehmensbezogenen und die sonstigen Dienstleistungen auf. 6 % der Betriebe und rund 10 % der Beschäftigten in Bremen entfallen auf den Öffentlichen Dienst einschließlich Organisationen ohne Erwerbszweck. Dies entspricht in etwa dem westdeutschen Durchschnitt.

**Abbildung 2: Betriebe und Beschäftigte 2001 nach Wirtschaftsbereichen in Bremen und Westdeutschland (Frage 1)**



Ein Großstadtvergleich auf Basis der Daten aus der amtlichen Beschäftigtenstatistik, die auch auf Kreisebene nach Wirtschaftszweigen vorliegen, zeigt, dass in Bremen das Verarbeitende Gewerbe einen überdurchschnittlichen Anteil und der Bereich Dienstleistungen für Unternehmen sowie das Kredit- und Versicherungsgewerbe eine geringe Bedeutung hat (Abbildung 3).

**Abbildung 3: Sektorale Beschäftigungsstruktur 2000 im Städtevergleich nach amtlicher Statistik**



Quelle: Statistisches Jahrbuch Deutscher Gemeinden, 2000

### 3.2 Beschäftigtenstruktur

Im Panel erfolgt auch eine Strukturierung der Beschäftigten nach ihrem formalen Status. Bei dem Vergleich der Zahlen des Panels zur Beschäftigtenstruktur mit denen der Erwerbstätigenrechnung ist zu berücksichtigen, dass das Panel ausschließlich Betriebe mit sozialversicherungspflichtig Beschäftigten erfasst, was zu einer methodisch bedingten grundsätzlichen Untererfassung der anderen Beschäftigtengruppen führt. Zudem gilt auch hier ebenso wie für die Gesamtbeschäftigung, dass das Panel nicht den Anspruch erhebt, die absoluten Größen zum Volumen von Beschäftigten(-teilgruppen) zu quantifizieren. Im Folgenden soll deshalb ein Überblick zur Struktur der im Panel erfassten Beschäftigung gegeben werden.



IAB-Betriebspanel Bremen 2001

In Bremen fällt der im Vergleich zu Westdeutschland und zu den anderen westlichen Großstädten hohe Anteil an geringfügig Beschäftigten auf.<sup>3</sup> Dagegen gibt es in Bremen vergleichsweise wenig tätige Inhaber und mithelfende Familienangehörige (Tabelle 4).

**Tabelle 4: Beschäftigtenstruktur im regionalen Vergleich (Frage 1)**

Anteil an den Gesamtbeschäftigten in %*			
Stellung im Beruf	Bremen	Westdeutschland	westliche Großstädte
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	79,0	80,9	82,1
<i>darunter Auszubildende*</i>	4,0	4,5	3,7
Beamte	5,1	3,7	5,3
Tätige Inhaber u. mithelfende Familienangehörige*	3,4	5,3	4,0
Sonstige (z.B. geringfügig Beschäftigte, 630-DM-Kräfte)**	12,5	10,1	8,6
Gesamtzahl der Beschäftigten	100,0	100,0	100,0

\* Mögliche Abweichungen in der Summe ergeben sich aufgrund von Rundungen (bei nachfolgenden Tabellen wird auf diesen Hinweis verzichtet).

\*\* Diese Anteile könnten in Bremen aufgrund von fehlenden Angaben zur Beschäftigtenstruktur in einem Datensatz eines Großbetriebes leicht unterzeichnet sein.

<sup>3</sup> Auf Teilzeitbeschäftigung wird im Kapitel Arbeitszeit, eines der Schwerpunktthemen des Panels 2001, noch gesondert eingegangen.

## 4 Personalentwicklung

### 4.1 Personaleinstellungen und -abgänge

Im Panel wird das Personaleinstellungsverhalten näher untersucht und den Personalabgängen gegenübergestellt. Dabei wird deutlich, dass sich hinter saldierten Beschäftigungsveränderungen ein deutlich höherer Umfang an Bewegungen auf dem Arbeitsmarkt verbirgt. So stehen in Bremen im ersten Halbjahr 2001 einer Erhöhung der Beschäftigung um knapp 5.000 fast 30.000 Personaleinstellungen und etwa 24.000 Personalabgänge gegenüber. (Tabelle 5)

Etwa jeder Dritte bremische Betrieb hat im ersten Halbjahr 2001 Personal eingestellt. Damit ist der Anteil ebenso wie im Vorjahr, höher als in Westdeutschland und in den westlichen Großstädten. Gleichzeitig ist aber auch der Anteil der Betriebe, in denen Personal ausgeschieden ist, höher als in den Vergleichsregionen. Eine Betrachtung der Gründe für das Ausscheiden von Personal zeigt, dass die höhere Personalfuktuation in Bremen teilweise auf einen höheren Anteil befristeter Beschäftigtenverhältnisse (vgl. auch Kapitel 10.3) zurückzuführen ist. In Bremen ist zwar in mehr Betrieben Personal ausgeschieden als eingestellt worden, aber insgesamt wurden mehr Personen eingestellt als ausgeschieden sind. Der Saldo aus eingestelltem und ausgeschiedenem Personal ist in Bremen bezogen auf Beschäftigte im 1. Halbjahr 2001 deutlich besser als in Westdeutschland und in den westlichen Großstädten ausgefallen. Die positive Entwicklungstendenz bei der Beschäftigung in Bremen wie in Hamburg ist darauf zurückzuführen, dass sich die Zahl der eingestellten Personen erhöht hat, während sie in Westdeutschland rückläufig war. Auch in Relation zur Gesamtbeschäftigung wurde in Bremen und Hamburg mehr Personal eingestellt (Tabelle 5).

Personaleinstellungen gehen in 70 % der bremischen Betriebe mit Personalabgängen einher. In knapp 40 % dieser Betriebe wurde lediglich ausscheidendes Personal durch neue Arbeitskräfte ersetzt. In über 40 % der Fälle wurde mehr Personal eingestellt als abgebaut, während nur in knapp 20 % die Personalabgänge überwogen. Nur bei der Hälfte des ausgeschiedenen Personals lässt sich anhand des angegebenen Ausscheidungsgrundes ein direkter Ersatzbedarf vermuten.

**Tabelle 5: Personaleinstellungen und -abgänge im 1. Halbjahr 2001 im regionalen Vergleich und im Vorjahresvergleich (Fragen 55 (50)\* und 64)**

Anteil der Betriebe mit Personaleinstellungen bzw. -abgängen im 1. Halbjahr (%), Summe eingestelltes und ausgeschiedenes Personal (in 1.000) und deren Anteile an der Gesamtbeschäftigung (%)							
	Bremen		Hamburg		Westl. Groß- städte	Westdeutsch- land	
	2001**	2000**	2001**	2000**	2001**	2001**	2000**
Anteil der Betriebe mit Personalein- stellungen bzw. -abgängen (%)							
Personal eingestellt	35	36	36	29	29	28	28
Kein Personal eingestellt, hätte aber gerne	13	7	7	8	6	6	7
Kein Personal eingestellt, da kein Bedarf	51	55	56	62	65	65	64
Personal ausgeschieden	37	36	32	30	33	32	31
Summe eingestelltes und ausge- schiedenes Personal(1.000)							
Eingestelltes Personal	29,1	25	77,1	66	658	1.706	1.753
Ausschiedenes Personal	24,2	21	66,4	63	658	1.687	1.633
Saldo	4,9	4	10,7	3	0	19	120
Anteil an Gesamtbeschäftigten in %							
Eingestelltes Personal	7,9	7	8,1	7	6,6	6,0	6
Ausschiedenes Personal	6,6	6	6,9	7	6,6	5,9	6
Differenz eingestelltes und ausgeschiedenes Personal***	1,3	1,1	1,1	0,3	0	0,1	0,4

\* In Klammer werden abweichende Nummer im Vorjahrespanel angegeben

\*\* Jeweils 1. Halbjahr; 2000-Werte sind Ergebnisse des IAB-Panels 2000

\*\* Berechnet aus absoluten Werten eingestelltes und ausgeschiedenes Personal

Unter arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkten besonders zu beachten ist, dass in Bremen der Anteil der Betriebe, die kein Personal eingestellt haben, aber gerne Personal eingestellt hätten, gegenüber dem Vorjahr angestiegen ist und weitgehend unabhängig von Sektoren und Betriebsgrößen auch über dem westdeutschen Wert und dem der westlichen Großstädte liegt. Dies spricht dafür, dass der tatsächliche Personalbedarf über der durch Neueinstellungen realisierten Arbeitskräftenachfrage liegt. Angesichts der hohen Arbeitslosigkeit ist daraus außerdem auf ein Miss-Match zwischen Arbeitskräftenachfrage und -angebot zu schließen. Entsprechende tiefergehende Fragen zur Qualifikationsstruktur auf dem Arbeitsmarkt wurden im Panel 2000 behandelt (Tabelle 5).

## 4.2 Personalsuche

Ebenso wie bei den Neueinstellungen zeigt sich in Bremen auch bei der aktuellen Personalsuche ein hoher Personalbedarf. In Bremen haben zum Befragungszeitpunkt Mitte 2001 mehr Betriebe aktiv Personal gesucht als vor einem Jahr. Dabei ist der Anteil der personalsuchenden Betriebe höher als in Westdeutschland und in den westlichen Großstädten. Auch ist die Zahl der gesuchten Personen (für sofort oder zu einem späteren Zeitpunkt) in Relation zur Gesamtbeschäftigung in Bremen mit 3,7 % höher als in Westdeutschland (3,1%) (Tabelle 6).

**Tabelle 6: Personalsuche Mitte 2001 im regionalen Vergleich und im Vorjahresvergleich (Frage 60)**

Anteil der Betriebe, die zum Befragungszeitpunkt aktiv Personal gesucht haben, in %							
	Bremen		Hamburg		westliche Großstädte	Westdeutschland	
	2001	2000	2001	2000	2001	2001	2000
Personal gesucht; Für sofort	22	17	15	19	16	15	16
Personal gesucht; für einen späteren Zeitpunkt	9	8	8	10	9	8	8

2000-Werte sind Ergebnisse des IAB-Panels 2000

Mitte 2001 hatten in Bremen im Vergleich zu Westdeutschland sowohl viele kleine, mittlere als auch große Betriebe einen zusätzlichen Personalbedarf. Dieses Bild zeigt sich bei der Personalsuche für einen späteren Zeitpunkt nur noch bei den Großbetrieben. Bei den mittleren Betrieben Bremens sehen dagegen nur vergleichsweise wenige Personalbedarf zu einem späteren Zeitpunkt. (Tabelle 7)

**Tabelle 7: Personalsuche Mitte 2001 nach Betriebsgrößenklassen in Bremen und Westdeutschland (Frage 60)**

Anteil der Betriebe, die zum Befragungszeitpunkt aktiv Personal gesucht haben, in %				
Betriebsgrößenklasse	Bremen		Westdeutschland	
	für sofort	für später	für sofort	für später
Kleine	20	9	14	8
Mittlere	41	9	37	14
Große	62	38	56	19

## IAB-Betriebspanel Bremen 2001

---

In 54 % der Fälle wurde die Suche nach Arbeitskräften den Arbeitsämtern gemeldet. Bei Facharbeitern werden die Arbeitsämter wesentlich häufiger - in 65 % - 70 % der Fälle - eingeschaltet (Rest < 50 %). In sektoraler Betrachtung bleibt nur der Wirtschaftsbereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung / Kredit- und Versicherungsgewerbe mit der Beteiligungsquote der Arbeitsämter von 35 % zurück.

## 5 Erwartungen zu Beschäftigung und Geschäftsentwicklung

Von besonderem Interesse sind die Einschätzungen der Betriebe zur zukünftigen wirtschaftlichen Entwicklung. Die Erwartungen zur Geschäftsentwicklung und zur kurz- und mittelfristigen Beschäftigungsentwicklung bewegen sich insgesamt im Rahmen der Vergleichsregionen. Die Auswirkungen des 11. September 2001 auf das Wirtschaftsklima und die Erwartungshaltungen werden dabei allerdings nur teilweise abgebildet.

### 5.1 Beschäftigungserwartung

#### 5.1.1 Kurzfristige Erwartung (1 Jahr)

In Bremen, Westdeutschland und in den westlichen Großstädten erwarten kurzfristig mehr Betriebe eine steigende Beschäftigung als eine fallende. Gegenüber den westlichen Städten (auch Hamburg) ist diese Relation in Bremen aber etwas ungünstiger. Es hat sich in Bremen sowohl die Zahl der Betriebe, die eher steigende Beschäftigung erwarten, als auch die, die eher fallende Beschäftigung erwarten, erhöht. Wobei der steigende Anteil der Betriebe mit positiven Beschäftigungserwartungen vor dem Hintergrund eines Rückgangs in Westdeutschland positiv zu bewerten ist (Tabelle 8).

**Tabelle 8: Kurzfristige Beschäftigungserwartung 2001 im regionalen und im Vorjahrsvergleich (Frage 4)**

Anteil der Betriebe mit bestimmter Beschäftigungserwartung für das nächste Jahr (von Mitte 2001 bis Mitte 2002) in %							
Beschäftigungserwartung	Bremen		Hamburg		West. Großstädte	Westdeutschland	
	2001	2000	2001	2000	2001	2001	2000
gleich bleibend	60	66	69	70	70	74	74
eher steigen	18	15	14	17	13	11	13
eher fallen	16	11	9	6	8	8	7
Saldo	2	4	5	11	5	3	6
kann ich jetzt noch nicht sagen	7	8	9	7	9	6	7
keine Angabe	0	0	0	0	0	0	0
Summe	100	100	100	100	100	100	100

2000-Werte sind Ergebnisse des IAB-Panels 2000

Die leicht positive Tendenz bei der kurzfristigen Beschäftigtenerwartung in der Gesamtwirtschaft Bremens ist auf die Bereiche Verarbeitendes Gewerbe, Dienstleistungen für Unternehmen und sonstige Dienstleistungen zurückzuführen, in denen auch in Westdeutschland - wenn auch weniger ausgeprägt - häufiger von steigender Beschäftigung ausgegangen wird. Im Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung / Kredit- und Versicherungsgewerbe bleibt Bremen deutlich hinter der westlichen Entwicklung zurück (Tabelle 9).

Großbetriebe schätzen die kurzfristige Beschäftigungsentwicklung dabei pessimistischer ein als kleine und mittlere Betriebe.

**Tabelle 9: Kurzfristige Beschäftigungserwartung 2001 nach Wirtschaftsbereichen und nach Betriebsgrößenklassen in Bremen und in Westdeutschland (Frage 4)**

Anteil der Betriebe mit kurzfristig steigender und mit fallender Beschäftigungserwartung in % und deren Saldo in Prozentpunkten						
Branche/ Betriebsgrößenklasse	Bremen			Westdeutschland		
	Steigend	Fallend	Saldo	steigend	fallend	Saldo
Gesamt	18	16	2	11	8	3
Verarb. Gewerbe	19	10	9	16	11	5
Baugewerbe	10	14	-4	6	11	-5
Handel u. Reparatur	13	19	-6	10	9	1
Verkehr/Nachrichten Kredit/Versicherungen	25	27	-2	11	6	5
Dienstl. f. Untern.	24	15	9	15	8	7
Sonstige Dienstl.	21	13	8	12	7	5
ÖD/Org. o. Erwerbszw.	3	6	-3	6	6	0
Kleine	18	16	2	11	8	3
Mittlere	17	14	3	17	16	1
Große	20	25	-5	15	23	-8

### 5.1.2 Mittelfristige Erwartungen (5 Jahre)

Ebenso wie in der Kurzfristbetrachtung gehen in Bremen auch in der mittelfristigen Perspektive verhältnismäßig viele Betriebe von höherer aber auch viele von niedrigerer Beschäftigung (ohne Betriebsschließungen) aus. Sowohl in Bremen als auch in Westdeutschland und den westlichen Großstädten gehen nur wenige Betriebe mehr von einer Beschäftigungszunahme als von einem -rückgang aus (Tabelle 10).

**Tabelle 10: Mittelfristige Beschäftigungserwartung 2001 im regionalen Vergleich (Frage 5)**

Anteil der Betriebe mit bestimmter mittelfristiger Beschäftigungserwartung (%)				
Beschäftigungserwartung	Bremen	Hamburg	westliche Großstädte	Westdeutschland
deutlich höher	7	8	7	5
etwas höher	15	18	11	10
etwa gleich hoch	42	41	45	48
etwas niedriger	8	7	6	6
deutlich niedriger	6	3	3	2
Saldo ( <i>höher ./.</i> <i>niedriger</i> )	8	16	9	7
unmöglich zu sagen	13	17	24	26
Betrieb, wird wahrscheinlich nicht mehr existieren	7	6	5	4
keine Angabe	1	0	0	1
Summe	100	100	100	100

In der mittelfristigen Perspektive von fünf Jahren geben in Bremen relativ viele Betriebe (7 %) an, dass sie nicht mehr existieren. Dieser Anteil beträgt in Westdeutschland 4 % und den westlichen Großstädten 5 %. Der hohe Wert in Bremen ist allerdings vorsichtig zu interpretieren, da er ausschließlich auf die schriftlich befragten Betriebe zurückzuführen ist (Anteil bei schriftlich Befragten 8 %, bei mündlich Befragten 1 %). Im Gegensatz dazu ist der Anteil der bremischen Betriebe, die keine Aussage zur zukünftigen Beschäftigtenentwicklung machen konnten, nur halb so hoch (Tabelle 10).

Auch mittelfristig gehen im Verarbeitenden Gewerbe, bei den Dienstleistungen für Unternehmen und bei den sonstigen Dienstleistungen in Bremen und Westdeutschland mehr Betriebe von Beschäftigungszunahmen aus als von Beschäftigungsabnahmen. Auch der Saldo aus dem Anteil der Betriebe mit steigender und fallender Beschäftigungserwartung fällt in diesen Bereichen in Bremen wiederum günstiger als in Westdeutschland aus (Tabelle 11).



**Tabelle 11: Mittelfristige Beschäftigungserwartung 2001 nach Wirtschaftsbereichen und nach Betriebsgrößenklassen in Bremen und in Westdeutschland (Frage 5)**

Anteil der Betriebe mit mittelfristig steigender und mit fallender Beschäftigungserwartung in % und deren Saldo in Prozentpunkten						
Branche/ Betriebsgrößenklasse	Bremen			Westdeutschland		
	steigend	fallend	Saldo	steigend	fallend	Saldo
Gesamt	22	14	8	15	8	7
Verarb. Gewerbe	38	11	27	20	8	12
Baugewerbe	11	6	5	10	9	1
Handel u. Reparatur	17	19	-2	14	10	4
Verkehr/Nachrichten Kredit/Versicherung	15	23	-8	11	9	2
Dienstleistungen für Unternehmen	38	10	28	24	4	20
Sonstige Dienstleistungen	21	11	10	12	6	6
ÖD/Org. o. Erwerbszweck	5	26	-21	6	11	-5
Kleine	22	13	9	14	7	7
Mittlere	25	28	-3	24	19	5
Große	26	41	-15	23	32	-9

Im Handel und im Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung / Kredit- und Versicherungsgewerbe und im Öffentlichen Dienst einschließlich Organisationen ohne Erwerbszweck sieht die Relation in Bremen dabei aber deutlich ungünstiger aus als in Westdeutschland. Im Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung fällt der negative Saldo aus Betrieben mit steigenden und fallenden Beschäftigungserwartungen in Bremen größer aus als in Westdeutschland. Im bremischen Kredit- und Versicherungsgewerbe ist die Entwicklung nicht so positiv wie in Westdeutschland.

Im Baugewerbe zeigt sich mittelfristig eine bessere Stimmung als in der kurzfristigen Perspektive, die in Bremen noch besser als in Westdeutschland ausfällt.

Das Gesamtergebnis Bremens wird durch den starken Beschäftigungsabbau im Öffentlichen Dienst belastet.

Auch in der mittleren Perspektive gehen mehr Großbetriebe von einem Beschäftigtenabbau als von einer Zunahme aus. In Westdeutschland wird von den mittleren Betrieben und den Kleinbetrieben auch in der fünf Jahresperspektive diese Relation positiv eingeschätzt. Aus Bremer Sicht gibt der Umstand Anlass zu Bedenken, dass diese Relation in Bremen bei den mittleren Betrieben negativ ausfällt.

## 5.2 Geschäftslage und -erwartung

### 5.2.1 Ertragslage und Produktivität

Die bremischen Betriebe haben ihre Ertragslage 2000 im Durchschnitt etwas schlechter eingeschätzt als in Westdeutschland und in den westlichen Großstädten. In Bremen hat etwa ein Viertel die Ertragslage als gut oder sehr gut eingeschätzt, demgegenüber haben ein Drittel die Lage nur als ausreichend oder mangelhaft eingestuft. Sowohl in Bremen als auch in Westdeutschland hat sich die Lageeinschätzung gegenüber 1999 wenn auch nur geringfügig verschlechtert (Tabelle 12).

**Tabelle 12: Einschätzung der Ertragslage im regionalen Vergleich und im Vorjahresvergleich (Frage 9 (10))**

Anteil der Betriebe mit bestimmter Einschätzung zur Ertragslage %							
Erwartung	Bremen		Hamburg		Westl. Großstädte	Westdeutschland	
	2000	1999*	2000	1999*	2000	2000	1999*
Sehr gut	2	4	5	5	4	3	5
Gut	24	24	22	23	23	25	27
Befriedigend	29	31	28	26	34	34	35
Ausreichend	20	18	23	27	20	19	16
Mangelhaft	12	11	12	11	10	9	8
Trifft nicht zu**	11	12	9	7	9	9	9
Keine Angabe	3	1	2	1	1	1	1
Summe	100	100	100	100	100	100	100

\* Ergebnisse des Panels 2000

\*\* da Öffentlicher Dienst, gemeinnützige Einrichtung u. ä.

In allen Wirtschaftsbereichen gibt es Betriebe, die eine gute bis sehr gute Ertragslage hatten und gleichzeitig Betriebe mit nur ausreichender bzw. mangelhafter Ertragslage. Bei den Dienstleitungen für Unternehmen und den sonstigen Dienstleistungen überwiegen sowohl in Bremen als auch in Westdeutschland die Betriebe mit der positiven Lageeinschätzung. Im Handel gibt es dagegen deutlich mehr Betriebe, die ihre Ertragslage als schlecht bezeichnen. Wobei in Bremen noch deutlich mehr Handelsbetriebe die Ertragslage unbefriedigend finden als in Westdeutschland.<sup>4</sup> Positiv fällt die vergleichsweise gute Lageeinschätzung der bremischen Baubetriebe auf (Tabelle 13).

<sup>4</sup> Dieses Ergebnis sollte aber vorsichtig interpretiert, weil durch hohe Gewichtungsfaktoren etwas überzeichnet sein könnte.

Wesentlich mehr Großbetriebe hatten eher eine gute als eine schlechte Ertragslage. Vergleichsweise ungünstig ist die Situation bei den mittleren bremischen Betrieben, der Anteil der Betriebe mit schlechter Ertragslage war doppelt so hoch wie der mit guter, in Westdeutschland überwiegt dagegen, wenn auch nur gering, der Anteil mit positiver Lage.

**Tabelle 13: Einschätzung der Ertragslage nach Wirtschaftsbereichen und Betriebsgrößenklassen (Frage 9 (10))**

Anteil der Betriebe mit bestimmter Einschätzung der Ertragslage 2000 (%)						
Branche/ Betriebsgrößenklasse	Bremen			Westdeutschland		
	gut/ sehr gut	befriedigend	ausreichend/ mangelhaft	gut/ sehr gut	befriedigend	ausreichend/ mangelhaft
Gesamt	26	29	32	28	34	28
Verarb. Gewerbe	36	28	35	32	35	32
Baugewerbe	25	54	21	28	40	31
Handel u. Reparatur	17	20	55	22	42	35
Verkehr/Nachrichten Kredit/Versicherungen	36	24	39	27	41	29
Dienstl. f. Untern.	40	33	24	43	31	25
Sonstige Dienstl.	26	37	18	28	31	25
Kleine	27	28	32	28	34	28
Mittlere	17	36	34	26	29	22
Große	21	42	6	29	25	16

Summe teilweise ungleich 100, da Ertragslage nicht auf öffentlichen Dienst und gemeinnützige Einrichtungen zu trifft und Betriebe teilweise keine Angabe gemacht haben.

Neben der eigenen Einschätzung der Ertragslage durch die Betriebe enthält das Panel mit den Angaben zum Geschäftsvolumen weitere Informationen zur wirtschaftlichen Situation der Betriebe.

Der erzielte Umsatz je Beschäftigten liegt 2000 in Bremen mit 410.000 DM über den Städte-durchschnitt von 377.000 DM und weit über den Wert Westdeutschlands von 313.000 DM.<sup>5</sup> Dies ist insbesondere auf das Verarbeitende Gewerbe zurückzuführen. In diesem Bereich

<sup>5</sup> Anstelle des für die Arbeitsproduktivität üblichen Indikators „Wertschöpfung je Arbeitskraft“ wird hier der Umsatz je Beschäftigten analysiert. Denn die für die Berechnung der Wertschöpfung benötigte Angabe zu den Vorleistungen ist aufgrund der (zum Teil groben) Schätzung des Vorleistungsquote und der hohen Ausfallrate bei dieser Frage mit großen Unsicherheiten behaftet. Der Umsatz je Beschäftigten sagt zwar nichts zu den Arbeitsproduktiven in den verschiedenen Wirtschaftsbereichen aus, liefert aber aufschlussreiche Hinweise im Rahmen eines Vergleichs der bremischen mit den Bundeswerten und (bei steigender Beschäftigung) auch zur Umsatzentwicklung.

## IAB-Betriebspanel Bremen 2001

liegt die Umsatzproduktivität in Bremen mit 635.000 DM über 86 % höher als die durchschnittliche Produktivität Westdeutschlands (341.000 DM) (insgesamt + 31 %). Die Kleinbetriebe und ebenso die Großbetriebe erwirtschaften in Bremen im Vergleich zu Westdeutschland relativ viel Umsatz je Beschäftigten. Die bremischen mittleren Betriebe liegen bei der Umsatzproduktivität im westdeutschen Durchschnitt. Auch ist die Produktivität in Bremen wesentlich stärker gegenüber dem Vorjahr angestiegen (+ 15 %)<sup>6</sup> als in Westdeutschland (+2 %). Die hohe und ansteigende Produktivität deutet eher auf eine relativ gute Geschäftslage der bremischen Betriebe hin (Tabelle 14).

**Tabelle 14: Umsatzproduktivität nach Betriebsgrößenklassen in Bremen und Westdeutschland**

Umsatz je Beschäftigten 2000 (in 1000 DM)		
Branche / Betriebsgrößenklasse	Bremen	Westdeutschland
Gesamt	410	313
Verarbeitendes Gewerbe	635	341
Baugewerbe	262	196
Handel u. Reparatur	586	498
Verkehr/Nachrichten Kredit/ Versicherungen	270	293
Dienstl. f. Unternehmen	284	247
Sonstige Dienstleistungen	102	116
ÖD/Org. o. Erwerbszweck	115	151
Kleine	326	250
Mittlere	331	338
Große	603	404

### 5.2.2 Geschäftserwartungen

In Westdeutschland und in den westlichen Großstädten gehen gleich viele Betriebe von steigendem bzw. fallendem Geschäftsvolumen für das Jahr 2001 aus, jeweils gut ein Fünftel. In Bremen sind es etwas mehr Betriebe mit erwartetem wachsenden Geschäftsvolumen (26 %) als mit schrumpfenden (24 %). Positiv fällt in Bremen auf, dass die Zahl der Betriebe, die von einem steigenden Geschäftsvolumen ausgehen, gegenüber dem Vorjahr angewachsen ist (Tabelle 15).

<sup>6</sup> Die aus dem IAB-Panel 2000 errechnete Produktivität kann mit der sich aus dem IAB-Panel 2001 ergebenden Produktivität nicht unmittelbar verglichen werden. Da im Panel 2001 ein Großbetrieb, der bei der Produktivität einen Spitzenwert aufweist, neu berücksichtigt wurde. Bei der Berechnung der Wachstumsrate wurde dieser Fall deshalb herausgenommen.

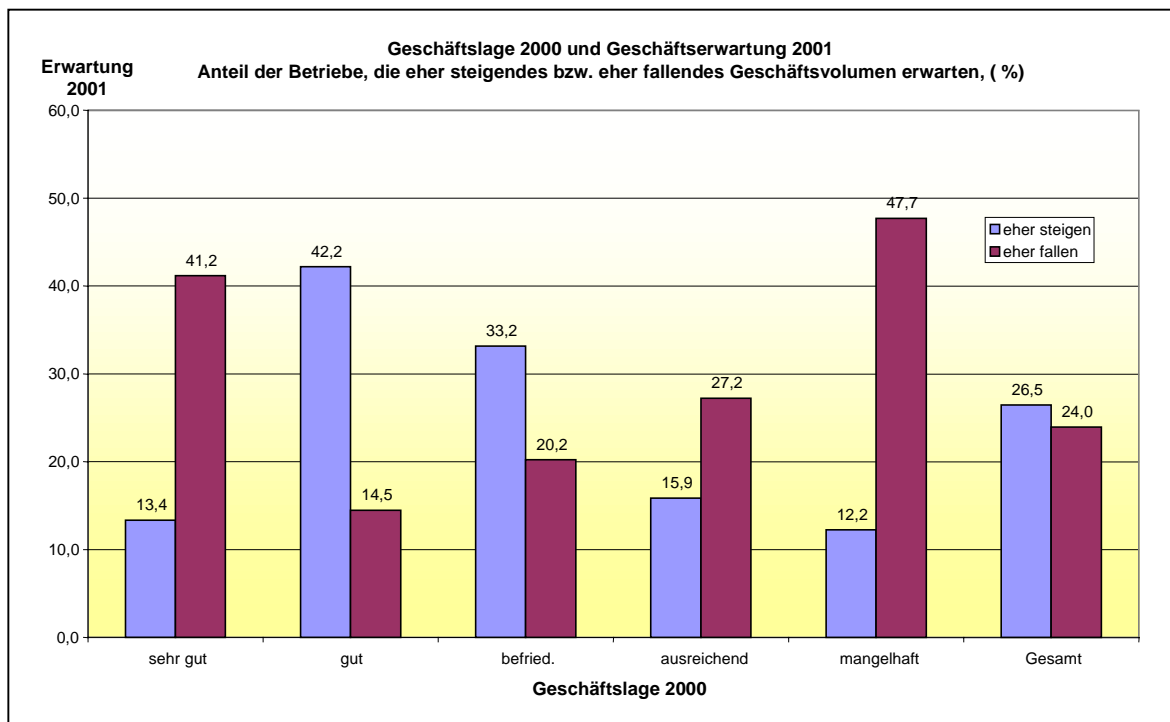
**Tabelle 15: Erwartung zur Geschäftsentwicklung im regionalen Vergleich und im Vorjahresvergleich (Frage 8 (13))**

Anteil der Betriebe mit bestimmter Erwartung zur Entwicklung des Geschäftsvolumens in %							
Erwartung	Bremen		Hamburg		Westl. Großstädte	West-deutschland	
	2001	2000	2001	2000	2001	2001	2000
gleich bleibend	38	47	40	41	50	51	50
eher steigen	26	22	32	29	22	21	24
eher fallen	24	22	22	22	22	21	18
Saldo	2	0	10	7	0	0	6
kann ich jetzt noch nicht sagen	9	8	4	6	7	7	8
keine Angabe	3	1	2	2	1	1	1
Summe	100	100	100	100	100	100	100

2000-Werte sind Ergebnisse des IAB-Panels 2000.

Die Beurteilungen der Geschäftslage und die Erwartungen zur Geschäftsentwicklung weisen eine deutliche Polarisierung auf. Schlechte Geschäftslagen korrelieren mit pessimistischen, gute Geschäftslagen mit optimistischen Erwartungen. Allerdings glauben auch viele Betriebe mit aktuell sehr guter Geschäftssituation, diese nicht halten zu können (Abbildung 4).

**Abbildung 4: Aktuelle Geschäftslage und -erwartung in Bremen (Fragen 8 und 9)**



## IAB-Betriebspanel Bremen 2001

In den Bereichen Verkehr und Nachrichtengewerbe/Kredit- und Versicherungsgewerbe, Verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe und Dienstleistungen für Unternehmen überwiegen in Bremen die Betriebe, die für 2001 ein steigendes Geschäftsvolumen erwarten, gegenüber denen mit rückläufigen Geschäftserwartungen. Sowohl für den Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung als auch für den Bereich Kredit- und Versicherungsgewerbe ergibt sich in Bremen und in Westdeutschland ein deutlich positiver Saldo aus dem Anteil der Betriebe, die ein steigendes und fallendes Geschäftsvolumen erwarten, wobei in Bremen in beiden Bereichen der Saldo größer ausfällt (Tabelle 16).

Besonders auffällig ist in Bremen die positive Stimmung im Baugewerbe, denn in Westdeutschland gehen deutlich mehr Baubetriebe von rückgängiger Geschäftsentwicklung aus als von wachsender.

Insbesondere in den schnell wachsenden Branchen der unternehmensbezogenen Dienstleistungen sind - bei insgesamt positivem Saldo - hohe und noch steigende Anteile sowohl von Betrieben mit positiver wie mit negativer Erwartungshaltung zu registrieren. Dies spricht für besondere Entwicklungschancen aber auch Risiken.

Negativ ist dieser Saldo insbesondere im Öffentlichen Dienst/Organisationen ohne Erwerbszweck aber auch bei den sonstigen Dienstleistungen. Der aufgrund der Haushaltsnotlage, der Sparzwänge und der Umstrukturierung vorgenommene Beschäftigtenabbau im bremischen Öffentlichen Dienstes wirkt sich negativ auf das bremische Gesamtergebnis sowie auf das der Großbetriebe aus.

**Tabelle 16: Erwartung zur Geschäftsentwicklung 2001 nach Wirtschaftsbereichen und Beschäftigtengrößenklassen in Bremen und Westdeutschland (Frage 8)**

Anteil der Betriebe, die steigendes und die sinkendes Geschäftsvolumen erwarten, in % und deren Saldo in Prozentpunkten						
Branche/ Betriebsgrößenklasse	Bremen			Westdeutschland		
	steigend	sinkend	Saldo	steigend	sinkend	Saldo
Gesamt	26	24	2	21	21	0
Verarbeitendes Gewerbe	39	17	22	27	24	3
Baugewerbe	32	16	16	18	30	-12
Handel u. Reparatur	17	18	-1	19	25	-6
Verkehr/Nachrichten Kredit/Versicherung.	39	10	29	25	14	11
Dienstleistungen für Unternehmen	35	28	7	27	18	9
Sonstige Dienstleistungen	25	30	-5	18	19	-1
ÖD/Org. o. Erwerbszweck	3	42	-39	17	9	8
Kleine	26	24	2	20	21	-1
Mittlere	34	20	14	31	19	12
Große	32	28	4	34	14	20

## IAB-Betriebspanel Bremen 2001

---

Bei den Großbetrieben und bei den mittleren Betrieben in Westdeutschland gehen wesentlich mehr Betriebe von einem steigenden als von einem fallenden Geschäftsvolumen aus. In Bremen gilt dies insbesondere für die Mittleren. Bei den Großbetrieben besteht in Bremen nur eine leichte positive Tendenz. Bei den Kleinbetrieben ist der Saldo zwischen den Betrieben mit positiver und den mit negativer Erwartung sowohl in Bremen und in Westdeutschland in etwa ausgeglichen.

## 6 Investitionen

Entscheidend für die Entwicklung der Wirtschaftskraft und der Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe und somit auch für die Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung ist die Investitionstätigkeit. Das vergleichsweise hohe Niveau der Investitionstätigkeit der bremischen Betriebe im Jahr 2000, der überdurchschnittliche Anteil der Erweiterungsinvestitionen und die hohe Quote geplanter Investitionen ließen eine im Regionalvergleich positivere Geschäfts- und Beschäftigungsentwicklung im Land Bremen erwarten.

### 6.1 Investierende Betriebe und Investitionsvolumen

Der Anteil der bremischen Betriebe, die im Jahr 2000 Investitionen getätigt haben, entspricht dem Durchschnitt Westdeutschlands und in etwa dem der westlichen Städte. Die leicht überdurchschnittliche Investitionsbereitschaft des Jahres 1999 konnte nicht gehalten werden, denn ebenso wie in Hamburg ist der Anteil der Betriebe, die investiert haben, gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen (Tabelle 17).

**Tabelle 17: Investitionsverhalten im regionalen Vergleich und im Vorjahresvergleich (Frage 24)**

	Bremen		Hamburg		westliche Großstädte 2000	Westdeutsch- land	
	2000	1999	2000	1999		2000	1999
Investierende Betriebe (%)	58	62	53	59	57	58	59
Investitionen pro Betrieb (1.000 DM)	471	(437)*	491	538	535	395	379
Erweiterungsinvestitionen pro Betrieb (1.000 DM)	231	268	168	229	191	145	161

\*Wert ist aufgrund von Veränderungen im IAB-Panel nicht vergleichbar  
1999-Werte sind Ergebnisse des IAB-Panels 2000

Im Jahr 2000 war die durchschnittliche Investitionssumme je Betrieb bei den investierenden Betrieben in Bremen zwar höher als im westdeutschen Durchschnitt aber im Vergleich zu den westlichen Großstädten niedrig. Im Vorjahresvergleich hat sich die Investitionssumme pro Betrieb in Bremen kaum verändert.<sup>7</sup> Bezogen auf die Erweiterungsinvestitionen wurde im Jahr 2000 sowohl in Bremen als auch in Westdeutschland im Durchschnitt weniger ausge-

<sup>7</sup> Die aus dem IAB-Panel 2000 errechnete Investitionssumme kann mit der sich aus dem IAB-Panel 2001 ergebenden Wert nicht unmittelbar verglichen werden. Da im Panel 2001 ein Großbetrieb, der bei der Investition einen Spitzenwert aufweist, neu berücksichtigt wurde. Bei der Berechnung der Wachstumsrate wurde dieser Fall deshalb herausgenommen.



## IAB-Betriebspanel Bremen 2001

geben als 1999. Wobei der Anteil der Erweiterungsinvestitionen an den gesamten Investitionen in Bremen deutlich höher ist (Tabelle 17).

Die Zahl der bremischen Betriebe, die für 2001 Investitionen vorgesehen haben, lag im westdeutschen Durchschnitt, übertraf den Hamburger Wert, blieb aber etwas hinter den westdeutschen Großstädten zurück. Allerdings übertraf die Zahl der Betriebe, die ein eher zunehmendes Investitionsvolumen erwarteten, die Werte der Vergleichsregionen deutlich (Tabelle 18).

**Tabelle 18: Vorgesehene Investitionen 2001 im regionalen Vergleich (Frage 28)**

Anteile der Betriebe, die 2001 Investitionen vorgesehen haben, in %				
	Bremen	Hamburg	westliche Großstädte	Westdeutsch- land
Investierende Betriebe (%)	41	34	44	42
Von denen				
Etwa gleichbleibend	28	31	29	32
Eher zunehmend	46	39	40	39
Eher abnehmend	21	21	24	22
Weiß noch nicht	5	9	7	7
Keine Angabe	0	0	0	0
Summe	100	100	100	100

Im Verarbeitenden Gewerbe und im Bereich Dienstleistungen für Unternehmen investierten sowohl in Westdeutschland als auch in Bremen besonders viele Betriebe. In Bremen ist in diesen Bereichen der Anteil der investierenden Betriebe noch höher als in Westdeutschland. Außerdem hat Bremen im Bereich Öffentlicher Dienst/Organisationen ohne Erwerbszweck einen deutlich höheren Anteil an investierenden Betrieben als Westdeutschland. Verhältnismäßig wenig investierende Betriebe hat Bremen im Baugewerbe und bei den sonstigen Dienstleistungen (Tabelle 19).

Relativ niedrig fielen in Bremen die Investitionen je investierendem Betrieb im Bereich Verkehr / Nachrichtenübermittlung und Kredit- / Versicherungsgewerbe aus. Dies gilt sowohl für die Wirtschaftsabteilung Verkehr und Nachrichtenübermittlung als auch für die Wirtschaftsabteilung Kredit- und Versicherungsgewerbe, wobei der Unterschied zwischen Bremen und Westdeutschland beim Kredit- und Versicherungsgewerbe noch etwas größer ist.<sup>8</sup>

<sup>8</sup> Der bremische Wert ist aber aufgrund der geringen Fallzahl von Betrieben mit Angaben zum Investitionsvolumen in diesem Bereich ziemlich unsicher.

**Tabelle 19: Investierende Betriebe 2000 nach Wirtschaftsbereichen und Betriebsgrößenklassen in Bremen und Westdeutschland (Frage 24)**

Branche/ Betriebsgrößenklasse	Investitionsverhalten 2000			
	Anteil investierender Betriebe (%)		Investitionen pro Betrieb (1.000 DM)	
	Bremen	Westdeutschland	Bremen	Westdeutschland
Gesamt	58	58	471	395
Verarbeitendes Gewerbe	72	64	1.711	992
Baugewerbe	49	60	301	94
Handel u. Reparatur	50	53	210	161
Verkehr/Nachrichten Kredit/Vers.	63	57	310	543
Dienstleistungen f. Unternehmen	85	67	478	375
Sonstige Dienstleistungen	38	55	178	189
ÖD/Org. o. Erwerbszweck	60	49	205	1.052
Kleine	56	57	177	138
Mittlere	84	84	1.282	1.645
Große	89	89	11.334	15.617

Der Anteil der Betriebe, die in einem Jahr Investitionen getätigt haben, steigt mit der Betriebsgröße, denn in großen Betrieben fallen häufiger Investitionen an. In allen Betriebsgrößenklassen entspricht die Investitionstätigkeit in Bremen in etwa der Westdeutschen.

Der Schwerpunkt der Investitionen lag 2000 im Bereich EDV, Informations- und Kommunikationstechnologie. In Bremen haben mit 83 % der Betriebe, die Investitionen getätigt haben, noch mehr Betriebe in EDV, Informations- und Kommunikationstechnologie investiert als in Westdeutschland (72 %). Das Volumen der EDV-Investitionen ist allerdings deutlich geringer als das anderer Investitionsvorhaben. Vergleichsweise wenig bremische Betriebe haben in Produktionsanlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung investiert (Tabelle 20).

**Tabelle 20: Art der Investition 2000 im regionalen Vergleich (Frage 24)**

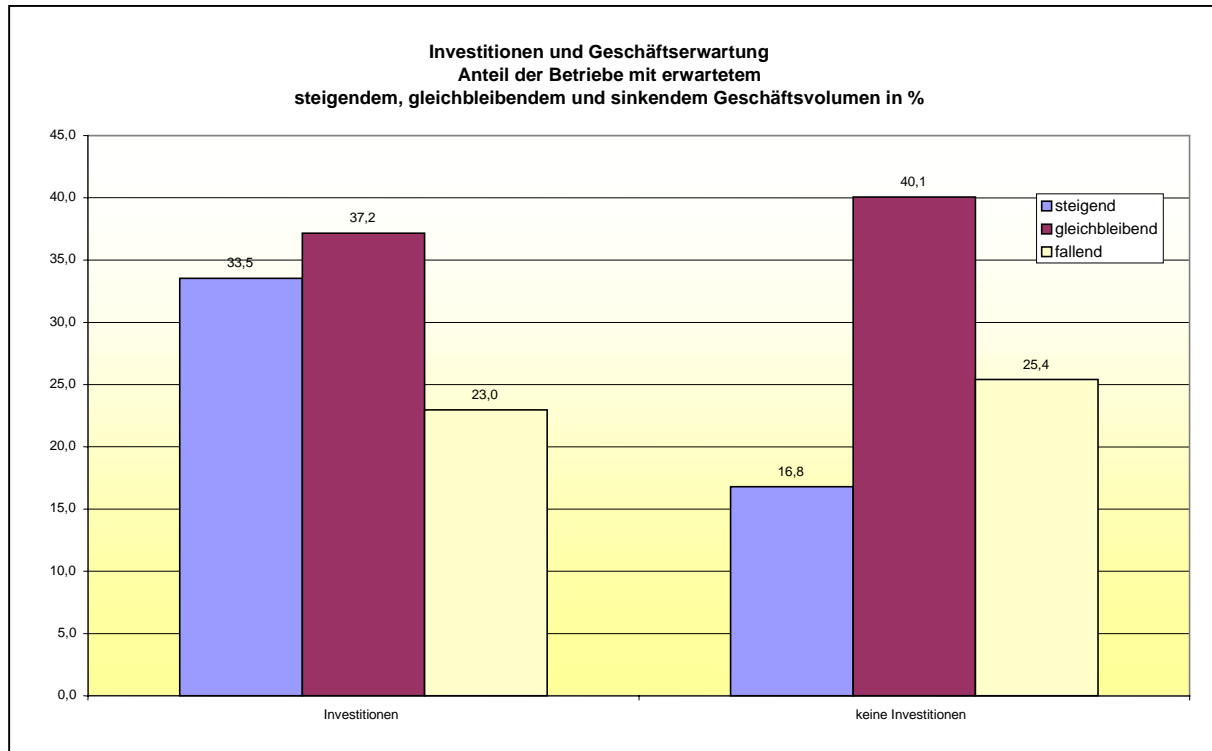
<b>Anteil der Betriebe mit Investitionen in ... (2000) in %</b>				
<b>Investitionen in</b>	<b>Bremen</b>	<b>Hamburg</b>	<b>westliche Städte</b>	<b>Westdeutschland</b>
Grundstücke, Gebäude	16	11	9	15
EDV, Informations- und Kommunikationstechnik	83	82	74	72
Produktionsanlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	46	48	50	55
Verkehrsmittel, Transportsysteme	31	27	29	30
Summe (Mehrfachnennungen)	176	168	163	171

## 6.2 Investitionen und Geschäfts-/ Beschäftigterwartung

Investitionen stellen eine grundsätzliche Voraussetzung für die Ausweitung der wirtschaftlichen Aktivität dar. Innerhalb bestimmter Grenzen kann das Geschäft auch ohne neue Investitionen ausgeweitet werden. Andererseits sind aber auch Ersatzinvestitionen erforderlich um einen Betrieb im bestehenden Umfang aufrecht zu erhalten. Komplexer ist der Zusammenhang zwischen Investitionen und Beschäftigung, da Rationalisierungsinvestitionen unmittelbar einer Reduzierung der benötigten Arbeitskraft zur Folge haben können aber gleichzeitig über den Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit Beschäftigung sichern. Im Folgenden wird der Zusammenhang zwischen Investitionen einerseits und Entwicklung des Geschäftsvolumens und insbesondere der Beschäftigung andererseits untersucht.

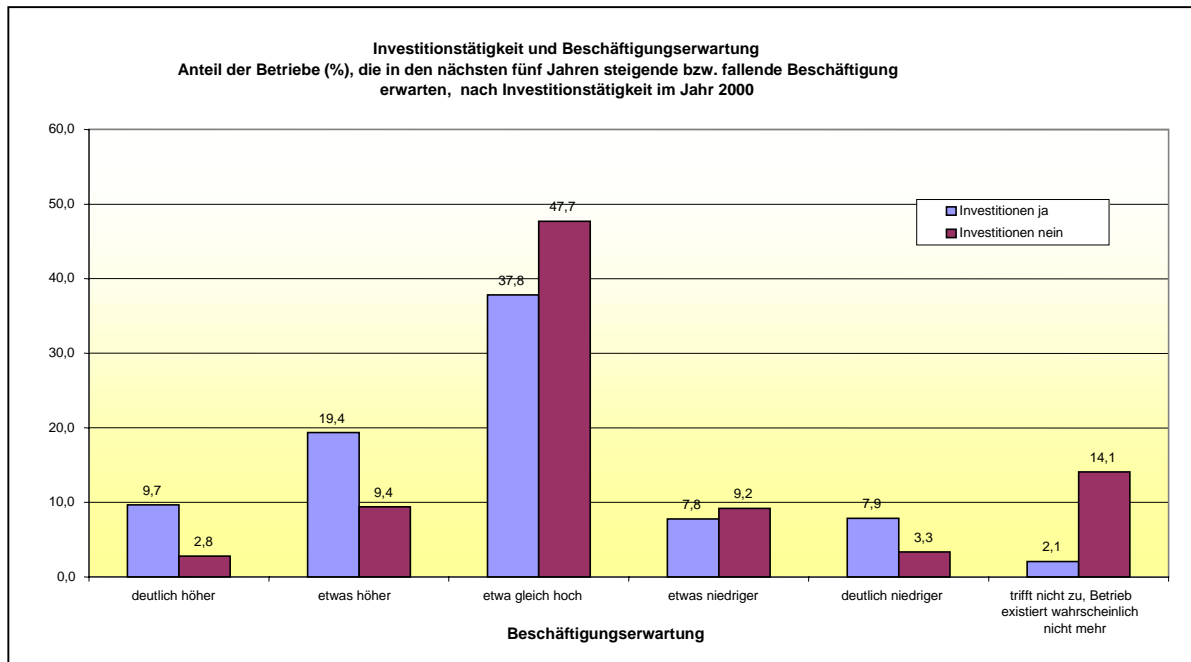
Zwischen Investitionen und Beschäftigungserwartungen lässt sich ein positiver Zusammenhang erkennen, der aber im Falle von Rationalisierungsinvestitionen durchbrochen wird. Von den Betrieben, die im Jahr 2000 Investitionen getätigt haben, geht etwa ein doppelt so hoher Anteil davon aus, dass das Geschäftsvolumen ansteigen wird, als bei den Betrieben, die nicht investiert haben. Allerdings ist der Anteil der Betriebe, die trotz Investitionstätigkeiten von einem sinkenden Geschäftsvolumen ausgehen, kaum geringer als derjenigen Betriebe, die keine Investitionen getätigt haben, wobei die Betriebe ohne Investitionen vielfach keine Aussage über die zukünftige Entwicklung der Geschäftslage machen konnten (Abbildung 5).

**Abbildung 5: Zusammenhang Investitionen und Geschäftserwartung in Bremen (Fragen 8 und 24)**



Von den Betrieben, die im Jahr 2000 Investitionen getätigt haben, geht ein höherer Anteil mittelfristig von steigender Beschäftigung aus als von den Betrieben, die 2000 keine Investitionen vorgenommen haben. Deutlich zeigt sich aber auch, dass es sich bei den durchgeführten Investitionen zum Teil um Rationalisierungsinvestitionen handelt. Denn von den Betrieben, die in 2000 investiert haben, gehen 8 % in den nächsten fünf Jahren von einem deutlichen Beschäftigtenrückgang aus. Bei den Betrieben ohne Investitionstätigkeit im Jahr 2000 beträgt dieser Wert nur 3 %. Insgesamt ist die Beschäftigtenerwartung bei den investierenden Betrieben aber positiv und deutlich besser als bei den Betrieben, die nicht investieren. Von den investierenden Betriebe erwarten etwa doppelt so viele Betriebe einen Beschäftigtenanstieg wie einen -rückgang. Bei den nicht investierenden Betrieben ist das Verhältnis von Betrieben mit zunehmenden und abnehmenden Beschäftigtenerwartungen ausgeglichen (Abbildung 6).

**Abbildung 6: Investitionstätigkeit und mittelfristige Beschäftigungserwartung in Bremen (Fragen 24 und 5)**



### 6.3 EDV-Ausstattung

Investitionen dienen auch der Modernisierung der Betriebe. Im Büroalltag hat sich der EDV-Einsatz etabliert. Im Panel 2001 wird mit einer Sonderfrage erfasst, wie viele der Büroarbeitsplätze derzeit mit Computern und Internetanschluss ausgestattet sind. Aus der Aufgliederung der Investitionstätigkeit war zu erkennen, dass vergleichsweise viele bremische Betriebe 2000 in EDV, Informations- und Kommunikationstechnik investiert haben.

In den meisten Betrieben sind inzwischen alle Büroarbeitsplätze mit Computern ausgestattet. In Bremen haben in 2/3 der Betriebe alle Büroarbeitsplätze einen Computer in Westdeutschland sind es sogar über 70 %. Diese relativ niedrige Quote Bremens an vollständig mit Computern ausgestatteten Büros ist ausschließlich auf die Kleinbetriebe zurückzuführen. Dem stehen 6 % der Betriebe in Bremen bzw. 8 % in Westdeutschland und den westlichen Großstädten gegenüber, in deren Büros kein Computer steht. Dabei handelt es sich ausschließlich um Kleinbetriebe (Tabelle 21).

IAB-Betriebspanel Bremen 2001

Rund 80 % der Büros bremischer Betriebe verfügen über einen Internet- bzw. Intranetzugang in Westdeutschland sind es dagegen 73 % der Betriebe. Ausstattungslücken beschränken sich auch hier auf kleine Betriebe.

**Tabelle 21: Ausstattung von Büroarbeitsplätzen mit Computern und Internet/Intranet nach Betriebsgrößenklassen in Bremen und Westdeutschland (Frage 31)**

Anteil der Betriebe, deren Büroarbeitsplätze mit Computer bzw. Internet/Intranet ausgestattet sind, (%)*				
	Bremen			
	Betriebsgrößenklasse			
	Insgesamt	kleine	mittlere	große
Ausstattung ... Büroarbeitsplätze mit Computern				
aller	66	65	78	67
der meisten	10	10	19	31
etwa der Hälfte	8	8	2	2
einiger	9	10	1	0
keiner	6	7	0	0
Internet-/Intranetzugang				
aller	34	33	39	45
der meisten	12	11	18	28
etwa der Hälfte	11	11	11	6
einiger	21	20	29	17
keiner	21	23	2	2
Westdeutschland				
	Betriebsgrößenklasse			
	Insgesamt	kleine	mittlere	große
Ausstattung ... Büroarbeitsplätze mit Computern				
aller	72	70	75	64
der meisten	9	9	21	33
etwa der Hälfte	3	3	2	2
einiger	8	8	2	1
keiner	8	9	0	0
Internet-/Intranetzugang				
aller	42	42	35	35
der meisten	6	6	18	30
etwa der Hälfte	8	8	11	9
einiger	16	15	29	23
keiner	27	28	6	1

\* Nur Betriebe mit Büroarbeitsplätze

Computer fehlen am häufigsten in Büros der sonstigen Dienstleistungsbetriebe. Außerdem sind die Büros bremischer Bauunternehmen verhältnismäßig schlecht mit Computern ausge-

IAB-Betriebspanel Bremen 2001

stattet. Besonders gut mit Computer ausgestattet sind dagegen die Büros der Unternehmensdienstleister. Internet-/Intranetzugänge sind am verbreitetsten in den Büros des Sektors Verkehr- und Nachrichtengewerbe / Kredit- und Versicherungsgewerbe, dieses gilt für beide Bereiche (Tabelle 22).

**Tabelle 22: Ausstattung von Büroarbeitsplätzen mit Computern und Internet/Intranet nach Wirtschaftsbereichen in Bremen und Westdeutschland (Frage 31)**

Anteil der Betriebe, deren Büroarbeitsplätze mit Computer bzw. Internet/Intranet ausgestattet sind, (%)*								
Bremen								
	insgesamt	Verarb. Gewerbe	Bau-gewerbe	Handel u. Reparatur	Verk./Nachr. Kred./Vers.	Dienstl. f. Untern.	Sonstige Dienstl.	ÖD/Org. o. Erwerbszw.
Ausstattung ... Büroarbeitsplätzen mit Computern								
aller	66	71	49	66	83	90	41	72
der meisten	10	6	9	14	8	6	12	24
etwa der Hälfte	8	4	30	7	2	2	8	0
einiger	9	16	6	4	0	2	26	3
keiner	6	2	5	8	7	0	14	1
Internet-/Intranetzugang								
aller	34	45	30	24	66	40	21	25
der meisten	12	6	5	22	8	7	7	32
etwa der Hälfte	11	11	28	7	5	15	4	17
einiger	21	22	23	20	13	30	22	4
keiner	21	15	11	26	8	7	44	20
Westdeutschland								
	insgesamt	Verarb. Gewerbe	Bau-gewerbe	Handel u. Reparatur	Verk./Nachr. Kred./Vers.	Dienstl. f. Untern.	Sonstige Dienstl.	ÖD/Org. o. Erwerbszw.
Ausstattung ... Büroarbeitsplätzen mit Computern								
aller	72	66	72	66	83	85	64	72
der meisten	9	11	9	9	10	8	9	14
etwa der Hälfte	3	4	4	5	1	3	3	4
einiger	8	12	7	10	4	2	10	5
keiner	8	7	9	10	2	2	14	5
Internet-/Intranetzugang								
aller	42	41	41	40	58	50	34	35
der meisten	6	6	4	6	8	8	6	10
etwa der Hälfte	8	9	8	9	5	8	7	13
einiger	16	18	14	18	13	18	13	16
keiner	27	25	31	25	16	16	39	24

\* Nur Betriebe mit Büroarbeitsplätzen

## 7 Innovationen

### 7.1 Innovationstätigkeit

Die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe wird entscheidend von deren Innovationstätigkeit bestimmt. Die bremischen Betriebe betreiben überdurchschnittlich stark Innovationen. In den vergangenen zwei Jahren haben in Bremen und ebenso in Hamburg im Vergleich zu Westdeutschland und den westlichen Großstädten relativ viele Betriebe Produktinnovationen durchgeführt und Produkte neu in ihr Angebot aufgenommen. Allerdings haben die Betriebe mit ihren neuen Produkten in Bremen einen vergleichsweise geringen Anteil am Geschäftsvolumen erlangt (Tabelle 23).

**Tabelle 23: Innovationstätigkeit\* im regionalen Vorjahresvergleich (Fragen 14, 15, 16, 17, 21, 22)**

Anteil der Betriebe (%) bzw. durchschnittlicher Umsatzanteil der neuen Produkte (in %)				
	Bremen	Hamburg	Westlich Großstädte	West- deutschland
Völlig neue Leistung/Produkt in das Angebot aufgenommen	8	8	5	5
Umsatzanteil	10,5	11,3	13,9	11,8
Vorhandene Leistungen neu in das Angebot aufgenommen	27	25	16	14
Umsatzanteil	11,0	16,6	12,4	11,9
Produkt verbessert/weiterentwickelt	40	35	23	21
Produkt-/Verfahrensinnovation geplant, aber nicht durchgeführt	12	13	8	6
Forschung und Entwicklung im Betrieb	6	7	5	5
Organisatorische Änderungen	46	43	31	30

\* Innovationstätigkeit in den letzten zwei Jahren

In Bremen führen im Vergleich zum westdeutschen Durchschnitt relativ viele kleine Betriebe Produktinnovationen durch. Insgesamt zeigt sich in Westdeutschland die Tendenz einer mit der Betriebgröße steigenden Wahrscheinlichkeit, dass Innovationen vorgenommen werden. Allerdings erzielen gerade Kleinbetriebe mit neuen Produkten einen höheren Umsatzanteil (Tabelle 24).



**Tabelle 24: Innovationstätigkeit\* nach Betriebsgrößenklassen in Bremen und Westdeutschland (Fragen 14, 15, 16, 17, 21, 22)**

Anteil der Betriebe (%) bzw. durchschnittlicher Umsatzanteil der neuen Produkte (in %)				
Bremen				
	Betriebsgrößenklasse			
	insgesamt	kleine	mittlere	große
Völlig neue Leistung/Produkt in das Angebot aufgenommen	8	7	13	9
Umsatzanteil	10,5	11,0	10,6	1,8
Vorhandene Leistungen neu in das Angebot aufgenommen	27	27	29	34
Umsatzanteil	11,0	11,7	6,7	4,4
Produkt verbessert/weiterentwickelt	40	39	56	57
Produkt-/Verfahrensinnovation geplant, aber nicht durchgeführt	12	12	12	15
Forschung und Entwicklung im Betrieb	6	5	14	18
Organisatorische Änderungen	46	43	75	81
Westdeutschland				
	Betriebsgrößenklasse			
	insgesamt	kleine	mittlere	große
Völlig neue Leistung/Produkt in das Angebot aufgenommen	5	4	9	14
Umsatzanteil	11,8	12,3	11,2	6,7
Vorhandene Leistungen neu in das Angebot aufgenommen	14	13	23	28
Umsatzanteil	11,9	13,6	10,2	8,5
Produkt verbessert/weiterentwickelt	21	20	46	63
Produkt-/Verfahrensinnovation geplant, aber nicht durchgeführt	6	6	7	14
Forschung und Entwicklung im Betrieb	5	4	15	29
Organisatorische Änderungen	30	28	65	80

\* Innovationstätigkeit in den letzten zwei Jahren.

In Westdeutschland ist der Anteil der Betriebe, die Innovationen durchgeführt haben, im Verarbeitenden Gewerbe deutlich höher als in den anderen Sektoren. In Bremen nimmt der Sektor Öffentlicher Dienst/Organisationen ohne Erwerbszweck eine gewisse Sondereinstellung ein, sehr viele Betriebe dieses Sektors haben Neuerungen vorgenommen. So geben 21 %<sup>9</sup> der Betriebe des Sektors Öffentlicher Dienst/Organisationen ohne Erwerbszweck an, völlig neue Produkte eingeführt zu haben, dem gegenüber sind es im Verarbeitenden Gewerbe nur 14 %. Hier spiegelt sich die Umbruchsituation innerhalb vieler Bereiche des bremischen öffentlichen Sektors wider. Der Wert für das Verarbeitende Gewerbe liegt aber in Bremen noch über dem durchschnittlichen Wert Westdeutschlands (9 %) (Tabelle 25).

<sup>9</sup> Der ausgewiesene Anteil ist evtl. aufgrund eines hohen Hochrechnungsfaktors überschätzt.

IAB-Betriebspanel Bremen 2001

In fast allen Sektoren ist der Anteil der Betriebe, die die verschiedenen Formen von Innovationen getätigt haben, in Bremen höher oder zumindest genauso hoch wie der westdeutsche Durchschnitt. Ausnahmen bilden die Sektoren Handel und Reparatur und Verkehr und Nachrichtenübermittlung / Kredit-/Versicherungsgewerbe im Bereich neuer Produkte und das Baugewerbe bei der Verbesserung bzw. Weiterentwicklung vorhandener Produkte.

**Tabelle 25: Innovationstätigkeit\* nach Wirtschaftsbereichen in Bremen und Westdeutschland (Fragen 14, 15, 16, 17, 21, 22)**

Anteil der Betriebe (%) bzw. durchschnittlicher Umsatzanteil der neuen Produkte (in %)								
Innovation	Bremen							
	insgesamt	Verarb. Gewerbe	Baugewerbe	Handel u. Reparatur	Verk./Nachr. Kred./Vers.	Dienstl. f. Untern.	Sonstige Dienstl.	ÖD/Org. o. Erwerbszw.
Völlig neue Leistung/Produkt in das Angebot aufgenommen	8	14	7	4	2	6	10	21
Umsatzanteil	10,5	6,7	4,2	7,8	5,6	13,4	13,4	13,6
Vorhandene Leistungen neu in das Angebot aufgenommen	27	34	14	32	22	27	29	25
Umsatzanteil	11,0	17,0	9,2	11	12,2	10,6	8,5	9,3
Produkt verbessert/weiterentwickelt	40	58	9	30	28	57	46	48
Produkt-/Verfahrensinnovation geplant, aber nicht durchgeführt	12	23	4	10	6	14	12	18
Forschung und Entwicklung im Betrieb	6	16	1	4	2	7	6	3
Organisatorische Änderungen	46	62	27	35	37	60	49	60
Innovation	Westdeutschland							
	insgesamt	Verarb. Gewerbe	Baugewerbe	Handel u. Reparatur	Verk./Nachr. Kred./Vers.	Dienstl. f. Untern.	Sonstige Dienstl.	ÖD/Org. o. Erwerbszw.
Völlig neue Leistung/Produkt in das Angebot aufgenommen	5	9	3	6	4	6	4	1
Umsatzanteil	11,8	9,5	7	10,4	8,7	25,8	5,9	9,2
Vorhandene Leistungen Neu in das Angebot aufgenommen	14	22	13	17	11	11	14	3
Umsatzanteil	11,9	11,6	7,5	12,6	10	16,7	11,5	5,1
Produkt verbessert/weiterentwickelt	21	38	15	16	22	30	19	15
Produkt-/Verfahrensinnovation geplant, aber nicht durchgeführt	6	16	4	4	4	9	4	4
Forschung und Entwicklung im Betrieb	5	13	2	2	1	10	3	1
Organisatorische Änderungen	30	43	24	30	31	29	27	27

\* Innovationstätigkeit in den letzten zwei Jahren

Auswertungen des bremischen IAB-Betriebspanels belegen, dass Zentralen bzw. Hauptverwaltungen von Unternehmen mit mehreren Filialen am innovationsfreudigsten sind. Des

Weiteren führen unabhängige, eigenständige Unternehmen wesentlich häufiger Produktinnovationen durch als Niederlassungen größerer Unternehmen bzw. Einrichtungen. Auch sind neue Betriebe innovationsfreudiger als ältere. Der Anteil der Betriebe, die Produktinnovationen durchführen, ist bei den Betrieben, die vor 1990 gegründet wurden, niedriger als bei den Betrieben, die nach 1990 gegründet wurden. Die Struktur der Betriebe einer Region ist somit mit entscheidend für die Innovationstätigkeit einer Region.

## 7.2 Forschung und Entwicklung

Innovationen sind häufig das Ergebnis umfangreicher Forschungs- und Entwicklungsarbeiten, die entweder von den Betrieben selbst oder von Forschungseinrichtungen im Auftrag der Betriebe durchgeführt werden. Der Anteil der Betriebe, die eigene Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten (FuE) durchführen, entspricht in Bremen in etwa dem westdeutschen Wert und den der westlichen Großstädte. Wobei in Bremen im Vergleich zu Westdeutschland relativ wenig Großbetriebe eigene FuE-Abteilungen betreiben, hingegen viele bremische Kleinbetriebe eigene Forschung und Entwicklung durchführen. Die geringe FuE-Tätigkeit bei Großbetrieben könnte u. a. mit der geringen Entscheidungscentralität in Bremen zusammenhängen (Anteil Unternehmenszentralen bei Großbetrieben Bremen 9 % und Westdeutschland 26 %). So gaben in Bremen 9 % der Großbetriebe an, FuE ist die Aufgabe einer anderen Einheit des Unternehmens, in Westdeutschland waren es 6 %. Eine Untersuchung des Zusammenhangs zwischen Art der Betriebe (eigenständiges Unternehmen, Zentrale und Zweigniederlassung) und eigene FuE-Tätigkeit zeigt, dass in Bremen gut 3/4 der Betriebe mit eigener FuE-Aktivität eigenständige Unternehmen sind, in Hamburg sind es dagegen nur knapp 2/3. Allerdings betreiben in Hamburg viele Zweigniederlassungen eigene Forschung, es handelt sich also wahrscheinlich um FuE-Einrichtungen größerer Unternehmen bzw. Konzerne. Der hohe Anteil kleiner und eigenständiger Unternehmen mit FuE-Tätigkeit könnte evtl. eine positive Auswirkung des Technologieparks sein (vgl. Tabellen 23-25).

## 7.3 Innovationshemmnisse

Die überdurchschnittliche Innovationstätigkeit geht mit einem relativ hohen Anteil geplanter aber nicht durchgeführter Innovationen einher (Tabelle 23). Eine Sonderauswertung des Panels zeigt, dass es sich bei den Betrieben, die Innovationen geplant hatten, diese aber nicht durchgeführt haben, zum Großteil allerdings nicht um Betriebe handelt, die gar keine Innovationen getätigt haben, sondern um Betriebe, die bereits andere Innovationen realisiert haben. Das häufigere Auftreten von nicht umgesetzten Innovationen ist somit eine Folge der hohen Innovationsaktivität.

IAB-Betriebspanel Bremen 2001

Die Frage nach den Innovationshemmnissen soll Aufschluss darüber geben, ob in der Zahl nicht durchgeführter Innovationen noch ein zusätzliches eventuell durch Förderung aktivierbares Innovationspotential liegt. Als Hauptgründe dafür, dass bremische Betriebe, die Innovationen geplant hatten, diese nicht umgesetzt haben, wurden das hohe wirtschaftliche Risiko, die hohen Investitionskosten und der Mangel an Finanzierungsquellen<sup>10</sup> angegeben. Im Land Bremen unterblieben Innovationen wesentlich häufiger aufgrund des wirtschaftlichen Risikos als in Westdeutschland und in anderen Großstädten. Hohe Investitionskosten und hohes wirtschaftliches Risiko deuten darauf hin, dass es bei den nicht umgesetzten Innovationen um Projekte handelt, die sich unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten als nicht rentabel herausgestellt haben. Aus den häufig genannten Mangel an Finanzquellen lässt sich ein Bedarf an Innovationskapital und entsprechenden Finanzierungsangeboten am Kapitalmarkt ableiten. Weiterhin sind Mangel an Fachkräften, lange Verwaltungs- und Genehmigungsverfahren, Gesetzgebung, Normen und rechtliche Regelungen häufige Ursachen, die Innovationen verhindert haben (Tabelle 26).

**Tabelle 26: Innovationshemmnisse\* in Bremen, Westdeutschland und den westlichen Großstädten (Frage 23)**

Innovationshemmnis	Bremen		Westliche Großstädte		Westdeutschland	
	Nennungen**	Anteil (%)	Nennungen**	Anteil (%)	Nennungen**	Anteil (%)
Hohe Investitionskosten	56	21	43	19	47	21
Hohes wirtschaftliches Risiko	49	18	27	12	37	16
Mangel an Finanzquellen	49	18	39	18	32	14
Organisatorische Probleme	15	6	15	7	15	7
Mangel an Fachpersonal	33	12	19	9	25	11
Mangelnde Kundenakzeptanz	4	2	9	4	11	5
Gesetzgeb., Normen, rechtl. Regel.	20	8	23	10	18	8
Fehlende technolog. Informationen	1	0	5	2	4	2
Fehlende Marktinformation	10	4	5	2	5	2
Lange Verwaltungs- und Genehmigungsverfahren	21	8	15	7	13	6
Interne Widerstände	4	2	10	5	7	3
Sonstiges	2	1	13	6	11	5
Keine Angabe	0	0	0	0	2	1
Summe	265	100	222	100	229	100

\* Innovationshemmnisse in den letzten zwei Jahren

\*\* Anteil der Betriebe (%), die folgenden Faktor als Hemmnis für die Durchführung von Innovationen genannt haben, an den Betrieben, die in den letzten zwei Jahren geplante Produkt- bzw. Verfahrensinnovationen nicht durchgeführt haben

<sup>10</sup> Auffällig ist, dass in Bremen gut die Hälfte der schriftlich befragten Betriebe Mangel an Finanzquellen als Hemmnis angegeben hat aber nur 4 % der mündlich Befragten.

Die Faktoren, die Innovationen verhindern, sind in den verschiedenen Wirtschaftsbereichen<sup>11</sup> in etwa die gleichen. Bei den sonstigen Dienstleistungen und im Öffentlichen Dienst einschließlich Organisationen ohne Erwerbszweck werden im Gegensatz zu den anderen Wirtschaftsbereichen Innovationen häufig durch Gesetzgebung, Normen und rechtliche Regelungen verhindert. Im Öffentlichen Dienst werden Innovationen zusätzlich durch Verwaltungs- und Genehmigungsverfahren behindert. Der Öffentliche Dienst fühlt sich in Bremen als auch im Bundesgebiet insbesondere selbst häufig durch staatliche Regelungen in seinem Erneuerungsprozess behindert (Tabelle 27).

**Tabelle 27: Die wichtigsten Innovationshemmnisse in den einzelnen Wirtschaftsbereichen in Westdeutschland (Frage 23)**

Am häufigsten genannte Hemmnisse			
Wirtschaftsbereich/ Betriebsgrößenklasse	Häufigstes Hemmnis	2. häufigstes Hemmnis	3. häufigstes Hemmnis
<b>Insgesamt</b>	Investitionskosten	Wirtschaftliches Risiko Mangel Finanzquellen	Mangel Fachpersonal
<b>Verarb. Gewerbe</b>	Investitionskosten	Wirtschaftliches Risiko	Mangel Finanzquellen; Mangel Fachpersonal
<b>Baugewerbe</b>	Mangel Finanzquellen	Investitionskosten	Wirtschaftliches Risiko
<b>Handel u. Reparatur</b>	Investitionskosten	Wirtschaftliches Risiko	Mangel Fachpersonal
<b>Verkehr/Nachrichten Kredit/Versicherungen</b>	Investitionskosten	Mangel Finanzquellen	Mangel Fachpersonal
<b>Dienstl. f. Untern.</b>	Wirtschaftliches Risiko	Investitionskosten	Mangel Finanzquellen
<b>Sonstige Dienstl.</b>	Investitionskosten	Wirtschaftliches Risiko	Gesetzgebung, Nor- men, rechtliche Rege- lungen
<b>ÖD/Org. o. Er- werbszweck</b>	Verwaltungs-, Geneh- migungsverfahren	Mangel Fachpersonal	Gesetzgebung, Nor- men, rechtliche Rege- lungen
<b>Kleine</b>	Investitionskosten	Wirtschaftliches Risiko	Mangel Finanzquellen
<b>Mittlere</b>	Investitionskosten	Mangel Fachpersonal	Organisatorische Probleme
<b>Große</b>	Investitionskosten	Wirtschaftliches Risiko	Mangel Fachpersonal

<sup>11</sup> Die Differenzierung nach Wirtschaftszweigen kann aufgrund der geringen Fallzahl der in der Stichprobe enthaltenen bremischen Betriebe, die Innovationen geplant hatten, diese aufgrund von Hemmnissen nicht durchgeführt haben, nicht für Bremen sondern nur für Westdeutschland durchgeführt werden.

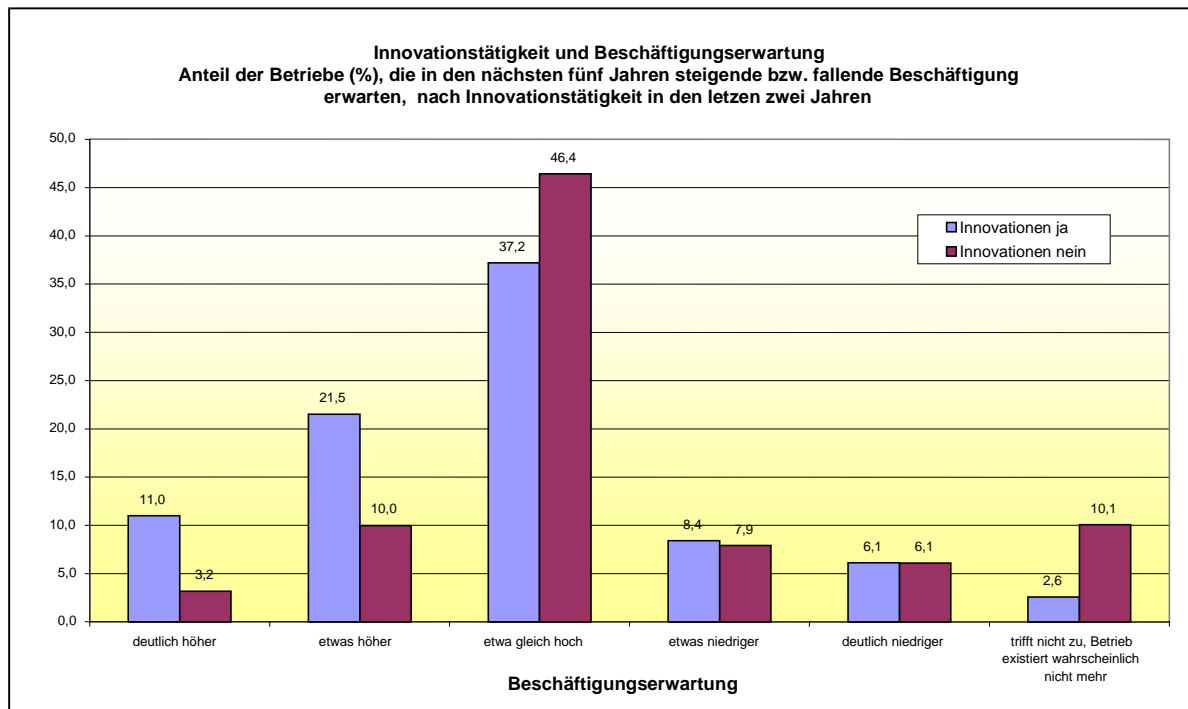
Die hohen Investitionskosten stellen für kleine, mittlere und große Betriebe am häufigsten ein Innovationshemmnis dar. Sowohl kleine als auch große Betriebe fürchten das hohe wirtschaftliche Risiko. Für Kleinbetriebe stellt der Mangel an Finanzquellen ein weiteres wichtiges Innovationshemmnis dar. Ebenso verhindert der Mangel an Fachpersonal bei mittleren und großen Betrieben häufig Innovationen. Mittlere Betriebe haben relativ häufig organisatorische Probleme bei der Umsetzung von Innovationen.

Das überdurchschnittliche Innovationsgeschehen bremischer Unternehmen, insbesondere der relativ hohe Anteil kleiner Unternehmen mit eigener FuE-Tätigkeit, spricht für die Bedeutung des Ausbaus der technologie- und wissenschaftsorientierten Infrastruktur und die Passgenauigkeit der bremischen innovationsorientierten Förderangebote.

## 7.4 Innovationen und Beschäftigung

Aufgrund der gesteigerten Wettbewerbsfähigkeit müssten sich Innovationen theoretisch positiv auf die Beschäftigungsentwicklung auswirken. Tatsächlich lässt sich im Panel empirisch belegen, dass innovative Betriebe häufiger ihre Beschäftigung ausweiten als andere.

**Abbildung 7: Innovationstätigkeit und mittelfristige Beschäftigungserwartung in Bremen (Fragen 14, 15, 16 und 5)**



Bremische Betriebe, die in den letzten 2 Jahren völlig neue Produkte/Leistungen angeboten haben, vorhandene Produkte/Leistungen neu in das Angebot aufgenommen haben und/oder Produkte/Leistungen verbessert haben, gehen zu 33 % davon aus, dass sich die Beschäftigtenzahl in den nächsten 5 Jahren erhöhen wird. Bei den Betrieben, die keine genannten Formen von Produktinnovationen durchgeführt haben, liegt der Anteil nur bei 13 %. Allerdings zeigt sich auch, dass Innovationen nicht immer mit einer Ausweitung der Beschäftigung oder zumindest mit konstanter Beschäftigung verbunden sind. Betriebe, die Innovationen vorgenommen haben, gehen genauso oft von einer rückläufigen Beschäftigung aus wie nicht Innovationen tätige Betriebe. Hier dürften mit Innovationen verbundene bzw. gleichzeitig durchgeführte Rationalisierungsmaßnahmen eine Rolle spielen. Innovationen dürften in diesen Fällen zur Sicherung der verbleibenden Arbeitsplätze beitragen (Abbildung 7).

## 7.5 Organisatorische Änderungen

Neben Investitionen und Innovationen können auch organisatorische Änderungen innerhalb des Betriebes entscheidend Einfluss auf die wirtschaftliche Lage haben.

**Tabelle 28: Form bzw. Ziel organisatorischer Änderungen\* im regionalen Vergleich (Frage 17)**

Anteil der Betriebe, die folgende organisatorische Änderungen in den letzten zwei Jahren durchgeführt haben (%)				
Form bzw. Ziel der organisatorischen Änderung	Bremen	Hamburg	Westliche Großstädte	Westdeutschland
Mehr Eigenfertigung/Eigenleistung	15	16	9	8
Mehr Zukauf von Produkten und Leistungen	8	12	6	7
Neugestaltung der Beschaffungs-, Vertriebswege bzw. der Kundenbeziehung	15	17	10	9
Reorganisation von Abteilungen oder Funktionsbereichen	15	14	12	9
Verlagerung von Verantwortung von Entscheidungen nach unten	16	12	10	9
Einführung von Gruppenarbeit/ eigenverantwortlichen Arbeitsgruppen	6	5	4	4
Einrichtung von Einheiten mit eigener Kosten-/ Ergebnisübersicht	7	6	4	3
Umweltbezogene organisatorische Maßnahmen	3	3	4	4
Verbesserung der Qualitätssicherung	25	20	15	15
Sonstige	7	2	3	3
Keine Organisatorische Änderungen	54	57	69	70
Keine Angabe	1	1	0	0
Summe organisatorische Änderungen	116	106	76	71
Summe (Mehrfachnennungen)	171	164	145	141

\* Organisatorischer Änderungen in den letzten zwei Jahren

IAB-Betriebspanel Bremen 2001

In Bremen und Hamburg haben in den letzten beiden Jahren knapp die Hälfte und damit vergleichsweise viele Betriebe organisatorische Änderungen durchgeführt, in Westdeutschland und den westlichen Großstädten waren es nur etwa 30 % (Tabelle 28).

Die meisten organisatorischen Änderungen dienten in allen Regionen übereinstimmend der Verbesserung der Qualitätssicherung. Weiterhin wurden relativ häufig folgende Änderungen vorgenommen: Reorganisation von Abteilungen bzw. Funktionsbereichen, Verlagerung von Entscheidungen nach unten, mehr Eigenfertigung bzw. Eigenleistung, Neugestaltung der Beschaffungs-, Vertriebswege bzw. der Kundenbeziehung. Hauptgrund für die Durchführung der organisatorischen Änderungen ist sowohl in Bremen als auch in Westdeutschland die Verbesserung der Leistungsfähigkeit/Flexibilität (Tabelle 28).

**Tabelle 29: Auswirkungen organisatorischer Änderungen im regionalen Vergleich (Frage 19 und 20)**

<b>Anteil der Betriebe, die als Folge der wichtigsten organisatorischen Änderungen in den letzten zwei Jahren folgende Wirkungen auf die Beschäftigung hatten, (%)</b>				
<b>Wirkung auf Beschäftigtenzahl bzw. Qualifikation</b>	<b>Bremen</b>	<b>Hamburg</b>	<b>Großstädte (West)</b>	<b>Westdeutschland</b>
<b>Beschäftigtenzahl</b>				
Gestiegen	23	17	15	17
Gleich geblieben	63	69	73	71
Gesunken	13	11	12	11
Keine Angabe	1	3	1	1
Summe	100	100	100	100
<b>Qualifikation</b>				
Gestiegen	54	39	38	35
Gleich geblieben	43	58	58	63
Gesunken	3	0	2	1
Keine Angabe	0	3	2	1
Summe	100	100	100	100

\* Organisatorischer Änderungen in den letzten zwei Jahren

Mit organisatorischen Änderungen waren in Bremen im Vergleich zu Westdeutschland und zu den westlichen Großstädten häufig positive Effekte auf die Höhe und die Qualifikation der Beschäftigung verbunden (Tabelle 29).

Die wichtigste organisatorische Änderung hatte in zwei von drei Fällen keine Auswirkung auf die Zahl der Beschäftigten. Für Bremen ist positiv hervorzuheben, dass der Anteil der Betriebe, bei denen sich die Zahl der Beschäftigten erhöht hat, mit 23 % höher ist als in den anderen westlichen Großstädten und in Westdeutschland (15 - 17 %).



## IAB-Betriebspanel Bremen 2001

---

Außerdem ist in Bremen in mehr als der Hälfte der Betriebe die Qualifikationsanforderung mit der organisatorischen Änderung gestiegen, während dies in den Vergleichsregionen nur auf 35 - 40 % der Betriebe zutraf.

## 8 Ausbildung

### 8.1 Abschluss von Ausbildungsverträgen

Betriebliche Ausbildung ist ein entscheidender Faktor für die Bildung von Humankapital und beeinflusst somit einerseits das Arbeitskräfteangebot und andererseits die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe. Der Ausbildung kommt unter dem Aspekt der Jugendarbeitslosigkeit zudem eine große gesellschaftliche Bedeutung zu. Auf eine Auswertung des Panels zur Entwicklung der Zahl der Auszubildenden und Berechnung von Ausbildungsquoten wird verzichtet, da die amtliche Statistik hierzu genauere und verlässlichere Informationen liefert. Das Panel bestätigt den von der Ausbildungsstatistik der Kammern verzeichneten Anstieg der Zahl der Auszubildenden bei gleichzeitig leicht rückläufiger Entwicklung der in den beiden Vorjahren deutlich aufgestockten Zahl neu eingetragener Auszubildenden.

Im Ausbildungsjahr 2000/2001 haben relativ viele bremische Betriebe selbst neue Ausbildungsverträge abgeschlossen. Die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge je Betrieb (nur Betriebe mit neuen Verträgen) liegt in Bremen und in Westdeutschland bei durchschnittlich 2,1 Auszubildende. In den westlichen Städten liegt der Anteil der Betriebe, die Ausbildungsverträge geschlossen haben, niedriger; aber die Zahl der Ausbildungsverträge je Betrieb liegt mit 2,6 höher. Auch im Ausbildungsjahr 2001/2002 haben relativ viele bremische Betriebe zum Befragungszeitpunkt bereits Ausbildungsverträge vergeben; wenn auch vergleichsweise im Durchschnitt noch nicht sehr viele Verträge vergeben sind. In den Großstädten herrschte im Ausbildungsjahr 2001/2002 in etwa die gleiche Situation wie im Vorjahr, wenige Betriebe haben relativ viele Ausbildungsstellen vergeben (Tabelle 30).

**Tabelle 30: Abschluss von neuen Ausbildungsverträgen (Fragen 41-44)**

<b>Anteil Betriebe mit neuen Ausbildungsverträgen* (%) bzw. durchschnittliche Zahl neu abgeschlossener Ausbildungsverträge je Betrieb</b>				
	<b>Bremen</b>	<b>Hamburg</b>	<b>Westliche Großstädte</b>	<b>West- deutschland</b>
Betriebe mit neuen Ausbildungsverträgen				
Ausbildungsjahr 2000/2001	36	30	26	29
Ausbildungsjahr 2001/2002	32	22	21	25
Zahl neuer Ausbildungsverträge				
Ausbildungsjahr 2000/2001	2,1	2,7	2,6	2,1
Ausbildungsjahr 2001/2002	1,8	2,9	2,7	2,1

\* Nur Betriebe, die ausbildungsberechtigt sind

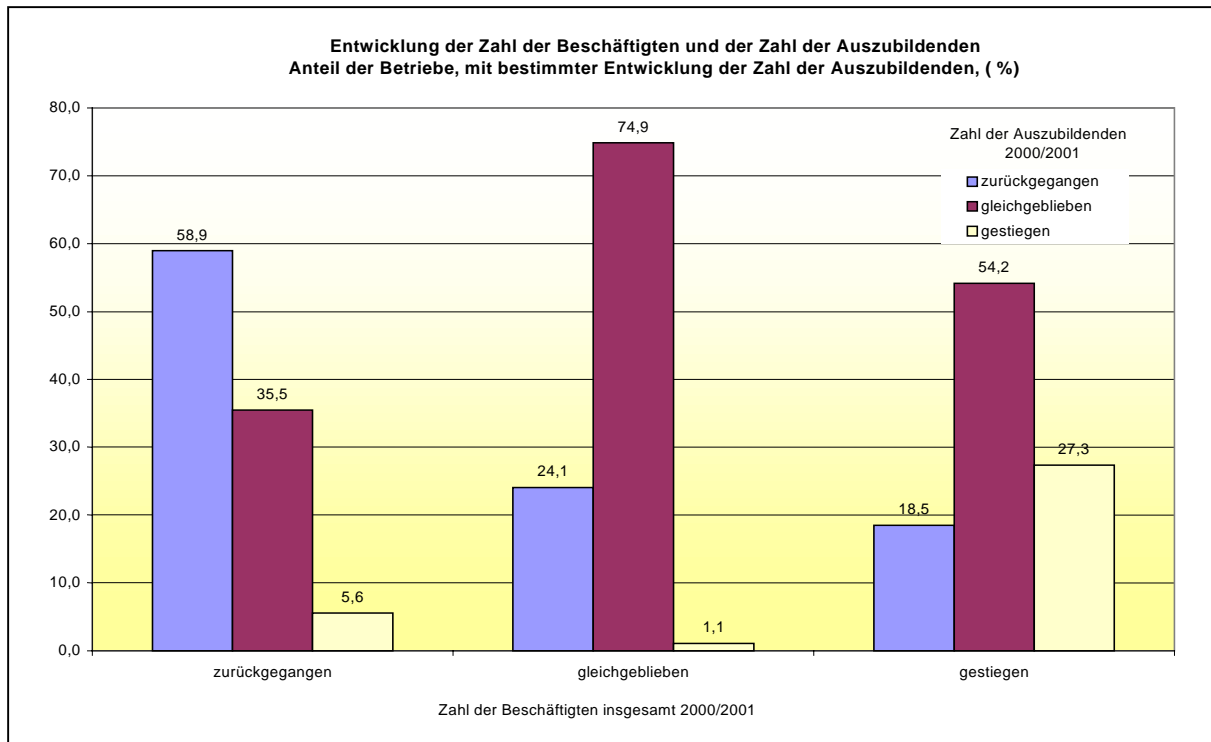
Rund die Hälfte der bremischen Betriebe erfüllt die gesetzlichen Voraussetzung zur Ausbildung und weitere 5 % erfüllen die Bedingungen für eine Ausbildung im Verbund. Da über 40 % der ausbildungsberechtigten Betriebe nicht ausbilden, ist tatsächlich nur jede dritte Betrieb an der Ausbildung beteiligt. Von den nicht ausbildenden Betrieben können sich in Bre-

men relativ viele Betriebe (32 %) vorstellen, im Verbund mit einem Bildungsträger bzw. mit einem anderen Betrieb auszubilden (Westdeutschland und westliche Großstädte 25 %). Insgesamt ist ein Ausbildungsverbund mit einem anderen Bildungsträger bei den Betrieben, die sich eine Verbundausbildung vorstellen können, genauso beliebt wie der Verbund mit einem anderen Betrieb, wobei insbesondere der Öffentliche Dienst einen anderen Bildungsträger bevorzugt, während im Verarbeitenden Gewerbe, Baugewerbe, Handel und auch bei den unternehmensbezogenen Dienstleistungen häufiger eine gemeinsame Ausbildung mit einem anderen Betrieb angestrebt wird. Die erhöhte Bereitschaft bremischer Betriebe zur Bildung von Ausbildungsverbänden eröffnet die Möglichkeit bisher ungenutzte betriebliche Ausbildungspotenziale zu nutzen.

## **8.2 Ausbildung, Beschäftigtenentwicklung, Geschäftslage und Innovationen**

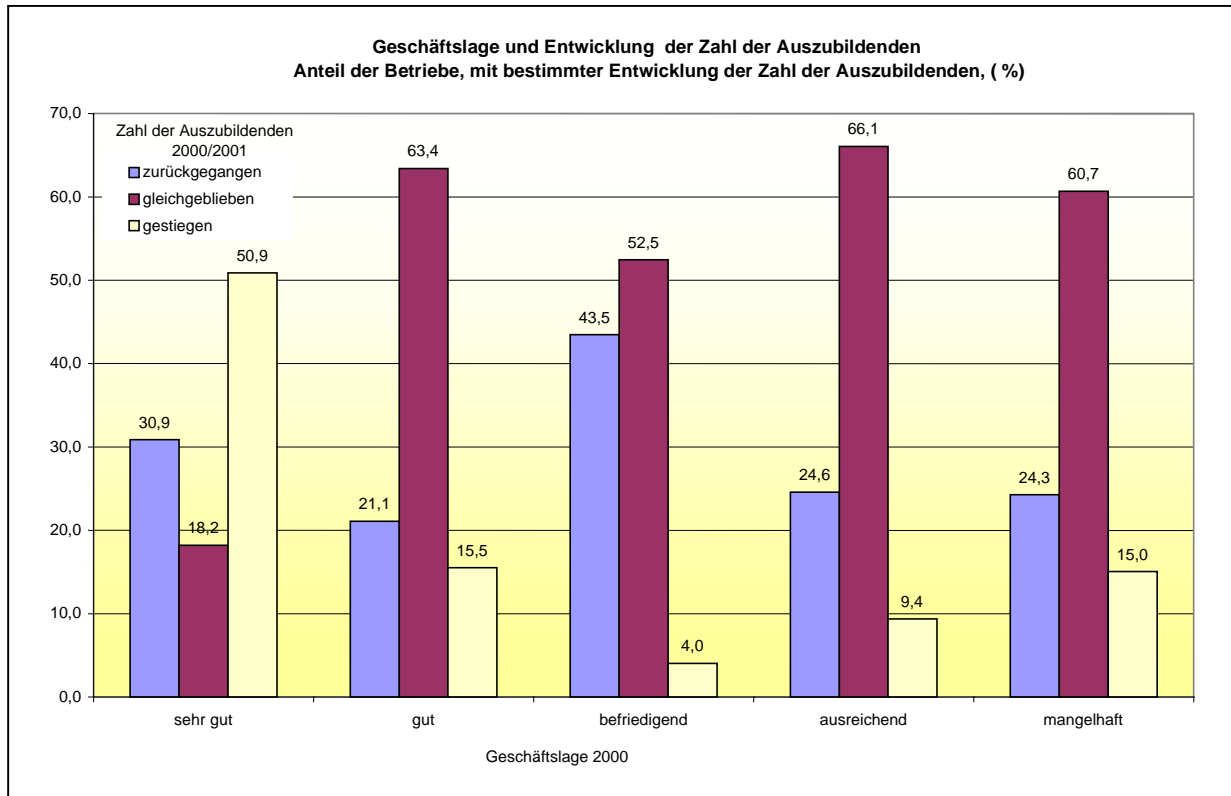
Zu einer Ausweitung der Ausbildungsaktivitäten kommt es fast ausschließlich bei steigender Beschäftigung. Aber auch bei steigender Beschäftigung ist in über die Hälfte der Fälle die Zahl der Auszubildenden konstant und in knapp ein Fünftel der Fälle sogar rückläufig. Nur wenige Betriebe mit zurückgehender und gleichbleibender Beschäftigung erhöhen die Zahl ihrer Ausbildungsplätze. Beschäftigtenrückgang führt in den meisten Fällen eben auch zu einem Rückgang der Zahl der Auszubildenden. Unter dem Aspekt des zunehmend von den Unternehmen beklagten Fachkräftemangels sowie aus arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkten problematisch ist, dass auch bei insgesamt steigender bzw. gleichbleibender Beschäftigung deutlich mehr Betriebe ihre Ausbildungsstellen zurückfahren als ausweiten (Abbildung 8).

**Abbildung 8: Beschäftigtenentwicklung und Ausbildung in Bremen (Frage 1)**



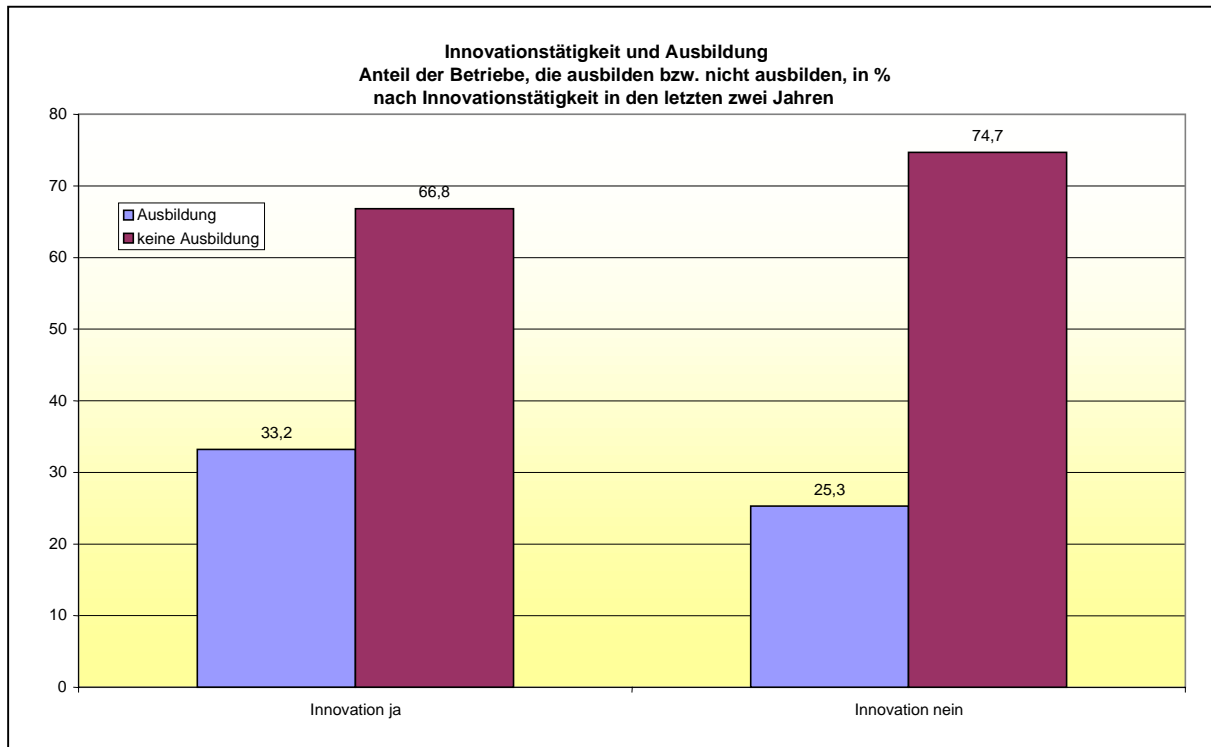
Die Bereitschaft zur Ausbildung steht ebenso im Zusammenhang mit der gegenwärtigen Geschäftslage (Abbildung 9). Die Hälfte der Betriebe mit sehr guter Geschäftslage hat die Zahl der Auszubildenden erhöht. Aber andererseits haben 30 % trotz der sehr guten Lage die Zahl der Auszubildenden reduziert. Bei den Betrieben, die ihre Geschäftslage von gut bis mangelhaft einschätzen, haben allerdings mehr Betriebe die Ausbildungsaktivitäten zurückgefahren als erhöht. Wobei ein vergleichsweise hoher Anteil mit mangelhafter Geschäftslage die Zahl der Auszubildenden erhöht hat. Offen bleibt hier, ob Auszubildende in diesen Fällen als billige Arbeitskräfte gesehen werden.

**Abbildung 9: Geschäftslage und Ausbildung (Fragen 1 und 8)**



Ein positiver Zusammenhang besteht auch zwischen Innovationen und Qualifizierung von Beschäftigten durch Ausbildung (Abbildung 10). Der Anteil der ausbildenden Betriebe ist bei den Betrieben, die Innovationen getätigt haben, etwa um ein Drittel höher als bei den Betrieben, die keine Innovationen durchgeführt haben.

**Abbildung 10: Innovation und Ausbildung in Bremen (Fragen 14, 15, 16 und 1)**



## 9 Fort- und Weiterbildung

Humankapitalbildung erfordert nicht nur die Ausbildung junger Menschen, sondern ebenfalls die das ganze Erwerbsleben begleitende Fort- und Weiterbildung der Beschäftigten, um deren Fähigkeiten an die Erfordernisse des strukturellen und technologischen Wandels anzupassen. Die Fort- und Weiterbildungsaktivitäten der bremischen Wirtschaft bestimmen die Qualifikation der Arbeitskräfte und haben somit entscheidenden Einfluss auf die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe.

Die bremischen Betriebe investieren etwa im gleichen Ausmaß wie die westdeutschen Betriebe in Fort- und Weiterbildung ihrer Mitarbeiter. Dabei werden vergleichsweise viele un- und angelernte Arbeitskräfte qualifiziert. Hinsichtlich der Fortbildungsthemen dominiert die Informations- und Kommunikationstechnik.

### 9.1 Fort- und Weiterbildungsbereitschaft der Betriebe

Insgesamt entspricht der Anteil der Betriebe, die Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen durch Freistellung bzw. Kostenübernahme fördern, in Bremen dem durchschnittlichen Wert der westlichen Großstädte (jeweils 38 %) und in etwa dem Durchschnitt Westdeutschlands mit 36 % (Tabelle 31).

**Tabelle 31: Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen im 1. Halbjahr 2001 nach Wirtschaftsbereichen und Betriebsgrößenklassen in Bremen und Westdeutschland (Frage 33)**

Anteil der Betriebe die Weiterbildungsmaßnahmen fördern (%)		
Wirtschaftsbereich/ Betriebsgrößenklasse	Bremen	Westdeutschland
Gesamt	38	36
Verarbeitendes Gewerbe	39	34
Baugewerbe	24	29
Handel u. Reparatur	29	31
Verkehr/Nachrichten Kredit/Versicherungen	26	41
Dienstleistungen für Unternehmen	42	39
Sonstige Dienstleistungen	47	43
ÖD/Org. o. Erwerbszweck	70	44
Kleine	35	34
Mittlere	78	79
Große	86	94

## IAB-Betriebspanel Bremen 2001

---

Bei der Betrachtung nach Wirtschaftszweigen zeigen sich deutliche Unterschiede. Im Baugewerbe ist das Ausmaß der Fortbildungsaktivitäten am geringsten, im öffentlichen Dienst am höchsten, wobei die bremischen Betriebe die Anteilswerte Westdeutschlands noch unter bzw. überschreitet. Auffällig ist in Bremen der geringe Anteil weiterbildungsfördernder Betriebe im Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung / Kredit- und Versicherungsgewerbe sowie in seinen Teilbereichen.

Aufgrund der größeren Zahl der Beschäftigten besteht bei Großbetrieben häufiger Fortbildungsbedarf als bei kleinen und mittleren Betrieben. Der Anteil der kleinen und mittleren bremischen Betriebe entspricht dem westdeutschen Durchschnitt, bleibt bei den Großbetrieben dagegen etwas zurück.

Die durchschnittliche Zahl der an den Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen teilnehmenden Personen bei den Betrieben, die die Fort- und Weiterbildung fördern, liegt in Bremen mit knapp 7 Beschäftigten im Durchschnitt Westdeutschlands, aber unter dem des westlichen Städtedurchschnitts (9 Personen je Betrieb).<sup>12</sup>

Im Durchschnitt werden in den bremischen Betrieben, die ihre Beschäftigten fortbilden, im ersten Halbjahr 2001 19 % der Beschäftigten fortgebildet.<sup>13</sup> In der Hälfte der bremischen Betriebe, die Fortbildungsmaßnahmen gefördert haben und für die Angaben zu der Zahl der teilnehmenden Personen vorlagen, nahmen unter 30 % der Beschäftigten (30.06.2001) im ersten Halbjahr an den Fortbildungsmaßnahmen teil.

Erwartungsgemäß gibt es große Unterschiede in Abhängigkeit von der Betriebsgröße. Bei Groß- und bei mittleren Betrieben haben rund 90 % der Betriebe weniger als 30 % ihrer Beschäftigten im ersten Halbjahr 2001 fortgebildet. Je kleiner der Betrieb um so seltener werden zwar überhaupt Fortbildungsmaßnahmen gefördert, aber wenn Fortbildung betrieben wird, profitiert ein höherer Teil der Belegschaft davon.

---

<sup>12</sup> Auf eine Hochrechnung der an Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen teilnehmenden Personen sowie die Berechnung des Anteils an der Gesamtbeschäftigung wird verzichtet, da die befragten Betriebe teilweise Angaben zu teilnehmenden Personen und teilweise zu Teilnahmefällen gemacht haben und diese unterschiedlichen Informationen nicht zu einer Kennzahl verdichtet werden können.

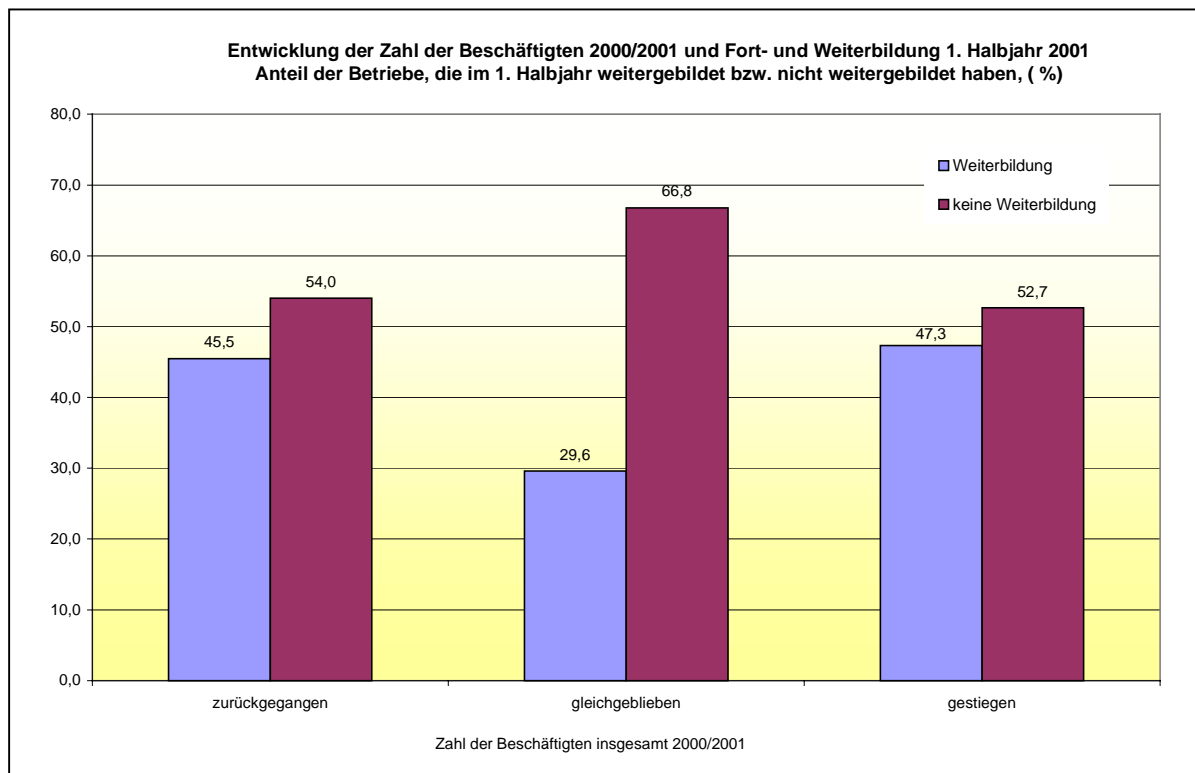
<sup>13</sup> Ein Vergleich mit Westdeutschland ist in diesem Fall nicht möglich, da im Tabellenband keine Angaben zur Zahl der Beschäftigten in den fortbildenden Betrieben enthalten sind.



## 9.2 Fort-/Weiterbildung, Beschäftigung und Geschäftslage

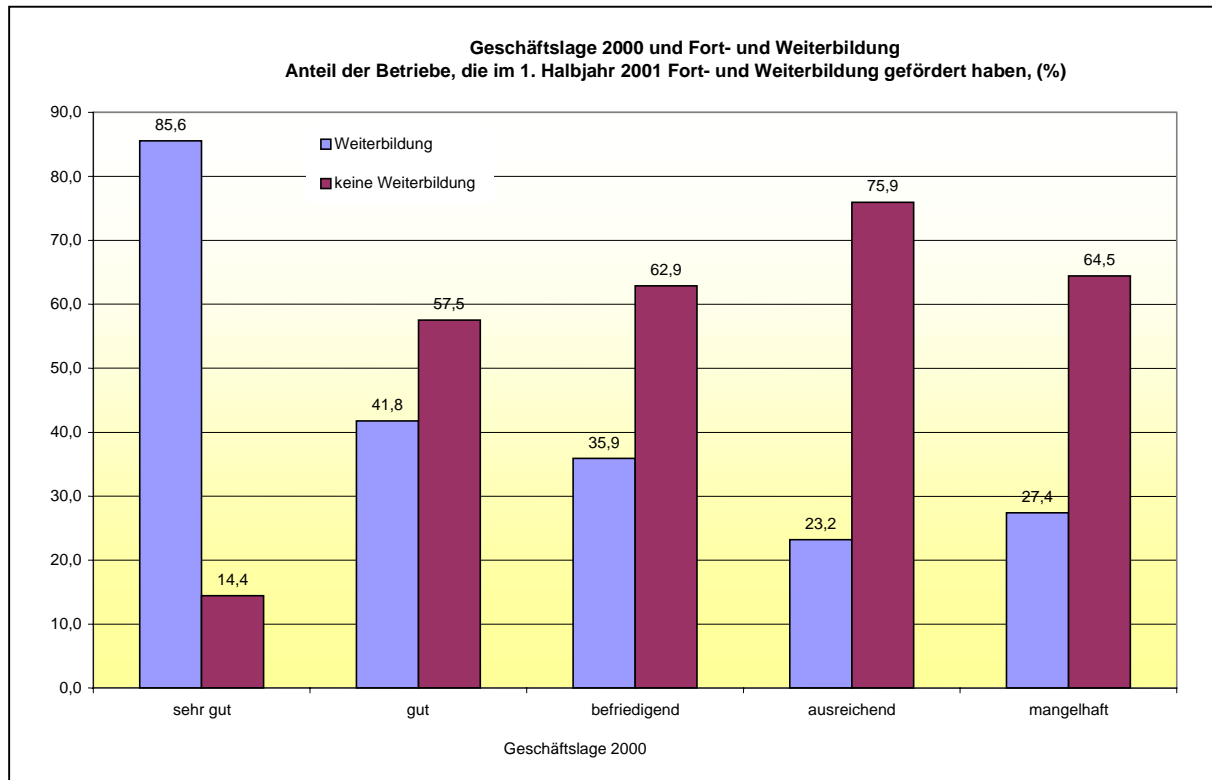
Betriebe mit rückläufiger Beschäftigtenzahl und Betriebe mit gestiegener Beschäftigtenzahl bilden ungefähr zu gleichen Anteilen ihre Beschäftigten fort. Betriebe mit konstanter Beschäftigung bilden dagegen seltener weiter. Rückläufige Beschäftigung bei Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen deutet auf Rationalisierungsinvestitionen bzw. dem Trend zu weniger aber qualifiziertem Personal hin (Abbildung 11).

**Abbildung 11: Fort-/Weiterbildung und Beschäftigtenentwicklung in Bremen (Fragen 1 und 33)**



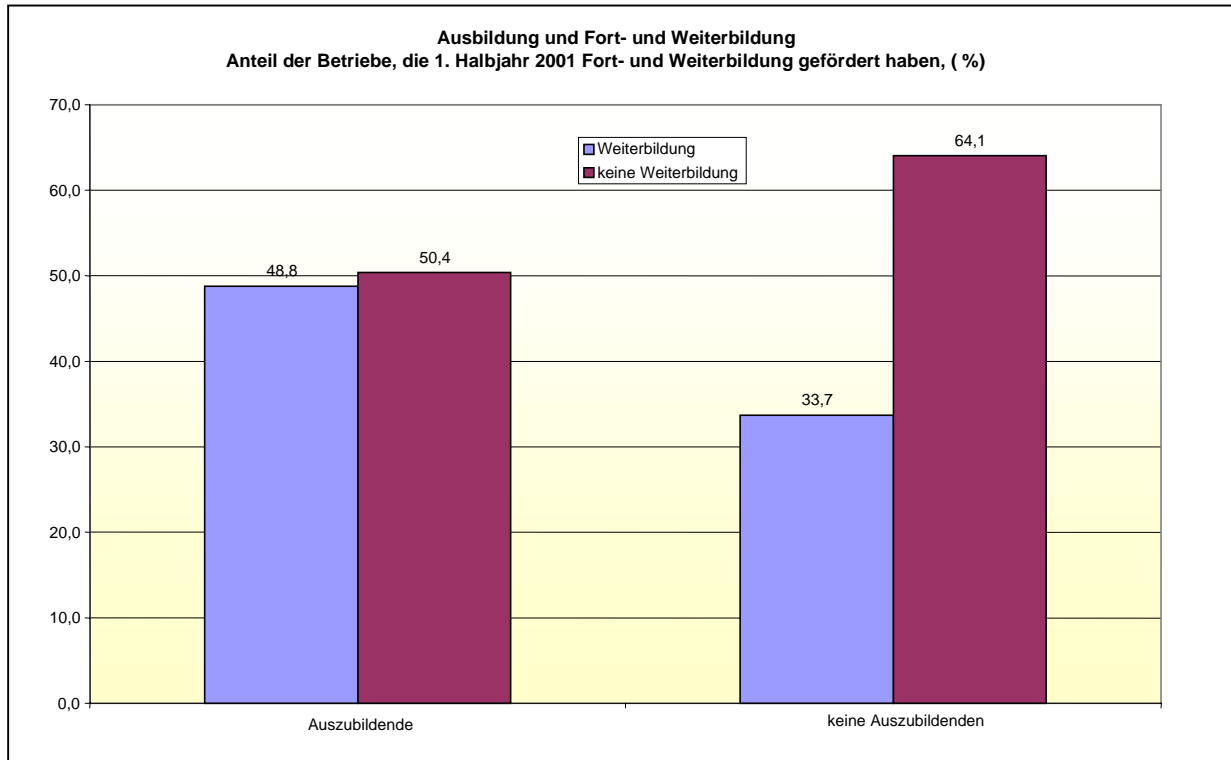
Der weit überwiegende Teil der Betriebe mit sehr guter Geschäftslage hat im ersten Halbjahr 2001 in die Fort- bzw. Weiterbildung seiner Beschäftigten investiert. Bei den Betrieben mit guter Geschäftslage hat sich der Anteil der Betriebe mit Fort-/Weiterbildungsmaßnahmen aber schon halbiert und nimmt weiter - wenn auch - langsam mit schlechter Geschäftslage ab. Wobei aber ein vergleichsweise großer Anteil der Betriebe mit mangelhafter Geschäftslage trotzdem in die Weiterbildung investiert hat (Abbildung 12).

**Abbildung 12: Geschäftslage und Fort- und Weiterbildung in Bremen (Fragen 9 u.33)**



Es lässt sich feststellen, dass Betriebe, die in Ausbildungsplätze investieren, auch häufiger Qualifikation von Mitarbeitern durch Fort- und Weiterbildung fördern (Abbildung 13).

**Abbildung 13: Ausbildung und Fort-/Weiterbildung in Bremen (Fragen 1 und 33)**



### 9.3 Teilnehmer an Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen

Neben der Frage, wie viele der Beschäftigten eines Betriebes an Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen teilnehmen, stellt sich auch die Frage, welche Personengruppen bevorzugt weiterqualifiziert werden.

**Tabelle 32: Tätigkeiten der Teilnehmer an Fort-/Weiterbildungsmaßnahmen im 1. Halbjahr 2001 im regionalen Vergleich (Frage 35)**

Teilnehmer an Weiterbildungsmaßnahmen und Beschäftigte nach Tätigkeit (Anteil an allen Teilnehmern bzw. allen Beschäftigten in %)								
Tätigkeit	Bremen		Hamburg		Westliche Großstädte		Westdeutschland	
	FB	GB	FB	GB	FB	GB	FB	GB
un-/angelernte Arbeiter/innen	11	24	6	16	5	17	6	20
Facharbeiter/innen	14	18	12	16	15	16	18	20
Angestellte/Beamte einfache Tätigkeiten	8	6	3	9	5	7	5	7
Angestellte/Beamte qualifizierte Tätigkeiten	68	43	79	51	75	51	70	43

FB: Fort- und Weiterbildung; GB Gesamtbeschäftigung

Zu Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen werden gemessen am Beschäftigtenanteil Angestellte und Beamte mit qualifizierten Tätigkeiten geschickt. Der Anteil der Facharbeiter bleibt bereits hinter ihrem Beschäftigtenanteil zurück. Am geringsten profitieren un- und angelernte Arbeitskräfte von den Fortbildungsoffensiven. In Bremen nehmen dabei im Vergleich zu anderen westlichen Städten und zu Westdeutschland noch relativ viele un- bzw. angelernte Arbeitskräfte an Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen teil (Tabelle 32).

## 9.4 Themen der Fort- und Weiterbildung

Im Folgenden wird untersucht, in welchen Themenfeldern die Betriebe schwerpunktmäßig Qualifikationsbedarf sehen.

**Tabelle 33: Themen von Fort-/Weiterbildungsmaßnahmen im 1. Halbjahr 2001 im regionalen Vergleich (Frage 36)**

Wichtigster Bereich der Weiterbildung (Angaben in %)				
Thema	Bremen	Hamburg	Westliche Großstädte	Westdeutschland
Kaufmännische Themen	17	16	13	15
Gewerblich, naturwissenschaftlich-technische und gestalterische Themen	22	19	30	29
EDV, Informations- und Kommunikationstechnik	37	41	33	28
Soziale Komponenten (z.B. Teamfähigkeit, Konfliktmanagement, Arbeitsorganisation)	12	11	8	11
Sonstige Themen	18	19	21	20
Keine Angaben	1	1	0	0
Summe (Mehrfachnennungen)	106	107	104	104

Schwerpunkte der Weiterbildungsmaßnahmen liegen in der Informations- und Kommunikationstechnik und im gewerblichen, naturwissenschaftlichen, technischen und gestalterischen Bereich, wobei der erstgenannte Themenkomplex in Bremen und Hamburg deutlich dominiert (Tabelle 33).

## 9.5 Fort-/ Weiterbildungsmaßnahmen als Folge von Innovationen / Investitionen

Ein Bedarf an neuer Qualifikation ergibt sich häufig durch Innovationen, Investitionen und Umstrukturierungen.

**Tabelle 34: Fort- Weiterbildungsmaßnahmen im Zusammenhang mit Innovationen/Investitionen\* im regionalen Vergleich (Frage 32)**

Anteil der Betriebe**, die Weiterbildungsmaßnahmen durchgeführt haben				
	Bremen	Hamburg	Westliche Großstädte	Westdeutschland
im Zusammenhang mit der Einführung neuer Produkte	59	58	58	57
im Zusammenhang mit größeren Sachkapitalinvestitionen	42	40	43	37
im Zusammenhang mit größeren organisatorischen Änderungen	53	43	40	35

\* Innovationen/Investitionen in den letzten zwei Jahren

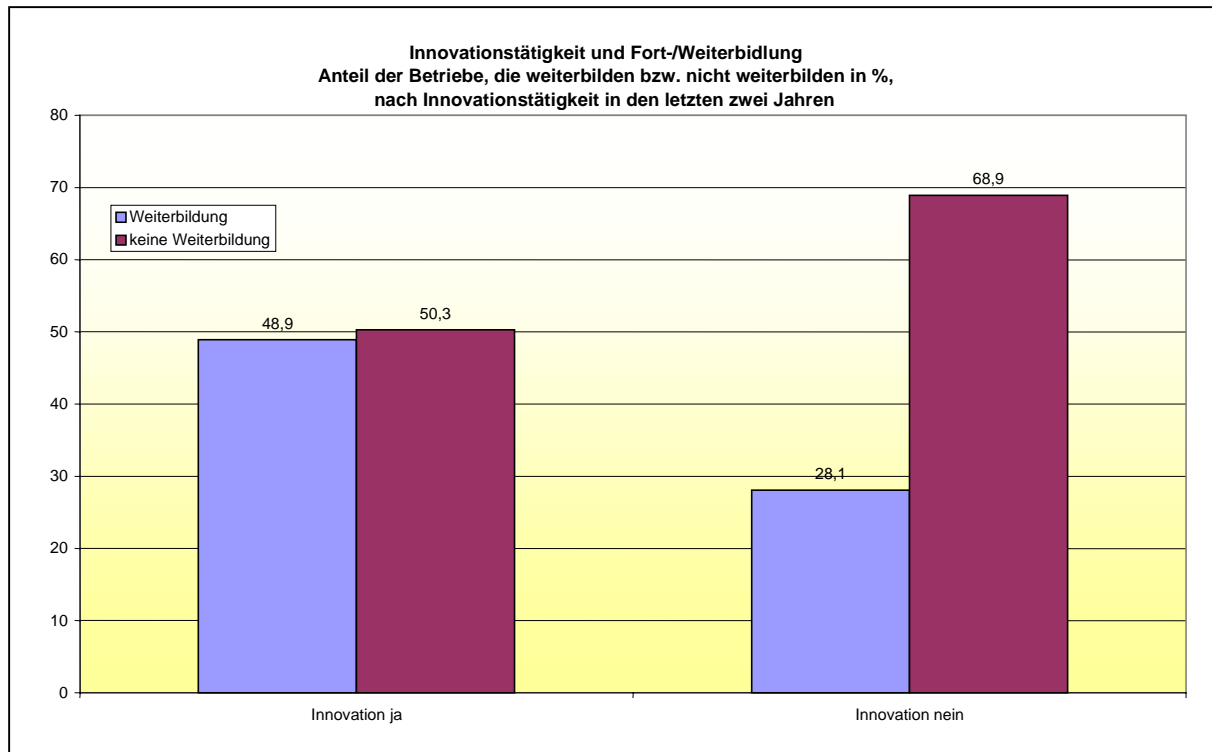
\*\* Jeweils nur Betriebe, die die Innovation, die Investition bzw. die Änderung durchgeführt haben

Am stärksten ist dieser Zusammenhang mit knapp 60 %- Betriebsanteilen in allen Regionen bei der Einführung neuer Produkte (Tabelle 34). Bei größeren Investitionen im Sachkapital haben 40 % der Betriebe ihre Beschäftigten fortgebildet. Organisatorische Änderungen werden in Bremen relativ häufig mit Fortbildungsmaßnahmen verbunden.

Die Fortbildung des Personals bei der Einführung neuer Produkte/Leistungen, größeren Investitionen im Sachkapital bzw. größeren organisatorischen Änderungen erfolgt in Bremen, falls erforderlich, in den meisten Fällen begleitend zur Innovation bzw. Investition und nur in seltenen Fällen hinterher. Im Durchschnitt Westdeutschlands hat die vorgezogene Fortbildung bei neuen Produkten und organisatorischen Änderungen einen höheren Stellenwert als in Bremen.

Der Zusammenhang zwischen Innovationen und Fort- und Weiterbildung wird auch bestätigt, wenn man den Anteil von weiterbildenden Betrieben in Abhängigkeit von der Innovationstätigkeit betrachtet. So fördern knapp die Hälfte der Betriebe, die in den letzten Jahren Innovationen getätigt haben, Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen, aber nur 28 % der Betriebe, die keine Innovationen durchgeführt haben (Abbildung 14).

**Abbildung 14: Innovation und Fort-/Weiterbildung in Bremen (Fragen 14, 15, 16 u. 33)**



## 10 Betriebliche Arbeitszeiten

Bei zunehmender Arbeitsproduktivität infolge technologischer Entwicklungen und angesichts hoher Arbeitslosigkeit kommt der betrieblichen Arbeitszeit unter Verteilungsgesichtspunkten eine große Bedeutung zu. Gleichzeitig stellt sie auch einen wichtigen Wettbewerbsfaktor auf international verflochtenen Märkten dar.

### 10.1 Wochenarbeitszeit

Die Wochenarbeitszeit weist in Folge der hohen tarifvertraglichen Regelungsdichte in Westdeutschland kaum regionale und sektorale Unterschiede auf. Die durchschnittliche, gegenwärtig vereinbarte Wochenarbeitszeit liegt in Westdeutschland bei 39,0 Stunden. Sie schwankt nach Wirtschaftsbereichen zwischen 38,0 Stunden im Öffentlichen Dienst/Organisationen ohne Erwerbszweck und 39,5 Stunden im Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung / Kredit- und Versicherungsgewerbe.

Für Bremen wurde eine durchschnittliche Wochenarbeitszeit von 38,9 Stunden errechnet. Auffällig ist der hohe Wert im Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung / Kredit- und Versicherungsgewerbe, der in Bremen bei 43,1 Stunden liegt. Er ist ausschließlich auf den für Bremen bedeutsamen Verkehrsbereich mit durchschnittlich 44,8 Stunden zurückzuführen.

### 10.2 Teilzeitbeschäftigung

Dem Instrument der Teilzeitbeschäftigung kommt in der Diskussion über die Flexibilisierung der individuellen Arbeitszeit und ihren Beitrag zur Verbesserung der Arbeitsmarktsituation im Spannungsfeld zwischen persönlichen Bedürfnissen der Beschäftigten und Arbeitszeitanforderungen der Betriebe große Bedeutung zu.

Die Zahl der Teilzeitbeschäftigten<sup>14</sup> nimmt ausweislich der amtlichen Statistik bundesweit überproportional zu. Ihr Anteil an der Gesamtbeschäftigung beträgt laut Panel inzwischen etwa ein Viertel (Tabelle 35).

---

<sup>14</sup> Hier wird in Anlehnung an die Definition im Panel Teilzeitbeschäftigung inklusive geringfügig Beschäftigter (Beschäftigte mit weniger als 15 Wochenstunden) verstanden. Diese werden in der Beschäftigtenstatistik üblicherweise nicht als Teilzeitbeschäftigte, sondern als geringfügig Beschäftigte gesondert ausgewiesen.

**Tabelle 35: Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigung 2001 im regionalen Vergleich (Frage 73)**

Anteil Beschäftigte mit ... vereinbarter Wochenarbeitszeit (in %)				
	Bremen	Hamburg	Westliche Großstädte	Westdeutschland
Vollzeitbeschäftigte	74	79	79	78
Teilzeitbeschäftigte mit mehr als 24 Stunden	7	6	5	5
Teilzeitbeschäftigte mit 15 bis 24 Stunden	7	7	9	9
Teilzeitbeschäftigte mit weniger als 15 Stunden	9	6	5	6
Teilzeitbeschäftigte ohne fest vereinbarte Stunden	2	2	2	2
Teilzeit zusammen	26	21	21	22
Summe	100	100	100	100

In Bremen hat Teilzeitbeschäftigung mit einem Anteil von etwa 26 % der Beschäftigten im Vergleich zu Westdeutschland und den westlichen Großstädten eine vergleichsweise hohe Bedeutung. Dies ist ausschließlich auf den überdurchschnittlichen Anteil geringfügig Beschäftigte zurückzuführen (Tabelle 35). Im Übrigen entspricht der Umfang der Teilzeitbeschäftigung im engeren Sinne (ohne geringfügig Beschäftigte) den Vergleichsregionen. Die Arbeitszeit der Teilbeschäftigten (ohne gering Beschäftigten) ist in Bremen sogar wegen des hohen Anteils von Teilzeitbeschäftigten mit mehr als 24 Stunden überdurchschnittlich, während in Westdeutschland und in den Großstädten Halbtagsstellen (15-24 Stunden) dominieren.



**Tabelle 36: Teilzeitbeschäftigung 2001 nach Wirtschaftsbereichen in Bremen und Westdeutschland (Frage 73)**

Anteil an allen Beschäftigten in %							
Bremen							
	Vollzeit- beschäftigte	Teilzeitbeschäftigte mit ... Stunden					Summe
		mehr als 24 Stunden	15 bis 24 Stunden	weniger als 15 Stunden	ohne fest vereinbarte Stunden	zusammen	
Gesamt	74	7	7	9	2	26	100
Verarbeitendes Gewerbe	92	2	2	3	1	8	100
Baugewerbe	95	1	2	1	0	5	100
Handel u. Reparatur	79	5	9	7	1	21	100
Verkehr/Nachrichten Kredit/Versicherungen	75	5	3	15	2	25	100
Dienstl. f. Unternehmen	69	9	7	12	3	31	100
Sonstige Dienstleistungen	51	16	13	17	2	49	100
ÖD/Org. o. Erwerbszweck	80	7	11	2	0	20	100
Westdeutschland							
	Vollzeit- beschäftigte	Teilzeitbeschäftigte mit ... Stunden					Summe
		mehr als 24 Stunden	15 bis 24 Stunden	weniger als 15 Stunden	ohne fest vereinbarte Stunden	zusammen	
Gesamt	78	5	9	6	2	22	100
Verarbeitendes Gewerbe	89	2	4	4	1	11	100
Baugewerbe	92	2	3	3	1	8	100
Handel u. Reparatur	72	6	11	8	3	28	100
Verkehr/Nachrichten Kredit/Versicherungen	81	4	8	5	2	19	100
Dienstl. f. Unternehmen	77	4	9	8	2	23	100
Sonstige Dienstleistungen	64	9	14	10	2	36	100
ÖD/Org. o. Erwerbszweck	73	6	14	6	1	27	100

Teilzeitbeschäftigung ist in den Dienstleistungssektoren wesentlich weiter verbreitet als im Produzierenden Gewerbe (Tabelle 36). In Bremen hat Teilzeitbeschäftigung im Verarbeitenden Gewerbe und im Baugewerbe sowie im Handel und im Öffentlichen Dienst sogar noch einen etwas geringeren Anteil als in Westdeutschland. Nur in den Unternehmens- und sonstigen Dienstleistungen sind in Bremen vergleichsweise viele Teilzeitbeschäftigte tätig.

**Tabelle 37: Teilzeitbeschäftigung 2001 nach Beschäftigtengrößenklassen in Bremen und Westdeutschland (Frage 73)**

Anteil an allen Beschäftigten in %							
Bremen							
Betriebe mit ... Beschäftigten	Vollzeitbeschäftigte	Teilzeitbeschäftigte mit ... Stunden					Summe
		mehr als 24 Stunden	15 bis 24 Stunden	weniger als 15 Stunden	ohne fest vereinbarte Stunden	zusammen	
Gesamt	74	7	7	9	2	26	100
Kleine	73	7	8	9	2	27	100
Mittlere	80	7	6	6	1	20	100
Große	72	7	7	13	2	28	100
Westdeutschland							
Betriebe mit ... Beschäftigten	Vollzeitbeschäftigte	Teilzeitbeschäftigte mit ... Stunden					Summe
		mehr als 24 Stunden	15 bis 24 Stunden	weniger als 15 Stunden	ohne fest vereinbarte Stunden	zusammen	
Gesamt	78	5	9	6	2	22	100
Kleine	73	5	10	9	3	27	100
Mittlere	80	5	8	5	1	20	100
Große	83	5	9	3	1	17	100

Der Umfang von Teilzeitbeschäftigung fällt bei zunehmender Betriebsgröße von 27 % bei Klein- auf 17 % bei Großbetrieben (Tabelle 37). Der abweichend hohe Anteil für bremische Großbetriebe ist eher vorsichtig zu interpretieren, da er im Wesentlichen auf einen hohen Hochrechnungsfaktor bei einem Großbetrieb mit fast ausschließlich Beschäftigten unter 15 Stunden beruht. Es ist offen, ob dieser hohe Anteil von Teilzeitbeschäftigten auf die anderen bremischen Betriebe in diesen Bereichen übertragen werden kann.

### 10.3 Befristete Beschäftigung

Das Panel ermöglicht nicht nur eine Untergliederung der Beschäftigten nach Voll- und Teilzeit, sondern auch eine Unterscheidung nach Dauerbeschäftigung und befristeter Beschäftigung. In Bremen vergeben im Vergleich zu Westdeutschland, den westlichen Großstädten und auch zu Hamburg relativ viele Betriebe befristete Arbeitsverträge. Und gleichzeitig hat in den bremischen Betrieben, die Zeitverträge vergeben, ein hoher Anteil der Beschäftigten einen zeitlich begrenzten Vertrag. Dies führt zu einem überdurchschnittlichen Anteil befristet Beschäftigter an der Gesamtbeschäftigung im Land Bremen (Tabelle 38).

**Tabelle 38: Befristete Beschäftigung im regionalen Vergleich (Frage 54)**

<b>Befristete Beschäftigung am 30.06.2001</b>			
	<b>Anteil Betriebe mit befristeten Arbeitsverträgen an allen Betrieben in %</b>	<b>Durchschnittliche Anzahl befristet Beschäftigter je Betrieb*</b>	<b>Anteil befristet Beschäftigter an allen Beschäftigten in %</b>
Bremen	15	10,3	7,3
Hamburg	13	8,0	5,4
westliche Großstädte	11	10,1	5,2
Westdeutschland	10	7,5	4,5

\* Betriebe mit befristet Beschäftigten

Wie die in allen Vergleichsregionen gegenüber dem Vorjahr tendenziell ansteigenden Beschäftigtenanteile ausweisen, kommt dem Instrument befristeter Beschäftigung eine wachsende Bedeutung zu. Hierfür spricht auch die Tatsache, dass knapp 9.000 oder 30 % aller im ersten Halbjahr 2001 erfolgten Neueinstellungen befristet waren, während der Anteil an der Gesamtbeschäftigung im Land Bremen bei 7 % liegt.

Durch die Vergabe von zeitlich befristeten Arbeitsverträgen werden die Möglichkeiten der Betriebe zur flexiblen Anpassung des Arbeitseinsatzes an den sich verändernden bzw. schwankenden Arbeitskräftebedarf verbessert. Im gleichen Zeitraum haben die Betriebe jedoch auch fast 3.000 befristet Beschäftigte in Dauerbeschäftigung übernommen. Damit wird etwa jedes achte neue Dauerbeschäftigungsverhältnis in Bremen von einem zuvor im Betrieb bereits befristet beschäftigten Mitarbeiter eingenommen. In diesem Umfang erfüllt das Instrument der befristeten Beschäftigung die Funktion der Anbahnung von Dauerbeschäftigung.

## 10.4 Überstunden

Überstunden bieten den Betrieben die Möglichkeit, auf Schwankungen beim Arbeitsanfall flexibel zu reagieren und Phasen der Personalsuche zu überbrücken. Unter arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkten ist es allerdings problematisch, wenn Betriebe einen Teil des anfallenden Arbeitspensums dauerhaft durch Überstunden ableisten.

#### 10.4.1 Betriebe mit und ohne Überstunden

**Tabelle 39: Überstunden 2000 nach Wirtschaftsbereichen in Bremen und Westdeutschland (Frage 74)**

Anteil der Betriebe, in denen 2000 Überstunden geleistet wurden (%)		
Wirtschaftsbereich/ Betriebsgrößenklasse	Bremen	Westdeutschland
Gesamt	55	44
Verarbeitendes Gewerbe	65	60
Baugewerbe	66	50
Handel und Reparatur	53	41
Verkehr/Nachrichten Kredit/Versicherungen	69	45
Dienstleistungen für Unternehmen	58	43
Sonstige Dienstleistungen	40	38
ÖD/Org. o. Erwerbszweck	58	40
Kleine	53	42
Mittlere	87	80
Große	78	89

In etwa der Hälfte aller Betriebe sind im Jahr 2000 Überstunden gemacht worden (Tabelle 39), wobei in Bremen in mehr Betrieben Überstunden geleistet wurden (55 %) als in Westdeutschland und in den westlichen Großstädten (jeweils 44 %).

Der höhere Anteil Überstunden leistender Betriebe trifft für alle Wirtschaftsbereiche im Land Bremen zu. Er erzielt einen Spitzenwert von 69 % im Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung / Kredit- und Versicherungsgewerbe und betrifft in dieser zusammengefassten Gruppe alle Branchen mit Ausnahme des Versicherungsgewerbes. In Westdeutschland werden insbesondere im Verarbeitenden Gewerbe und im Baugewerbe vermehrt Überstunden geleistet.

Für Westdeutschland lässt sich grundsätzlich festhalten, dass der Anteil der Überstunden leistenden Betriebe von 42 % bei Kleinbetrieben auf 89 % bei Großbetrieben wächst. In Bremen machen jedoch anteilmäßig mehr mittlere Betriebe Überstunden, wobei der Wert der Großbetriebe wegen der geringen Fallzahl unterschätzt sein könnte.

Zur Quantifizierung der geleisteten Überstunden ist neben dem Anteil der Betriebe die Zahl der Überstunden pro Betrieb bzw. pro Beschäftigten erforderlich. Angaben zum Volumen liegen im Panel jedoch nur zu ausgezahlten Überstunden vor, die von den Betrieben leichter ermittelt werden können. Die Zahl der ausgezahlten Überstunden je Betrieb (nur Betriebe die Überstunden ausgezahlt haben) und je Beschäftigten (alle Beschäftigten auch die keine

Überstunden ausgezahlt bekommen haben) war in Bremen im Durchschnitt der Betriebe gering. In Bremen wurden durchschnittliche im Jahr 2000 822 Überstunden je Betrieb ausgezahlt, in Westdeutschland gut 1.700 und in westlichen Städten sogar über 2.000. Umgerechnet sind es in den Betrieben, die Überstunden auszahlen, in Bremen 26 bezahlte Überstunden je Beschäftigten und Jahr, in den westlichen Städten 29 und in Westdeutschland 33 Stunden. Da nur wenig Betriebe die absolute Anzahl der ausbezahlten Überstunden angegeben haben, erscheint eine Hochrechnung der insgesamt in Bremen geleisteten ausbezahlten Überstunden nicht sinnvoll.

#### 10.4.2 Überstundenausgleich

Zur Bewertung von Überstunden ist von Bedeutung, ob und in welcher Form sie ausgeglichen werden. Lediglich ausbezahlte Überstunden sind für die Betriebe mit zusätzlichen Kosten verbunden. Überstunden, die durch Freizeit ausgeglichen werden, bedeuten lediglich eine zeitliche Umverteilung von Arbeitsstunden entsprechend der jeweiligen Arbeitsbelastung und gegebenenfalls auch entsprechend den Bedürfnissen der Mitarbeiter.

**Tabelle 40: Überstundenausgleich 2000 im regionalen Vergleich (Frage 75)**

Arten des Ausgleichs von Überstunden (Anteil der Betriebe in %)				
	Bremen	Hamburg	Westliche Großstädte	West- deutschland
Generell ausbezahlt	9	12	15	12
Beides, sowohl ausbezahlt als auch Freizeitausgleich	41	42	31	30
Ausschließlich Freizeitausgleich	37	31	39	48
Weder - noch	12	15	15	10
Keine Angabe	0	0	0	0
Summe	100	100	100	100

Der Anteil der bremischen Betriebe, die Überstunden weder durch Auszahlung noch durch Freizeit ausgleichen, liegt bei 12 % und somit in der Mitte zwischen dem durchschnittlichen westdeutschen Wert und dem Anteil westdeutscher Städte (Tabelle 40). Dass Überstunden nicht ausgeglichen werden, kommt am häufigsten in Kleinbetrieben vor. Sowohl in Bremen als auch in Westdeutschland kommt es im produzierenden Gewerbe vergleichsweise selten vor, dass Überstunden nicht ausgeglichen werden, dagegen werden im öffentlichen Dienst einschließlich Organisationen ohne Erwerbszweck überraschender Weise in überdurchschnittlichen vielen Betrieben Überstunden weder durch Freizeit noch Auszahlung ausgeglichen. In Bremen sticht hervor, dass Überstunden in knapp der Hälfte der Betriebe des Bereichs Verkehr und Nachrichtenübermittlung / Kredit- und Versicherungsgewerbe nicht ausgeglichen werden, in Westdeutschland liegt der entsprechende Anteil bei 13 %. Dieser hohe bremische

IAB-Betriebspanel Bremen 2001

Wert ist auf das Verkehrsgewerbe und zum Teil auch auf das Versicherungsgewerbe zurückzuführen.

Hinsichtlich der Ausgleichsart betreiben relativ viele bremische und ebenso Hamburger Betriebe eine Mischform - Auszahlung und Freizeitausgleich (41 %). Generelle Ausbezahlungen werden nur von wenigen Betrieben praktiziert.

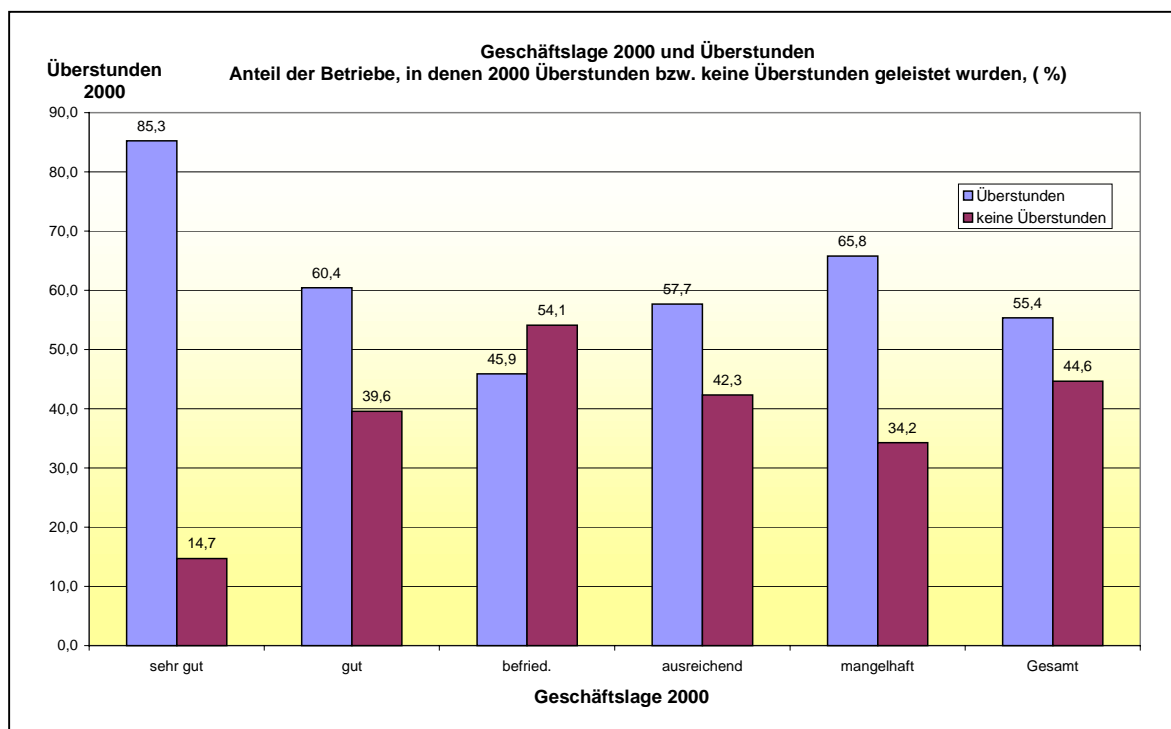
In Westdeutschland lag in den Betrieben, die Überstunden ausbezahlt haben, der Anteil der Beschäftigten mit ausbezahlten Überstunden bei 54 %, in den westlichen Städten bei 51 %. In Bremen haben nur 40 % der Beschäftigten bezahlte Überstunden gemacht.

Insgesamt arbeiten relativ viele bremische Betriebe mit Überstunden, die Zahl der ausgezahlten Überstunden ist jedoch vergleichsweise gering.

**10.4.3 Überstunden, Geschäftslage, Beschäftigung und Arbeitskräftenachfrage**

Es zeigt sich, dass Betriebe mit sehr guter und teils auch mit guter Geschäftslage versuchen, das hohe Arbeitspensum mit Überstunden zu bewältigen (Abbildung 15). Aber auch Betriebe mit mangelhafter Geschäftslage arbeiten überdurchschnittlich viel mit Überstunden. Dies könnte darauf zurückzuführen sein, dass es sich für diese Betriebe aufgrund der schlechten Geschäftslage nicht lohnt, Personal einzustellen.

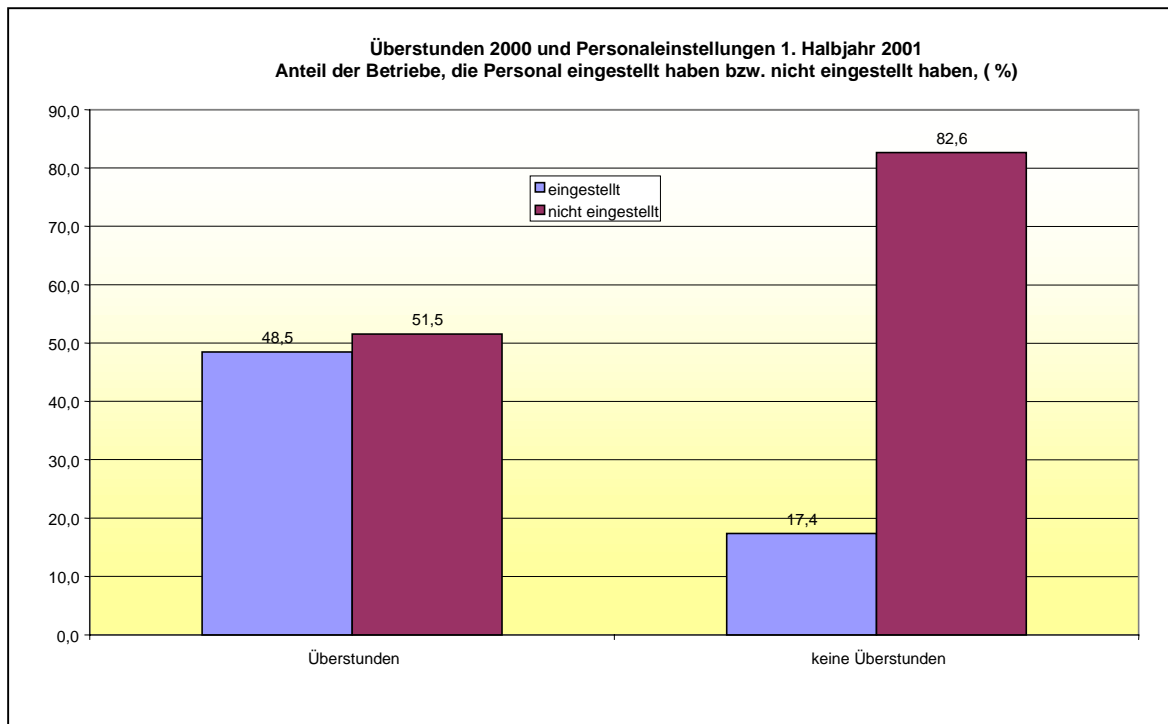
**Abbildung 15: Geschäftslage und Überstunden in Bremen (Fragen 74 und 9)**



IAB-Betriebspanel Bremen 2001

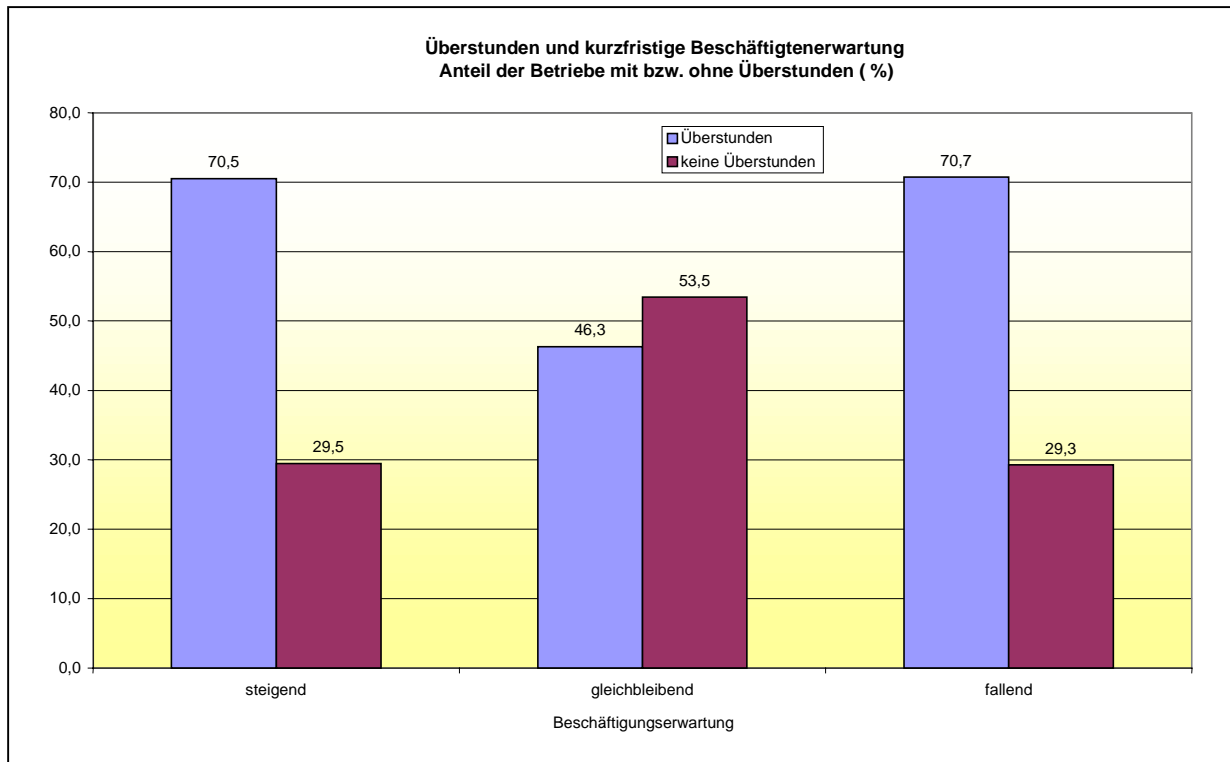
Personaleinstellungen gehen in der Regel Überstunden voraus. Es wird also zunächst versucht, einen höheren Arbeitsanfall durch Überstunden auszugleichen (Abbildung 16). So haben knapp die Hälfte der Betriebe, in denen im Jahr 2000 Überstunden gemacht wurden, im 1. Halbjahr 2001 Personal eingestellt. Von den Betrieben, bei denen es 2000 keine Überstunden gab, haben nur 17 % in der ersten Jahreshälfte 2001 Personal eingestellt.

**Abbildung 16: Überstunden und Personaleinstellungen in Bremen (Fragen 74 u. 55)**



Betrachtet man Überstunden im Zusammenhang mit kurzfristigen Beschäftigungserwartungen, so zeigt sich, dass Überstunden insbesondere zum Ausgleich von Beschäftigungsschwankungen genutzt werden (Abbildung 17). Sowohl in der Gruppe der Betriebe mit der Erwartung steigender als auch sinkender Beschäftigung wurden in 70 % der Betriebe zuvor Überstunden geleistet. Bei den Betrieben, die von gleichbleibender Beschäftigung ausgehen, waren es nur 46 %.

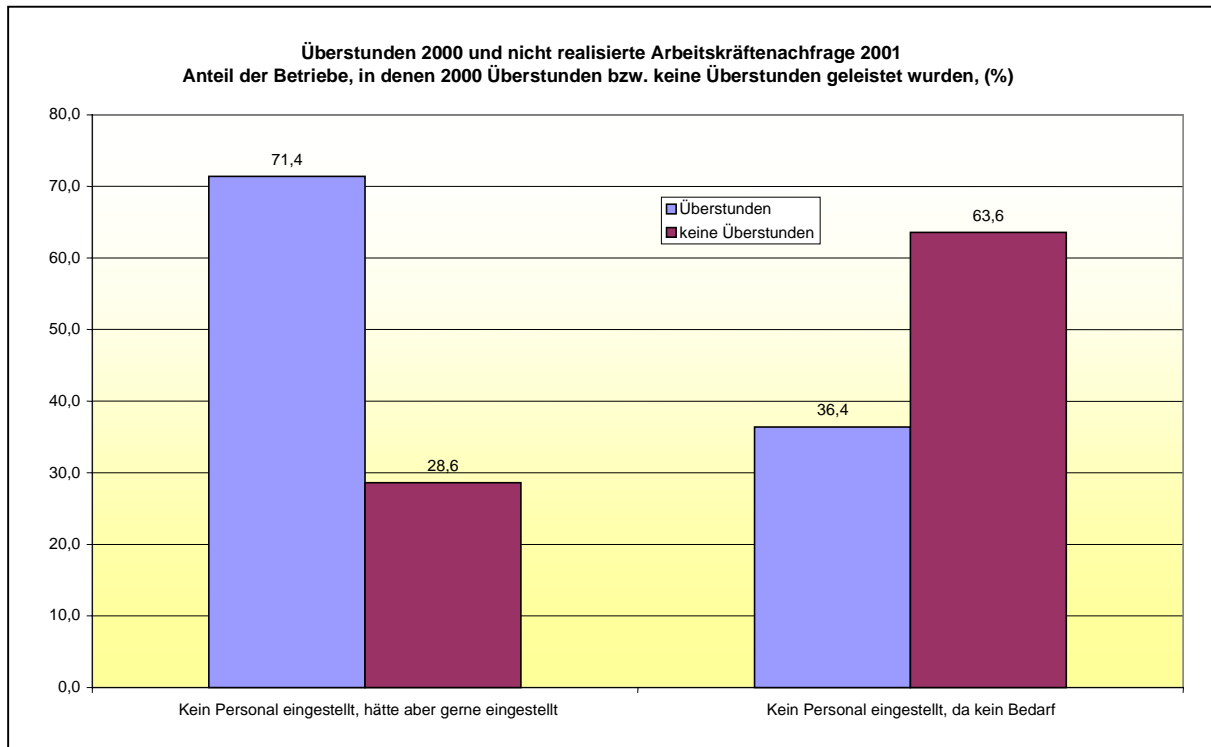
**Abbildung 17: Überstunden und Beschäftigungserwartung in Bremen (Fragen 74 und 4)**



Eine Analyse des IAB-Panels in Bezug auf die Fragestellung, inwieweit Überstunden, die Folge von Problemen bei der Personalsuche bzw. -einstellung sind, ist schwierig. Da Probleme bei der Besetzung von neuen Stellen im 1. Halbjahr 2001 und Überstunden im Jahr 2000 abgefragt werden, können aufgrund der zeitlichen Abfolge Überstunden nicht ursächlich den Miss-Match-Problemen zugeordnet werden. Es zeigt sich aber, dass über 70 % der Betriebe, die trotz Personalbedarfs keine Einstellungen vorgenommen haben, im Vorjahr mit Überstunden gearbeitet haben (Abbildung 18). Es ist zu vermuten, dass diese Betriebe weiterhin mit Überstunden den Arbeitsanfall bewältigen bis sie das benötigte Personal einstellen (können). Insofern dürften Miss-Match-Probleme Überstunden zur Folge haben.



**Abbildung 18: Überstunden und Probleme bei Personaleinstellung**

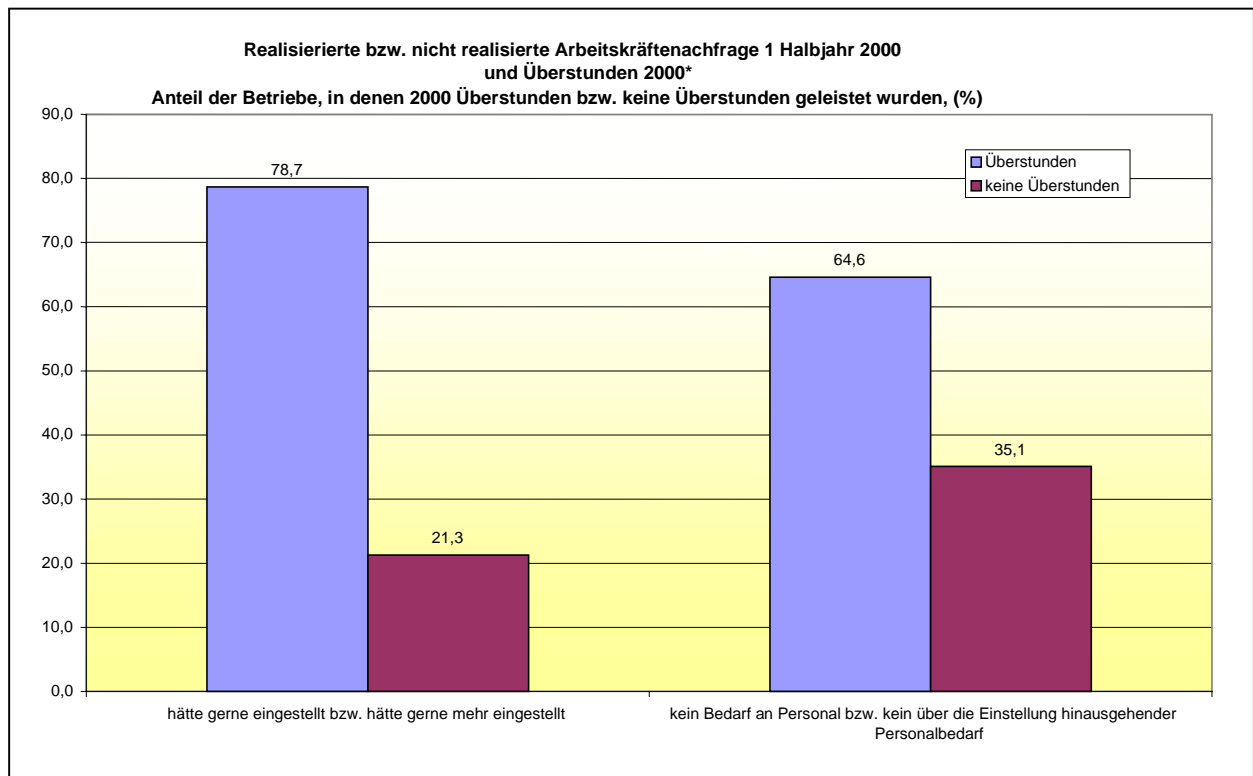


Durch eine Verknüpfung der Daten der Panels 2000 und 2001 können die nicht bzw. nicht im gewünschten Umfang vorgenommenen Personaleinstellungen im 1. Halbjahr 2000 dem Überstundenverhalten im Jahr 2000 gegenübergestellt werden. Dabei können nur Betriebe ausgewertet werden, die an beiden Befragungswellen teilgenommen haben. Da noch keine Längsschnitthochrechnungsfaktoren vorliegen, handelt es sich hierbei um ungewichtete Ergebnisse.

In fast 80 % der Betriebe, die im 1. Halbjahr 2000 trotz eines entsprechenden Bedarfs kein Personal eingestellt haben bzw. die zwar Neueinstellungen vorgenommen haben, aber gerne noch mehr Personen eingestellt hätten, wurden im Jahr 2000 Überstunden geleistet (Abbildung 19). Bei Betrieben, die keinen Bedarf an Personal hatten bzw. ihren Personalbedarf durch Neueinstellungen gedeckt haben, betrug der Prozentsatz lediglich 65 %. Die Differenz der Anteilswerte weist darauf hin, dass Überstunden zumindest teilweise auf Miss-Match-Probleme zurückzuführen sein dürften. Andererseits zeigt der mit 65 % hohe Anteil Überstunden leistender Betriebe ohne unbefriedigten Personalbedarf, dass die Betriebe in hohem Maße dem Einsatz von Überstunden Priorität vor Neueinstellungen einräumen. Die Quantifizierung des darin liegenden Einstellungspotenzials würde allerdings detailliertere Informatio-

nen des Panels über die Anzahl ausbezahlter und ausgeglichener Überstunden und die Gründe für die Ableistung bzw. Anordnung von Überstunden erfordern.

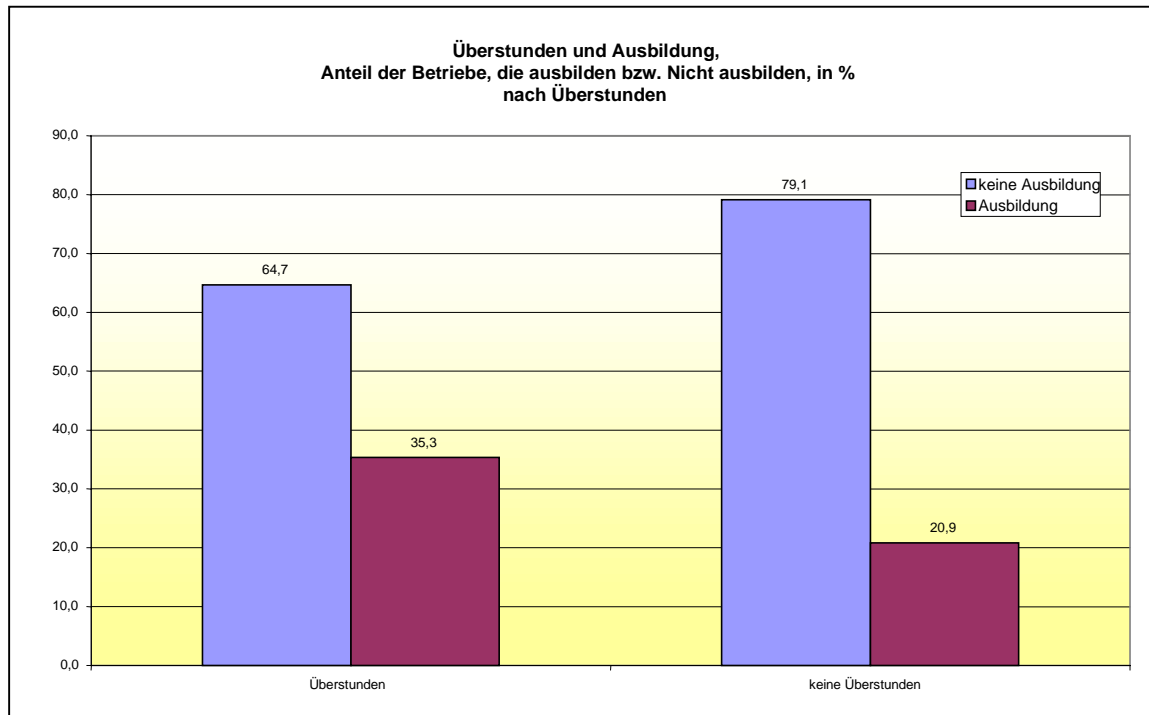
**Abbildung 19: Überstunden als Folge nicht befriedigter Arbeitskräftenachfrage**



\* Nicht realisierter Personalbedarf wurde aus dem Panel 2000 ermittelt und Angaben zu Überstunden im Jahr 2000 aus dem Panel 2001. Insofern wurden bei dieser Analyse nur die Wiederholerbetriebe ohne Hochrechnung betrachtet.

Durch Erhöhung des Arbeitsanfalls anfallende Überstunden können nicht nur durch Einstellung von zusätzlichen Fachkräften, sondern auch (in der mittel- und längerfristigen Perspektive) durch Ausbildung abgebaut werden.

**Abbildung 20: Überstunden und Ausbildung in Bremen (Fragen 74 und 1)**



Die Betriebe, in denen Überstunden geleistet werden, bilden zu gut einem Drittel aus (Abbildung 20). Von den Betrieben, in denen keine Überstunden gemacht wurden, bildet nur rund ein Fünftel aus. Dies könnte darauf hindeuten, dass Betriebe hohe bzw. steigende Arbeitsnachfrage durch Ausbildung von Arbeitskräften abdecken.<sup>15</sup>

In Entwicklungsphasen, die durch Veränderungen - sei es expansiver oder retardierender Art - gekennzeichnet sind, werden deutlich häufiger Überstunden geleistet als in stabilen, als befriedigend eingestuften Beschäftigungssituationen. Überstunden erfüllen damit eine Pufferfunktion bei unsicheren Geschäftslagen, sei es hinsichtlich der Fortsetzung einer positiven Entwicklung oder hinsichtlich der Gefahr bevorstehender Beschäftigungseinbrüche. Bei expandierenden Betrieben dürfte außerdem der Ausgleich von Personalmangel durch Überstunden eine Rolle spielen.

<sup>15</sup> Der Unterschied könnte aber auch durch Betriebsgrößeneinflüsse hervorgerufen sein. Mittlere und große Betriebe bilden zu einem höheren Prozentsatz aus als Kleinbetriebe und gleichzeitig werden in mehr mittleren und großen Betrieben Überstunden geleistet.

## **11 Kapital- und Gewinnbeteiligung**

Im Panel 2001 wird als ein Sonderthema die Kapital- und Gewinnbeteiligung der Beschäftigten als eine mögliche Form zusätzlicher finanzieller Anreize erfragt.

### **11.1 Kapitalbeteiligung**

In Bremen geben 2 % der befragten Betriebe 2001 an, den Beschäftigten durch Kapitalbeteiligung am Unternehmen zusätzliche finanzielle Anreize zu bieten (Tabelle 41). Für Westdeutschland und die westlichen Großstädte ist dies bei 3 % der Betriebe der Fall. Bei dem geringen Unterschied und den Fehlermargen in der regionalen Teilgesamtheit, kann keine Aussage getroffen werden, ob in Bremen Kapitalbeteiligung tatsächlich eine etwas geringere Rolle spielt. Eine mögliche Ursache für einen evtl. geringen Anteil von Unternehmen, die Beschäftigte am Kapital beteiligen, könnte der geringe Anteil von Aktiengesellschaften in Bremen sein.

Aus der größeren Stichprobe in Westdeutschland wird deutlich, dass den Beschäftigten in Großbetrieben häufiger Kapitalbeteiligungen ermöglicht werden (8 %). In 29 % der Fälle ist die gesamte Belegschaft am Kapital beteiligt, in 46 % der Betriebe sind es weniger als die Hälfte der Beschäftigten.

### **11.2 Gewinn-/Erfolgsbeteiligung**

Gewinn- bzw. Erfolgsbeteiligung der Beschäftigten hat eine höhere Bedeutung als Kapitalbeteiligung. In Bremen sind in mehr Betrieben Beschäftigte gewinn-/erfolgsbeteiligt (15 %) als in Westdeutschland (9 %) und in den westlichen Großstädten (12 %) (Tabelle 42). Allerdings sind im Durchschnitt weniger Beschäftigte am Erfolg beteiligt (48 %) als in den Vergleichsregionen (jeweils 62 %).

**Tabelle 41: Erfolgs-/Gewinnbeteiligung nach Wirtschaftsbereichen und Betriebsgrößenklassen in Bremen und Westdeutschland (Frage 66)**

Anteil der Betriebe, die Beschäftigte am Erfolg/Gewinn beteiligen, (%)		
Wirtschaftsbereich/ Betriebsgrößenklasse	Bremen	Westdeutschland
Gesamt	15	9
Verarbeitendes Gewerbe	17	13
Baugewerbe	8	4
Handel u. Reparatur	16	9
Verkehr/Nachrichten Kredit/Versicherungen	17	17
Dienstleistungen für Unternehmen	30	14
Sonstige Dienstleistungen	8	5
ÖD/Org. o. Erwerbszweck	3	1
Kleine	14	8
Mittlere	33	21
Große	29	29

**Tabelle 42: Gewinn-/Erfolgsbeteiligung (Frage 66)**

Anteil der Beschäftigten, die am Gewinn/Erfolg beteiligt sind, (% , kumuliert)				
Beschäftigtenanteil	Bremen	Hamburg	Westliche Großstädte	West- deutschland
1 - 4 %	4	3	4	5
5 - 9 %	14	8	7	9
10 - 19 %	23	17	17	19
20 - 29 %	38	26	24	26
30 - 39 %	46	38	32	34
40 - 49 %	60	38	34	38
50 - 69 %	67	50	50	53
70 - 89 %	71	51	55	60
90 - 99 %	72	56	56	62
100%	99	100	98	102
Durchschnitt/Betrieb %	48	63	62	62

\* nur Betriebe, bei denen überhaupt Beschäftigte am Gewinn/Erfolg beteiligt sind

In Westdeutschland zeigt sich der Trend, dass größere Betriebe häufiger Beschäftigte am Gewinn/Erfolg beteiligen als kleinere. Das bremische Ergebnis im Bereich großer Betriebe ist wegen der bereits erwähnten Gründe möglicherweise unterschätzt. Am häufigsten wird Gewinnbeteiligung in Westdeutschland von Betrieben der Bereiche Verkehr und Nachrichtenübermittlung / Kredit- und Versicherungsgewerbe, Dienstleistungen für Unternehmen und Verarbeitendes Gewerbes praktiziert. In Bremen wird das Instrument im Sektor Dienstlei-

## IAB-Betriebspanel Bremen 2001

---

stungen für Unternehmen mit 30 % mehr als doppelt so oft eingesetzt wie in Westdeutschland. Die Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes beteiligen relativ häufig die gesamte Belegschaft.

## 12 Öffentliche Förderung

In Regionen mit strukturellen Problemen und hoher Arbeitslosigkeit kommt der öffentlichen Förderung eine besondere Bedeutung zu.

### 12.1 Investitionszuschüsse

Gründungen, Expansion und Modernisierungen von Betrieben können durch Investitionszuschüsse gefördert werden. Im Panel wird sowohl nach Investitionszuschüssen aus Bundes-, Landes- und EU-Programmen als auch nach sonstigen Investitionsförderungen, z. B. steuerliche Maßnahmen und Kreditprogramme gefragt.

Eine Auswertung des Zusammenhangs zwischen Investitionen und einzelbetrieblicher Investitionsförderung durch das Land Bremen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GA) und des Landesinvestitionsförderprogramms des Landes Bremen (LIP) ist nicht möglich, da im Bremer Panel die Fallzahl der in diesen Programmen geförderten Betriebe zu gering ist. Der Vorschlag des Landes Bremen, zur Evaluierung der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ ein bundesweites Sonderpanel geförderter Betriebe durchzuführen, ist beim IAB auf Interesse gestoßen.

**Tabelle 43: Investitionszuschüsse im regionalen Vergleich und im Vorjahresvergleich (Fragen 50 (40) und 51 (41))**

Anteil der Betriebe (%), die Investitionszuschüsse erhalten haben, und durchschnittlicher Investitionszuschuss pro Betrieb (in 1.000 DM)							
	Bremen		Hamburg		westliche Großstädte	Westdeutschland	
	2000	1999	2000	1999	2000	2000	1999
Investitionszuschüsse	9	7	4	2	5	5	4
Investitionszuschuss pro Betrieb	275	407	316	413	611	381	317

1999-Werte sind Ergebnisse des IAB-Panels 2000<sup>16</sup>

Die Inanspruchnahme von Investitionsförderung ist sowohl in Westdeutschland als auch in Bremen von 1999 auf 2000 angestiegen (Tabelle 43). Dabei liegt der Anteil der Betriebe, die mittels Investitionszuschüsse gefördert wurden, in Bremen deutlich höher als in West-

<sup>16</sup> Beim Zeitvergleich ist die Veränderung des Zuschnitts der Fördergebiete aufgrund EU-rechtlicher Regelungen zu berücksichtigen, die Auswirkungen auf die einzelbetrieblichen Fördermöglichkeiten hat. So sind in Bremen-Stadt seit dem 01. Januar 2000 nur noch Förderungen mit vergleichsweise niedrigen Fördersätzen möglich.

IAB-Betriebspanel Bremen 2001

deutschland und den westlichen Großstädten. Im Einzelnen gaben 4 % der befragten bremischen Betriebe an, Mittel aus Bundesprogrammen (einschließlich Deutsche Ausgleichsbank und Kreditanstalt für Wiederaufbau), 3 % aus Landesprogrammen (z. B. Mittelstandsförderung), 1 % aus Mitteln der Europäischen Förderprogramme/Strukturfonds und 2 % aus anderen nicht genannten Förderungen erhalten zu haben. Letztere werden insbesondere von Großbetrieben beansprucht. Der Anteil der Betriebe, die Fördermittel aus der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ erhalten haben, liegt in Bremen sowie in Westdeutschland unter 1 %.

**Tabelle 44: Investitionszuschüsse 2000 nach Betriebsgrößenklassen in Bremen und Westdeutschland (Fragen 50 und 51)**

Anteil der Betriebe (%), die Investitionszuschüsse erhalten haben und durchschnittlicher Investitionszuschuss pro Betrieb (in 1.000 DM)				
Betriebsgrößenklasse	Betriebe mit Investitionszuschüssen (%)		Investitionszuschuss pro Betrieb (1.000 DM)	
	Bremen	Westdeutschland	Bremen	Westdeutschland
Gesamt	9	5	275	381
Kleine	8	5	108	180
Mittlere	14	9	1.765	1.404
Große	15	13	750	5.722

Sowohl in Bremen als auch in Westdeutschland erhalten anteilmäßig mehr Großbetriebe als mittlere und kleine Betriebe Investitionszuschüsse (Tabelle 44). Die Aussage, dass in Bremen mehr Betriebe Investitionszuschüsse erhalten haben als in Westdeutschland, gilt für alle Betriebsgrößenklassen. Wobei der Unterschied bei den kleinen und mittleren Betrieben größer ist. Mittlere Betriebe erhalten in Bremen im Durchschnitt je Betrieb einen deutlich höheren Investitionszuschuss als in Westdeutschland. Bei den Klein- und Großbetrieben sind die Zuschüsse je Betrieb in Bremen dagegen niedriger als in Westdeutschland.

**Tabelle 45: Relation vergebener Investitionszuschüsse zu investierenden Betrieben**

Investitionstätigkeit und Investitionszuschuss 2000						
Betriebsgrößenklasse	Anteil investierender Betriebe (%)		Anteil Betriebe mit Investitionszuschuss (%)		Anteil Betriebe mit Investitionszuschuss an investierenden Betrieben (%)	
	Bremen	Westdeutschland	Bremen	Westdeutschland	Bremen	Westdeutschland
Kleine	56	57	8	5	14	9
Mittlere	84	84	14	9	17	11
Große	89	89	15	13	17	15



IAB-Betriebspanel Bremen 2001

Betrachtet man den Anteil der bremischen Betriebe, die Investitionszuschüsse erhalten, in Relation zu Betrieben, die Investitionen getätigt haben, zeigt sich, dass kleine, mittlere und große investierende Betriebe in etwa zu gleichen Teilen Investitionszuschüsse in Anspruch nehmen, wobei der Anteil bei kleinen Betrieben nur etwas geringer ist. In Bremen weisen insbesondere kleine und mittlere Betriebe höhere Werte als in Westdeutschland auf (Tabelle 45).

**Tabelle 46: Investitionszuschuss im Verhältnis zum Investitionsvolumen (Fragen 51 und 25)**

<b>Investitionszuschuss bzw. -volumen und Anteil Investitionszuschuss 2000</b>			
	<b>Bremen</b>	<b>Westdeutschland</b>	<b>westliche Großstädte</b>
Investitionszuschuss (in Mio. DM)	385	32.766	14.664
Investitionsvolumen (in Mio. DM)	4.475	395.790	140.705
Anteil Investitionszuschuss in %	8,6	8,3	10,4

Die Investitionszuschüsse sind nicht absolut zu bewerten, sondern im Verhältnis zum Investitionsvolumen zu setzen. Der bezuschusste Teil des Investitionsvolumens liegt in Bremen etwa im westdeutschen Durchschnitt, aber unter dem Wert der westlichen Großstädte (Tabelle 46).

**Tabelle 47: Investitionszuschuss im Verhältnis zum Investitionsvolumen nach Betriebsgrößenklassen in Westdeutschland (Fragen 51 und 25)**

<b>Investitionszuschuss bzw. -volumen und Anteil Investitionszuschuss 2000</b>			
<b>Betriebsgrößenklassen</b>			
	<b>Kleine</b>	<b>Mittlere</b>	<b>Große</b>
Investitionszuschuss (in Mio. DM)	13.834	9.828	11.444
Investitionsvolumen (in Mio. DM)	127.982	100.345	187.404
Anteil Investitionszuschuss in %	10,8	9,8	6,1

In Westdeutschland zeigt sich, dass bei kleinen Betrieben ein höherer Prozentsatz des Investitionsvolumens bezuschusst wird als bei den mittleren Betrieben und diese wiederum einen höheren Zuschussanteil erhalten als Großbetriebe (Tabelle 47).

Bremische Betriebe erhalten überdurchschnittlich häufig öffentliche Investitionsförderung. Dies gilt für alle Betriebsgrößenklassen, am ausgeprägtesten für kleine und mittlere Betriebe. Die mit der Betriebsgröße steigende Inanspruchnahme von Investitionsförderung ist zum

einem darauf zurückzuführen, dass die abgefragten Förderprogramme nicht nur in dem Bereich der Mittelstandsförderung fallen. Für die Zielgenauigkeit der bremischen Mittelstandsförderung spricht, dass insbesondere kleine und mittlere Betriebe deutlich häufiger Investitionsförderprogramme in Anspruch nehmen als im Bundesgebiet.

## 12.2 Lohn- und Gehaltskostenzuschüsse

Durch Lohn- und Gehaltskostenzuschüsse soll die Vermittlung und Integration auf dem Arbeitsmarkt benachteiligter Personen in Beschäftigungsverhältnisse gefördert werden.

**Tabelle 48: Lohn- und Gehaltskostenzuschüsse im regionalen Vergleich und im Vorjahresvergleich (Frage 47 (37))**

Betriebe mit Lohn- und Gehaltskostenzuschüssen							
Anzahl der genannten Inanspruchnahmen von Förderprogrammen je 100 Betriebe							
	Bremen		Hamburg		Westliche Großstädte	Westdeutschland	
	2000	1999	2000	1999	2000	2000	1999
Lohn- u. Gehaltskostenzuschüsse	25	22	16	12	14	14	10

1999-Werte sind Ergebnisse des IAB-Panels 2000.

Die Anzahl der in Anspruch genommenen Förderprogramme je 100 Betriebe ist allgemein gestiegen und erzielt in Bremen auch im Jahr 2001 einen wesentlich höheren Wert als in den Vergleichsregionen (Tabelle 48).

Die Feststellung, dass bremischen Betrieben häufiger Lohn- und Gehaltskostenzuschüsse gewährt werden, gilt für alle Größenklassen, wobei große Betriebe öfter Förderprogramme in Anspruch nehmen als mittlere und kleine Betriebe (Tabelle 49).

**Tabelle 49: Lohn- und Gehaltskostenzuschüsse 2000 nach Betriebsgrößenklassen in Bremen und Westdeutschland (Frage 47)**

Betriebe mit Lohn- und Gehaltskostenzuschüssen		
Anzahl der genannten Inanspruchnahmen von Förderprogrammen je 100 Betriebe		
Betriebsgrößenklasse	Bremen	Westdeutschland
Gesamt	25	14
Kleine	20	12
Mittlere	62	48
Große	141	102

Auch Lohn- und Gehaltskostenzuschüsse werden von bremischen Betrieben in allen Betriebsgrößenklassen häufiger in Anspruch genommen. Die hohe Inanspruchnahme durch

bremische Betriebe zeigt, dass sie einer durch Lohn- und Gehaltskostenzuschüssen geförderten Einstellung von auf dem Arbeitsmarkt benachteiligten Personen aufgeschlossen gegenüberstehen. Unter arbeitsmarktpolitischen Aspekten interessiert insbesondere, wie viele Personen von den Programmen profitieren.

**Tabelle 50: Durch Lohn- und Gehaltskostenzuschüsse geförderte Beschäftigung im regionalen Vergleich (Fragen 47 und 1)**

<b>Durch Lohn- und Gehaltskostenzuschüssen geförderte Beschäftigte zu Beschäftigten insgesamt 2000</b>			
	<b>Bremen</b>	<b>Westdeutschland</b>	<b>westliche Großstädte</b>
geförderte Beschäftigte	15.370	542.300	196.100
Beschäftigte in geförderten Betrieben	125.357		
Gesamtbeschäftigte	357.000	28.147.000	9.791.000
Anteil geförderter Beschäftigte an Beschäftigten in geförderten Betrieben (%)	12,3	-	-
Anteil geförderter Beschäftigte an Gesamtbeschäftigten (%)	4,3	1,9	2,0

In Bremen wird ein etwa doppelt so hoher Anteil der Beschäftigten mit Lohn- und Gehaltskostenzuschüssen gefördert wie in Westdeutschland und in den westlichen Großstädten. In den bremischen Betrieben, die Lohn- und Gehaltskostenzuschüsse in Anspruch genommen haben, wurde im Durchschnitt der Lohn bzw. das Gehalt von 12,3 % der Beschäftigten bezuschusst (Tabelle 50).

Mit der Gewährung von Lohn- und Gehaltszuschüssen steht die Förderung von Beschäftigten und somit der Abbau von Arbeitslosigkeit im Vordergrund und nicht die Förderung von Betrieben. Insofern ist es positiv zu beurteilen, dass viele bremische Betriebe unabhängig von der Größe, diese Fördermittel nutzen und somit einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Beschäftigungssituation in Bremen leisten.

## 13 Zusammenfassung

Im Rahmen des IAB-Betriebspanels werden in den alten Bundesländern seit 1993, in den neuen Bundesländern seit 1996 alljährlich vom Umfrageinstitut Infratest Sozialforschung im Auftrag der Bundesanstalt für Arbeit repräsentative Betriebsbefragungen zum Thema „Beschäftigungstrends“ durchgeführt. Im Jahr 2000 erfolgte im Land Bremen eine Aufstockung der Stichprobe, um länderspezifische Auswertungen vornehmen zu können. Die Auswertung der Panels Bremen 2000 bis 2002 wird vom BAW im Auftrag des Senators für Arbeit, Gesundheit, Frauen, Jugend und Soziales und des Senators für Wirtschaft und Häfen mit finanzieller Unterstützung der Europäischen Union durch den Europäischen Sozialfonds (ESF) durchgeführt.

Dem IAB-Betriebspanel kommt als bundesweite jährliche Befragung von Betrieben der gesamten Wirtschaft, deren Ergebnisse auf Länderebene differenziert nach Wirtschaftsbereichen und Betriebsgrößenklassen präsentiert werden, eine besondere Bedeutung zu. Erfasst werden nicht nur die ökonomischen Standardgrößen wie Beschäftigung, Umsatz und Investitionen, sondern insbesondere auch Einschätzungen, Erwartungen, Motive, Gründe, Absichten und Reaktionen der Betriebe. Zudem werden im zwei- bis dreijährigen Abstand Sonderthemen wie Personalprobleme, Erfahrungen mit älteren Arbeitnehmern, Fachkräftemangel im Jahr 2000 und Innovationen, Fort- und Weiterbildung, Kapital- und Gewinnbeteiligung oder betriebliche Arbeitszeiten im Panel 2001 untersucht. Das Panel bietet damit vielfältige Möglichkeiten der Auswertung in Form von branchen- und betriebsgrößenbezogenen Untersuchungen sowie regionalen Vergleichen.

### Datenbasis und Methodik

Die Panel-Stichproben werden aus der Betriebsdatei der Bundesanstalt für Arbeit gezogen, die alle Betriebe im Bundesgebiet umfasst, die mindestens einen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten gemeldet haben. Das Panel 2001 hat für Bremen und Bremerhaven insgesamt 999 verwertbare Fragebögen geliefert, das sind 10 % mehr als im Vorjahr. Mit den Antworten werden etwa 6 % der ca. 16.400 in der Betriebsdatei verzeichneten Betriebe im Land Bremen erfasst. Da größere Betriebe überproportional in der Stichprobe berücksichtigt werden, liegt der Erfassungsgrad bezüglich der Beschäftigten mit 18 % deutlich höher. Knapp 2/3 der Panelteilnehmer des Vorjahres haben sich 2001 wieder beteiligt (63 %). Dieser relativ niedrige Anteil der Wiederholer ist darauf zurückzuführen, dass die Befragung in Bremen zum Großteil (84 %) schriftlich erfolgt.

Beim Panel handelt es sich um ein Stichprobenverfahren, dessen durch Hochrechnung ermittelte Ergebnisse zu regionalen gesamtwirtschaftlichen Größen nicht mit den aus Vollerhe-

## IAB-Betriebspanel Bremen 2001

---

bungen resultierenden Ergebnissen der amtlichen Statistik konkurrieren können und wollen, sondern allenfalls Trendaussagen erlauben. Ein Abgleich der Panelergebnisse zur Beschäftigtenentwicklung in den befragten Betrieben mit den inzwischen vorliegenden vorläufigen Ergebnissen der Erwerbstätigenrechnung der amtlichen Statistik hat allerdings gezeigt, dass es im Panel 2001 - anders als im Panel 2000 und Westdeutschland - nicht gelungen ist, für das Land Bremen die aktuellen Beschäftigtenentwicklungstrends ausreichend genau nachzuzeichnen. Die Dynamik der bremischen Entwicklung wird dabei vom Panel insbesondere bezüglich der geringfügigen Beschäftigung deutlich überschätzt. Abweichungen zwischen Panelergebnissen und Erwerbstätigenrechnung sind auf methodische Unterschiede aber auch auf geringe Fallzahlen der Stichprobe des Länderpanels und Probleme bei der Hochrechnung auf regionale gesamtwirtschaftliche Aggregate zurückzuführen. Die Aussagekraft des Länderpanels wird weiter zu kontrollieren sein, um bei einer Verbesserung der Ergebnisse auch auf Länderebene bei fristgerechtem Vorliegen der Panelauswertung Grundlagen für eine zeitnahe Einschätzung der Erwerbstätigenentwicklung zu erhalten.

Der besondere Wert einer über Jahre fortgesetzten Befragung eines festen Betriebskreises liegt in der Möglichkeit, Längsschnittanalysen durchzuführen. Die nach dem methodischen Konzept von IAB und Infratest erforderlichen Längsschnitthochrechnungsfaktoren liegen allerdings noch nicht vor. Als probater methodischer Ansatz bietet sich bis zu deren Berechnung durch Infratest der auch von SÖSTRA, Berlin bei der Analyse des ostdeutschen Panels eingesetzte Vergleich von Querschnittsdaten mehrerer aufeinander folgender Befragungswellen an. Daneben wird die Entwicklung der Befragungsergebnisse von Wiederholungsbetrieben im Zeitlauf mit ungewichteten Daten ausgewertet.

Um die Auswertungsmöglichkeiten für differenzierte Fragestellungen und Teilgruppen (z. B. Betriebe mit Innovationshemmnissen), die aufgrund der geringen Fallzahl auf Länderebene häufig nicht möglich sind, zu verbessern und die für Bremen untersuchten Zusammenhänge zwischen Variablen (z. B. Investitionen und Beschäftigung) auch mit den Bundesergebnissen vergleichen zu können, sollte von den Ländern angestrebt werden, Zugriff auf den vollständigen Bundesdatensatz zu erhalten.

### Panelergebnisse

Im Panelbericht des letzten Jahres, der erstmals Ergebnisse für das Land Bremen präsentierte, wurde ein Überblick über die Ergebnisse sämtlicher Fragen gegeben. Der Ergebnisbericht des diesjährigen Panels ist so konzipiert, dass schwerpunktmäßig wichtige ökonomische Größen zu Lage und Erwartungen und deren Veränderung sowie Zusammenhänge zwischen verschiedenen Variablen analysiert wurden und zudem die Ergebnisse zu den Sonderthemen des Panels 2001 ausgewertet wurden. Entsprechend lassen sich die wichtigsten Ergebnisse des Panels Bremen 2001 in drei Komplexe untergliedern:

## IAB-Betriebspanel Bremen 2001

---

- Die wirtschaftliche Lage und Entwicklung sowie die Erwartungen der bremischen Betriebe im regionalen Vergleich
- Die betriebliche Situation in den Bereichen Innovationen, Qualifizierung und betriebliche Arbeitszeit und Inanspruchnahme öffentlicher Förderungen
- Zusammenhänge zwischen ökonomischen Kennzahlen (wie Geschäftslage oder Beschäftigung) der Betriebe und Verhaltensvariablen (wie Investitionen, Innovationen, Qualifizierungsmaßnahmen oder Überstundengeschehen)

### 1. Die wirtschaftliche Lage und Entwicklung sowie die Erwartungen der bremischen Betriebe im regionalen Vergleich

Die insgesamt hinter den Ergebnissen Westdeutschlands zurückbleibenden Bewertungen der **Ertragslage** im Jahr 2000 signalisieren, dass die aktuelle bremische Geschäfts- und Beschäftigungsentwicklung auf einer vergleichsweise schwachen Basis aufsetzt. Dagegen fallen die **Einschätzungen zur Geschäftsentwicklung** im Jahr 2001 gegenüber dem Vorjahr in Bremen günstiger aus und korrespondieren insoweit mit der vom Panel aus dem **Personaleinstellungsverhalten** der bremischen Betriebe abgeleiteten positiven Beschäftigungsentwicklung. Danach hat sich die Zahl der Neueinstellungen und damit auch der Saldo von Einstellungen und Personalabgängen im 1. Halbjahr 2001 ähnlich wie in Hamburg entgegen dem Bundestrend erhöht. Auch die Situation bei der Personalsuche der bremischen Betriebe spricht für einen vergleichsweise hohen Personalbedarf. So waren Mitte des Jahres 2001 sowohl der Anteil der personalsuchenden Betriebe als auch die Zahl der für sofort oder zu einem späteren Zeitpunkt gesuchten Personen in Relation zur Gesamtbeschäftigung in Bremen mit 3,7 % höher als in Westdeutschland (3,1%).

Unter arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkten besonders zu beachten ist, dass in Bremen der Anteil der Betriebe, die kein Personal eingestellt haben, aber gerne Personal eingestellt hätten, im 1. Halbjahr gegenüber dem Vorjahr angestiegen ist und weitgehend unabhängig von Sektoren und Betriebsgrößen auch über dem westdeutschen Wert und dem der westlichen Großstädte liegt. Dies spricht dafür, dass der tatsächliche Personalbedarf über der durch Neueinstellungen realisierten Arbeitskräftenachfrage lag. Angesichts der hohen Arbeitslosigkeit ist daraus außerdem auf ein Miss-Match zwischen Arbeitskräftenachfrage und -angebot zu schließen. Tiefere Fragen zur Qualifikationsstruktur der Arbeitskräftenachfrage waren im Panel 2000 behandelt worden und werden erst in späteren Befragungswellen zu überprüfen sein.

Die insgesamt leicht eingetrübten **Erwartungen zur kurz- und mittelfristigen Beschäftigungsentwicklung**, in denen die Auswirkungen des 11. September wegen des Befragungszeitpunktes zwischen Juli und Oktober 2001 nur teilweise abgebildet sind, bewegen sich im Rahmen der Vergleichsregionen. Dabei haben sich in Bremen zur Beschäftigungsentwicklung bis Mitte 2002 sowohl die „sinkend“- als auch die „steigend“-Erwartungen deutlich erhöht.

Das vergleichsweise hohe Niveau der **Investitionstätigkeit** der bremischen Betriebe, der überdurchschnittliche Anteil der Erweiterungsinvestitionen und die hohe Quote geplanter Investitionen ließen eher eine im Regionalvergleich positive Geschäfts- und Beschäftigungsentwicklung im Land Bremen erwarten. Gestützt wird diese Erwartung dadurch, dass die vergleichsweise hohe und noch ansteigende **Umsatzproduktivität** (Umsatz je Beschäftigten) auf eine insgesamt verbesserte Wettbewerbsfähigkeit der bremischen Betriebe hindeutet.

2. Die betriebliche Situation in den Bereichen Innovationen, Qualifizierung und betriebliche Arbeitszeit und Inanspruchnahme öffentlicher Förderungen

#### 2.1 Innovationen und FuE-Aktivitäten

Die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe wird entscheidend von deren **Innovationstätigkeit** bestimmt. Die bremischen Betriebe betreiben überdurchschnittlich stark Innovationen, sei es durch Entwicklung neuer Produkte und Leistungen, durch Neuaufnahme vorhandener Produkte und Leistungen in das eigene Angebot oder durch organisatorische Änderungen. Dabei haben bremische Betriebe allerdings mit ihren neuen Produkten einen im Vergleich leicht unterdurchschnittlichen Anteil am Geschäftsvolumen erreicht.

Die überdurchschnittliche Innovationsaktivität hat eine häufigere Nennung von Innovationshemmnissen in Bremen zur Folge. Während die am häufigsten genannten Hemmnisse hohe Investitionskosten und wirtschaftliches Risiko entscheidende Faktoren für die betriebswirtschaftliche Rentabilität einer Innovation darstellen, belegt der ebenfalls häufig genannte Mangel an Finanzquellen den Bedarf an Innovationskapital und entsprechenden Finanzierungsangeboten am Kapitalmarkt. Daneben werden Innovationen insbesondere bei mittleren und großen Betrieben durch Fachkräftemangel verhindert. Das überdurchschnittliche Innovationsgeschehen bremischer Betriebe, insbesondere der relativ hohe Anteil kleiner Unternehmen mit eigener FuE-Tätigkeit, spricht für die Bedeutung des Ausbaus der technologie- und wissenschaftsorientierten Infrastruktur und die Passgenauigkeit der bremischen innovationsorientierten Förderangebote.

Mit **organisatorischen Änderungen** waren in Bremen im Vergleich zu Westdeutschland und zu den westlichen Großstädten vergleichsweise häufig positive Effekte auf die Zahl und die Qualifikation der Beschäftigten verbunden.

Der Anteil der Betriebe, die eigene **Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten** durchführen, entspricht in etwa dem westdeutschen Wert. Dass relativ wenige bremische Großbetriebe eigene FuE-Abteilungen haben, könnte mit der geringen Entscheidungscentralität in Bremen zusammenhängen. Hingegen führen vergleichsweise viele Kleinbetriebe eigene FuE-Arbeiten durch.

## 2.2 Fort- und Weiterbildung / Ausbildung

Humankapitalbildung erfordert nicht nur die Ausbildung junger Menschen, sondern ebenfalls die das ganze Erwerbsleben begleitende Fort- und Weiterbildung der Beschäftigten, um deren Fähigkeiten an die Erfordernisse des strukturellen und technologischen Wandels anzupassen. Die Fort- und Weiterbildungsaktivitäten bestimmen die Qualifikation der Arbeitskräfte und haben somit entscheidenden Einfluss auf die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe.

Die bremischen Betriebe fördern etwa im gleichen Ausmaß wie die westdeutschen Betriebe die **Fort- und Weiterbildung** ihrer Mitarbeiter durch Freistellung oder Kostenübernahme. Die Aktivitäten konzentrieren sich auf Mitarbeiter mit qualifizierten Tätigkeiten. Der insgesamt deutlich niedrigere Anteil un- und angelernter Arbeitskräfte fällt dabei in Bremen im Vergleich zu Westdeutschland und den westlichen Großstädten noch vergleichsweise hoch aus. Thematisch stehen die EDV und Informations- und Kommunikationstechniken im Vordergrund der Fort- und Weiterbildung.

**Betriebliche Ausbildung** ist ein entscheidender Faktor für die Bildung von Humankapital und beeinflusst somit einerseits das Arbeitskräfteangebot und andererseits die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe. Der Ausbildung kommt unter dem Aspekt der Jugendarbeitslosigkeit zudem eine große gesellschaftliche Bedeutung zu. Das Panel bestätigt den von der Ausbildungsstatistik der Kammern verzeichneten Anstieg der Zahl der Auszubildenden bei gleichzeitig leicht rückläufiger Entwicklung der in den beiden Vorjahren deutlich aufgestockten Zahl neu eingetragener Auszubildenden. Im Land Bremen haben in den Ausbildungsjahren 2000/2001 und 2001/2002 im Vergleich zu Westdeutschland relativ viele Betriebe neue Auszubildende eingestellt, sodass sich das Angebot an neuen Ausbildungsstellen günstiger entwickelt.

Nach wie vor bildet nur jeder dritte Betrieb aus und auch mehr als 40 % der ausbildungsberechtigten Betriebe bilden nicht aus. Von den nicht auszubildenden Betrieben können sich in Bremen relativ viele Betriebe (32 %) vorstellen, im Verbund mit einem Bildungsträger bzw.



mit einem anderen Betrieb auszubilden (Westdeutschland 25 %, westliche Großstädte 25 %). Die Bereitschaft zur Bildung von Ausbildungsverbänden eröffnet die Möglichkeit, bisher ungenutzte betriebliche Ausbildungspotenziale zu nutzen.

### 2.3 Betriebliche Arbeitszeit, Teilzeit, befristete Beschäftigung und Überstunden

Bei zunehmender Arbeitsproduktivität infolge technologischer Entwicklungen und angesichts hoher Arbeitslosigkeit kommt der betrieblichen Arbeitszeit unter Verteilungsgesichtspunkten eine große Bedeutung zu. Gleichzeitig stellt sie auch einen wichtigen Wettbewerbsfaktor auf international verflochtenen Märkten dar.

Die durchschnittliche, gegenwärtig vereinbarte **Wochenarbeitszeit** liegt in Westdeutschland bei 39,0 Stunden und weist in Folge der hohen tarifvertraglichen Regelungsdichte in Westdeutschland kaum regionale und sektorale Unterschiede auf.

Dem Instrument der **Teilzeitbeschäftigung** kommt in der Diskussion über die Flexibilisierung der individuellen Arbeitszeit und ihrem Beitrag zur Verbesserung der Arbeitsmarktsituation im Spannungsfeld zwischen persönlichen Bedürfnissen der Beschäftigten und Arbeitszeitanforderungen der Betriebe große Bedeutung zu.

Die Zahl der Teilzeitbeschäftigten nimmt ausweislich der amtlichen Statistik bundesweit überproportional zu. Ihr Anteil an der Gesamtbeschäftigung beträgt laut Panel inzwischen etwa ein Viertel. In Bremen hat Teilzeitbeschäftigung mit einem Anteil von etwa 26 % der Beschäftigten im Vergleich zu Westdeutschland und den westlichen Großstädten eine höhere Bedeutung. Dies ist jedoch ausschließlich auf den überdurchschnittlichen Anteil geringfügig Beschäftigter zurückzuführen. Im Übrigen entspricht der Umfang der Teilzeitbeschäftigung im engeren Sinne (ohne geringfügig Beschäftigte) den Vergleichsregionen. Die Arbeitszeit der Teilbeschäftigten (ohne gering Beschäftigten) ist in Bremen sogar wegen des hohen Anteils von Teilzeitbeschäftigten mit mehr als 24 Stunden überdurchschnittlich, während in Westdeutschland und in den Großstädten Halbtagsstellen (15-24 Stunden) dominieren.

Durch die Vergabe von zeitlich **befristeten Arbeitsverträgen** werden die Möglichkeiten der Betriebe zur flexiblen Anpassung des Arbeitseinsatzes an einen sich verändernden bzw. schwankenden Arbeitskräftebedarf verbessert. Wie die in allen Vergleichsregionen gegenüber dem Vorjahr tendenziell ansteigenden Beschäftigtenanteile ausweisen, kommt diesem Instrument eine wachsende Bedeutung zu. Hierfür spricht auch die Tatsache, dass im Land Bremen knapp 9.000 oder 30 % aller im ersten Halbjahr 2001 erfolgten Neueinstellungen befristet waren, während der Anteil an der Gesamtbeschäftigung bei 7 % liegt. Im gleichen Zeitraum haben die Betriebe jedoch auch fast 3.000 befristet Beschäftigte in Dauerbeschäfti-

## IAB-Betriebspanel Bremen 2001

---

gung übernommen. In diesem Umfang erfüllt das Instrument der befristeten Beschäftigung die Funktion der Anbahnung von Dauerbeschäftigung.

Auch **Überstunden** bieten den Betrieben die Möglichkeit, auf Schwankungen beim Arbeitsanfall flexibel zu reagieren und Phasen der Personalsuche zu überbrücken. Unter arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkten ist es allerdings problematisch, wenn Betriebe einen Teil des anfallenden Arbeitspensums dauerhaft durch Überstunden ableisten.

In etwa der Hälfte aller Betriebe sind im Jahr 2000 Überstunden geleistet worden, wobei in Bremen in mehr Betrieben Überstunden anfielen (55 %) als in Westdeutschland und in den westlichen Großstädten (jeweils 44 %). Die Zahl der ausbezahlten Überstunden je Betrieb und je Beschäftigten war in Bremen im Durchschnitt der Überstunden auszahlenden Betriebe gering.

### 2.4 Öffentliche Förderung

In Regionen mit strukturellen Problemen und hoher Arbeitslosigkeit kommt der öffentlichen Förderung eine besondere Bedeutung zu. Gründungen, Expansion und Modernisierungen von Betrieben können durch Investitionszuschüsse gefördert werden. Das Panel versteht darunter sowohl Bundes-, Landes- und EU-Programme als auch sonstige, z. B. steuerliche Maßnahmen zur Investitionsförderung.

Bremische Betriebe erhalten überdurchschnittlich häufig öffentliche **Investitionsförderung**. Dies gilt für alle Betriebsgrößenklassen, am ausgeprägtesten für kleine und mittlere Betriebe. Die mit der Betriebsgröße steigende Inanspruchnahme von Investitionsförderung ist zum einem darauf zurückzuführen, dass die abgefragten Förderprogramme nicht nur in dem Bereich der Mittelstandsförderung fallen. Für die Zielgenauigkeit der bremischen Mittelstandsförderung spricht, dass insbesondere kleine und mittlere Betriebe deutlich häufiger Investitionsförderprogramme in Anspruch nehmen als im Bundesgebiet.

Durch Lohn- und Gehaltskostenzuschüsse soll die Vermittlung und Integration auf dem Arbeitsmarkt benachteiligter Personen in Beschäftigungsverhältnisse gefördert werden. Auch Lohn- und Gehaltskostenzuschüsse werden von bremischen Betrieben in allen Betriebsgrößenklassen häufiger in Anspruch genommen, wobei große Betriebe öfter Förderprogramme in Anspruch nehmen als mittlere und kleine Betriebe.

Mit der Gewährung von **Lohn- und Gehaltszuschüssen** steht die Förderung von Beschäftigten und somit der Abbau von Arbeitslosigkeit im Vordergrund und nicht die Förderung von Betrieben. Insofern ist es positiv zu beurteilen, dass viele bremische Betriebe unabhängig von der Größe, diese Fördermittel nutzen und somit einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Beschäftigungssituation in Bremen leisten.

### 3. Zusammenhänge zwischen ökonomischen Kennzahlen der Betriebe und Verhaltensvariablen

Das Panel liefert deutliche Hinweise für Zusammenhänge zwischen der Geschäfts- und Beschäftigungsentwicklung einerseits und Investitionen, Innovationen sowie Ausbildungs- und Fort- und Weiterbildungsaktivitäten der Betriebe andererseits. Zudem wird die Beziehung zwischen der betrieblichen Entwicklung und deren Arbeitszeitgestaltung durch Überstunden analysiert.

#### 3.1 Lage und Erwartungen

Die Beurteilungen der Ertragslage und die Erwartungen zur Geschäfts- und Beschäftigungsentwicklung weisen eine deutliche Polarisierung auf. Schlechte Ertragslagen korrelieren mit pessimistischen, gute mit optimistischen Erwartungen (Abbildung 4). Allerdings glauben auch viele Betriebe mit sehr guter Ertragsituation, diese nicht halten zu können. Insbesondere in den schnell wachsenden Branchen der unternehmensbezogenen Dienstleistungen sind - bei insgesamt positivem Saldo - hohe und noch steigende Anteile sowohl von Betrieben mit positiver wie mit negativer Erwartungshaltung zu registrieren. Dies spricht für besondere Entwicklungschancen, aber auch Risiken.

#### 3.2 Investition und Geschäfts-/Beschäftigungserwartung

Zwischen den Investitionsaktivitäten und der erwarteten Entwicklung des Geschäftsvolumens sowie den Beschäftigungserwartungen der Betriebe lässt sich ein positiver Zusammenhang erkennen. So ist der Anteil der Betriebe, die ein Zunahme des Geschäftsvolumens erwarten, bei investierenden doppelt so hoch wie bei den übrigen Betrieben (Abbildung 5). Ebenso erwarten investierende Betriebe häufiger einen Anstieg der Beschäftigung (Abbildung 6). Der Zusammenhang Investition/Beschäftigung ist allerdings im Falle von Rationalisierungsinvestitionen durchbrochen. Der Anteil deutlich niedrigerer Beschäftigungserwartungen ist bei investierenden erheblich höher als bei nicht investierenden Betrieben.

#### 3.3 Innovation und Beschäftigung

Innovationen wirken sich positiv auf die Beschäftigung aus (Abbildung 7). Bremische Betriebe, die in den letzten 2 Jahren neue Produkte/Leistungen entwickelt, vorhandene Produkte/Leistungen neu in das Angebot aufgenommen und/oder Produkte/Leistungen verbessert haben, gehen zu 33 % davon aus, dass sich die Beschäftigtenzahl in den nächsten 5 Jahren erhöhen wird. Bei den Betrieben, die keine der genannten Produktinnovationen durchgeführt haben, liegt der Anteil nur bei 13 %.

Auf Grund der mit Innovationen verbundenen Rationalisierungseffekten kommt es allerdings andererseits auch dazu, dass innovative Betriebe genauso oft von einer rückläufigen Beschäftigung ausgehen wie die restlichen Betriebe. Innovationen dürften in diesen Fällen jedoch maßgeblich zur Sicherung der Arbeitsplätze beitragen.

### 3.4 Ausbildung, Ertragslage, Beschäftigtenentwicklung und Innovationen

Die Bereitschaft zur Ausbildung steht im Zusammenhang mit der Ertragslage. Tendenziell erhöhen Betriebe mit guter Ertragslage eher die Zahl ihrer Ausbildungsstellen (Abbildung 9), wobei allerdings auch ein vergleichsweise hoher Anteil der Betriebe mit mangelhafter Ertragslage die Zahl der Auszubildenden erhöht hat.

In Anbetracht des im letzten Panel diagnostizierten zunehmenden Fachkräftemangels ist der Zusammenhang von Beschäftigungsentwicklung und Ausbildung von besonderer Bedeutung. Zu einer Ausweitung der Ausbildungsaktivitäten kommt es fast ausschließlich bei steigender Beschäftigung (Abbildung 8). Aber selbst bei steigender Beschäftigung erhöht nur etwa jeder vierte Betrieb die Zahl der Ausbildungsstellen, während fast jeder fünfte Betrieb ihre Zahl sogar verringert. Problematisch erscheint, dass auch bei insgesamt steigender bzw. gleichbleibender Beschäftigung deutlich mehr Betriebe ihre Ausbildungsstellen zurückfahren als ausweiten.

Ein positiver Zusammenhang besteht auch zwischen Innovationen und Qualifizierung von Beschäftigten durch Ausbildung. Der Anteil der ausbildenden Betriebe ist bei den Betrieben, die Innovationen getätigt haben, etwa um ein Drittel höher als bei den Betrieben, die keine Innovationen durchgeführt haben (Abbildung 10).

### 3.5 Fort-/Weiterbildung, Beschäftigung und Geschäftslage

Ebenso wie die Ausbildung steht auch die Fort-/Weiterbildung in einem positiven Zusammenhang mit der Ertragslage. Fast alle Betriebe mit sehr guter Ertragslage haben im 1. Halbjahr 2001 die Fort- bzw. Weiterbildung ihrer Beschäftigten gefördert gegenüber einem Viertel der Betriebe mit nur ausreichender oder mangelhafter Ertragslage (Abbildung 12).

Qualifizierungsbedarf ergibt sich insbesondere bei Beschäftigungsveränderungen (Abbildung 11). Betriebe mit rückläufiger wie mit gestiegener Beschäftigtenzahl bilden fast zur Hälfte ihre Mitarbeiter fort, während der Anteil bei den Betrieben mit konstanter Beschäftigung nur knapp 30 % beträgt. Rückläufige Beschäftigung bei Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen deutet auf Rationalisierungsinvestitionen bzw. einen Trend zu weniger aber qualifiziertem Personal hin. Außerdem lässt sich feststellen, dass Betriebe, die in Ausbildungsplätze investieren, auch häufiger Qualifikation von Mitarbeitern durch Fort- und Weiterbildung fördern (Abbildung 13).

### 3.6 Überstunden, Geschäftslage, Beschäftigung und Arbeitskräftenachfrage

In Entwicklungsphasen, die durch Veränderungen - sei es expansiver oder retardierender Art - gekennzeichnet sind, werden deutlich häufiger Überstunden geleistet als in stabilen, als befriedigend eingestuften Beschäftigungssituationen. Sowohl in der Gruppe der Betriebe mit der Erwartung steigender als auch sinkender Beschäftigung wurden in 70 % der Betriebe zuvor Überstunden geleistet. Bei den Betrieben, die von gleichbleibender Beschäftigung ausgehen, waren es 46 % (Abbildung 17). Überstunden erfüllen eine Pufferfunktion bei unsicheren Beschäftigungserwartungen, sei es hinsichtlich der Fortsetzung einer positiven Entwicklung oder hinsichtlich der Gefahr bevorstehender Beschäftigungseinbrüche.

Den Personaleinstellungen gehen in der Regel Überstunden voraus. Es wird also zunächst versucht, einen höheren Arbeitsanfall durch Überstunden auszugleichen. So haben knapp die Hälfte der Betriebe, in denen im Jahr 2000 Überstunden geleistet wurden, im 1. Halbjahr 2001 Personal eingestellt (Abbildung 16). Von den Betrieben, bei denen es 2000 keine Überstunden gab, haben nur 17 % in der ersten Jahreshälfte 2001 Personal eingestellt.

Der Zusammenhang zwischen ungedecktem Personalbedarf und Überstundengeschehen weist darauf hin, dass Überstunden zumindest teilweise auf Miss-Match-Probleme zurückzuführen sind (Abbildung 19). In fast 80 % der Betriebe, die im 1. Halbjahr 2000 trotz eines entsprechenden Bedarfs kein Personal eingestellt haben bzw. die zwar Neueinstellungen vorgenommen haben, aber gerne noch mehr Personen eingestellt hätten, wurden im Jahr 2000 Überstunden geleistet. Bei Betrieben ohne zusätzlichem Personalbedarf betrug der Prozentsatz lediglich 65 %.

#### Schlussbemerkung

Das breite Spektrum der Panelthemen ermöglicht, die Zusammenhänge zwischen verschiedensten ökonomischen Betriebsdaten und Verhaltensvariablen zu analysieren. Ohne auf diese Weise kausale Beziehungen nachweisen zu können, erscheint dabei die Schlussfolgerung zulässig, dass Innovationen und FuE-Aktivitäten, Investitionen und Qualifizierungsmaßnahmen in Aus- sowie Fort- und Weiterbildung Schlüsselgrößen für eine erfolgreiche Entwicklung der Betriebe sind. Daraus folgt für die Wirtschaftsstrukturpolitik, dass der Verbesserung der Rahmenbedingungen und der Förderung dieser betrieblichen Aktivitäten zentrale Bedeutung für die Modernisierung der Wirtschaft und Stärkung der Wirtschaftskraft zukommt.